BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 18. Wahlperiode Plenarprotokoll 36. Sitzung 21.02.13

36. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Februar 2013

Inhalt

Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2013
Große Anfrage der Fraktion der CDU	(Drucksache 18/789)
vom 13. November 2012 (Drucksache 18/639)	Abg. Holsten (SPD)2452
Dazu	Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)2453
Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2013	Abg. Frau Neumeyer (CDU)2454
(Drucksache 18/738)	Abg. Rupp (DIE LINKE)2455
Abg. Frau Ahrens (CDU)2437	Senator Dr. Lohse2455
Abg. Tuncel (DIE LINKE)2439	Abstimmung2457
Abg. Frau Krümpfer (SPD)2440	
Abg. Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen) 2441	Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und
Abg. Tuncel (DIE LINKE) 2442 Abg. Frau Ahrens (CDU) 2442	Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen
Senatorin Stahmann	Mitteilung des Senats vom 27. November 2012 (Drucksache 18/674)
Kriterien "guter Arbeit" in die Wirtschaftsförderung integrieren	Abg. Schmidtmann (Bündnis 90/Die Grünen) 2457
	Abg. Brumma (SPD)2458
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/	Abg. Bensch (CDU)2459
Die Grünen vom 20. November 2012	Abg. Erlanson (DIE LINKE)2460
(Drucksache 18/664)	Senatorin Stahmann2460
Abg. Reinken (SPD)2445	
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen) 2446 Abg. Rupp (DIE LINKE)	Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern Mitteilung des Senats vom 27. November 2012 (Drucksache 18/675)
Ü	Abg. Bolayela (SPD)2462
Eine Stadt – ein Tarif Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/	Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/ Die Grünen)2463
Die Grünen vom 20. November 2012	Abg. Frau Grobien (CDU)2464
(Drucksache 18/670)	Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2465
D a z u	Senator Mäurer

Familiengerechte Ausgestaltung des Ehegat-	Abg. Rupp (DIE LINKE)2	2492
tennachzugs	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2	2493
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/	Staatsrat Strehl2	2494
Die Grünen vom 30. November 2012	Abstimmung2	2494
(Drucksache 18/678)		
	Mieterhöhungen begrenzen – unsoziale Miet-	
Abg. Seyrek (SPD)2466	rechtsverschärfung stoppen	
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen) 2467	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen	
Abg. Tuncel (DIE LINKE)	und der SPD vom 14. Februar 2013	
Abg. Frau Grönert (CDU)	(Drucksache 18/780)	
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen) 2470		
Abg. Frau Grönert (CDU)	Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mietern und Mieterinnen umsetzen!	
Senator Mäurer	Antrag der Fraktion der CDU	
Abstimmung2471	vom 20. Februar 2013	
Keine Bremer Waffen für Saudi-Arabien	(Drucksache 18/790)	
Antrag der Fraktion DIE LINKE	Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) . 2	2494
vom 12. Februar 2013	Abg. Pohlmann (SPD)	
(Drucksache 18/772)	Abg. Erlanson (DIE LINKE)	
Klares Bekenntnis zum Unternehmen	Abg. Frau Grönert (CDU)	
Fr. Lürssen Werft!	Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) . 2	
Antrag der Fraktion der CDU	Abg. Pohlmann (SPD)2	
vom 18. Februar 2013	Abg. Frau Grönert (CDU)2	
(Drucksache 18/782)	Staatsrat Golasowski	
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2472	Abstimmung	
Abg. Kastendiek (CDU)2473	3	
Abg. Kottisch (SPD)2475	Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes der	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2476	Freien Hansestadt Bremen	
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2477	Mitteilung des Vorstandes der Bremischen	
Abg. Kastendiek (CDU)2478	Bürgerschaft vom 5. Februar 2013	
Abg. Kottisch (SPD)2479	(Drucksache 18/756)	2503
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2481		
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2482	Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts-	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2484	und Finanzausschusses	2503
Abg. Kottisch (SPD)2485	Wahl aines stally extratenden Mitaliads des	
Senator Günthner	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses	2503
Abg. Kastendiek (CDU)2487		
Senator Günthner	Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rech-	
Namentliche Abstimmung2488	nungsprüfungsausschusses	2503
Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen/Arbeit-	Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputa-	
nehmer bei den Zuwendungsempfängern stop- pen – wichtige soziale Leistungen sichern!	tion für Gesundheit	2503
Antrag der Fraktion DIE LINKE	Maha Damafaanahildan cara atau ara bafa	
vom 13. Februar 2013	Mehr Berufsausbildungspartnerschaften im Land Bremen unterstützen	
(Drucksache 18/778)	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen	
Abg. Rupp (DIE LINKE)2488	und der SPD	
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2490	vom 3. Dezember 2012	
Abg. Reinken (SPD)2491	(Drucksache 18/680)	
Abg. Kastendiek (CDU)2492	Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)2	2503

Abg. Reinken (SPD)25	04
Abg. Frau Häsler (CDU)25	05
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)25	06
Staatsrat Professor Stauch25	07
Abstimmung25	80
Persönliche Erklärung der Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) nach Paragraf 42 der Geschäftsord- nung	508
Anhang zum Plenarprotokoll	09

Präsident Weber

Vizepräsidentin Schön

Schriftführerin Grotheer

Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Kultur

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung Günthner (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Dr. Lohse (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Gesundheit Dr. Schulte-Sasse

Staatsrat Frehe (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin Friderich (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat Golasowski (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat Härtl (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Münch (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Präsidentin des Rechnungshofs Sokol

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 36. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich zwei Klassen der Schule Waller Ring.

Herzlich willkommen!

(B)

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute 9.00 Uhr entnehmen können.

Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkte 54, Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, den Tagesordnungspunkt 55, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses, den Tagesordnungspunkt 56, Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses, den Tagesordnungspunkt 57, Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit, und den Tagesordnungspunkt 58, Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mietern und Mieterinnen umsetzen, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/790.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ist es mir immer wieder ein Vergnügen, einer Kollegin oder einem Kollegen die herzlichsten Glückwünsche des Hauses zum Geburtstag auszudrücken.

Sehr geehrter Herr Rupp, ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrem heutigen Geburtstag!

(Beifall)

Schön, dass wir ihn gemeinsam mit Ihnen feiern können, und herzlichen Dank für die Einladung heute um 13.45 Uhr.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. November 2012 (Drucksache 18/639)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2013

(Drucksache 18/738)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 18/738, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Stahmann, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute debattieren wir zum wiederholten Male eine Anfrage zum Thema Erziehermangel. Wir mussten eine etwas lieblose und leider auch unzureichende Antwort auf unsere Große Anfrage entgegennehmen, der wir nur unzureichende Antworten auf die in Bremen sehr drängende Frage entnehmen konnten, wie wir dem Erziehermangel, der schon besteht und sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird, begegnen wollen. Während der Senat das Problem stets – so auch in dieser Antwort – ein wenig herunterzuspielen versucht, sprechen die Fakten in Bremen eine deutlich andere Sprache.

Vor diesem Erziehermangel wurde genug gewarnt, meine Damen und Herren. Schon im Jahr 2008 hat die CDU in einer Großen Anfrage den Senat gefragt, und dieser hat selbst mitgeteilt, dass er prognostiziert, dass bei einer Ausbauquote von 35 Prozent rund 280 Erzieher fehlen werden. Die Robert-Bosch-Stiftung setzte im Jahr 2010 nach und stellte im Auftrag des Bundesbildungsministeriums in einer bundesweiten Abfrage fest, dass uns bis zum Jahr 2015 voraussichtlich 444 Erzieher fehlen werden. Im Mai 2012 – das ist noch nicht ganz so lange her – sagte das Deutsche Jugendinstitut, dass die Zahlen stimmten und dass sie auch bei einer Quote von 39 Prozent auf ungefähr 400 fehlende Fachkräfte kämen.

Inzwischen plant der Senat mit einer Quote von 42 Prozent. Während zum Beispiel Herr Möhle in der Debatte zur Anfrage der LINKEN zum Thema U3-Ausbau noch selbst davon gesprochen hat, dass sich der Fachkräftemangel in dem Bereich "deutlich am Horizont abzeichnet" – ich habe ihn hiermit wörtlich zitiert –, sehen wir in der Antwort des Senats nur an versteckten Stellen, dass der Senat dies genauso sieht. Sieht man sich die Antwort auf Frage 5 an, stellt man fest, dass der Senat selbst ausführt, es gäbe ein Problem, aber natürlich relativ versteckt in seiner Antwort.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Wenn man sich dann die Antwort auf Frage 9 ansieht, stellt man fest, dass der Senat deutlich sagt, dass die Rezepte, die er bisher stets vorgetragen hat, also dass das über Stundenerhöhungen geregelt wird, nicht ziehen, denn es würden zusätzliche Fachkräfte wegen zusätzlicher Gruppen benötigt. Wenn jemand schon vormittags arbeitet, kann er nicht eine weitere gruppenpädagogische Leitung als Kraft übernehmen, sondern muss an der Stelle um eine zweite Person ergänzt werden. Das zeigt, dass wir es mit einem schwierigen und wichtigen Thema zu tun haben.

Verschärft wird das Ganze vor dem Hintergrund, dass uns die Bertelsmann-Stiftung bereits im Jahr 2008 ein schlechtes Zeugnis ausgestellt hat. Nach der Bertelsmann-Studie haben 58 Prozent des pädagogischen Personals einen Fachhochschulabschluss, das liegt 14 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Beschäftigungsquote des Betreuungspersonals ohne irgendeine Berufsqualifikation liegt bei 6,5 Prozent, dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Dies hat sich auch in den letzten Jahren nicht verbessert, denn obwohl Sie eigentlich beabsichtigen, die Erzieherausbildung zu novellieren und inhaltlich zu verbessern, haben Sie diese eingestellt und dafür aber die Sozialassistentenausbildung, die eine geringere Qualifikation hat, in Bremen implementiert. Es muss mehr Wert auf Bildung und Qualifikation im Kindergarten gelegt werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Während Sie noch antworten, dass die Sozialassistenten nicht als Erstkräfte eingesetzt werden sollen, muss man sich wieder einmal ein bisschen mit der Historie beschäftigen. Dabei stellt man fest, dass Sie im November 2008 eine Richtlinie verabschiedet haben, nach der Rot-Grün einen Personalmix aus 50 Prozent Erziehern, 10 Prozent Sozialpädagogen, die besser qualifiziert sind, 30 Prozent Sozialassistenten und 10 Prozent Kinderpflegern anstrebt. Das ist ein Mix, den es in anderen Kindergärten der Bundesrepublik Deutschland nicht gibt, sondern dort ist der Mix positiver und besser.

Wenn man sich das vorstellt und sich gleichzeitig anschaut, wie wir mit der Novellierung der Erzieherausbildung hier im Land Bremen vorankommen, stellen wir fest: Erstens, Sie haben sich im Jahr 2010 auf den Weg gemacht und festgestellt, dass es ein bisschen mehr Geld kosten würde und dass das Curriculum und das Anerkennungsjahr deutlich angepasst werden müssen. Sie hatten vor, die Erzieherausbildung zu verlängern. Das haben Sie dann auch tatsächlich getan. Die Sozialassistentenausbildung haben Sie sozusagen klammheimlich umgesetzt, und die Erzieherausbildung ist von vier auf fünf Jahre verlängert worden.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Quatsch, das sind drei Jahre! Zwei Jahre und ein Anerkennungsjahr, Frau Ahrens!) Die Erzieherausbildung dauert drei Jahre, vorgeschaltet ist normalerweise ein Anerkennungsjahr. Das Anerkennungsjahr als Zugangsvoraussetzung gibt es nicht mehr, dafür haben Sie die Sozialassistentenausbildung vorgeschaltet, die zwei Jahre dauert. Wenn Sie zwei plus drei rechnen – das müsste gerade noch klappen –, dann kommen Sie auf fünf, und dann sind wir im Regelfall bei fünf Jahren für die Ausbildung. Es gibt einige Abiturienten, die das etwas schneller machen können, aber grundsätzlich sind wir, und da können Sie alle Fachleute fragen, inzwischen im Regelbereich bei fünf Jahren.

Der Fachkräftemangel, das kann man hieran deutlich erkennen, lässt sich auch nicht sehr schnell beheben, sondern es dauert, bis der Ausbildungsjahrgang fertig wird. Sie haben selbst aufgrund der Verlängerung der Ausbildung zwei zusätzliche Erzieherklassen eingeführt, die kompensieren sollten, dass die Ausbildung ein Jahr länger dauert und quasi ein Jahrgang fehlt. Diese zusätzlichen Erzieherklassen haben Sie aber, als Sie festgestellt haben, dass Ihnen auch diverse Lehrer fehlen, erst einmal wieder eingestellt. Wir haben das kritisiert, denn wir brauchen diese zusätzlichen Erzieherklassen.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Der Erziehermangel ist auch kein Gespenst, das die Opposition immer einmal so ein bisschen an die Wand malt, sondern er ist tatsächlich Fakt hier im Land Bremen. Seit dem Jahr 2010 haben die Elternvereine Schwierigkeiten, Gruppenleitungen zu finden, gutes, qualifiziertes Personal, das empathisch auf die Kinder eingehen kann und eine gute Ausbildung gemacht hat –

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss! –, weil der Senat Elternvereine finanziell wesentlich schlechter ausstattet als andere Träger, die Kinderkrippen anbieten. Deswegen sind sie nicht in der Lage, tarifvertraglich zu zahlen – das haben wir sozusagen als Staat mit verursacht –, und diese Bezahlung unter Tarif sorgt dafür, dass Elternvereine diesen Mangel zuerst zu spüren bekommen haben.

Inzwischen hat es auch die großen Träger erreicht. KiTa Bremen hat im Durchschnitt 20 Stellen, die nicht besetzt werden können, weil der Markt leergefegt ist. Auch in anderen Bereichen sieht es ähnlich aus. Die Kindergärten in Bremen behelfen sich jetzt teilweise schon mit Leiharbeitsfirmen.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluss!

Es ist das erste Mal, das gab es in der Vergangenheit nicht, dass über Leiharbeitsfirmen die Besetzung von Erzieherstellen kurzfristig aufgefangen wird. Das

(D)

(D)

(A) Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht. Sieht man nach München, stellt man fest, dass dort schon Prämien an Leiharbeitsfirmen gezahlt werden, wenn diese Mitarbeiter dauerhaft vermitteln, und auch ausländische Fachkräfte werden dort angeworben. Sie schließen das im Übrigen hier in der Antwort nicht aus, Sie sagen nur "zurzeit", das heißt, der weitere Weg ist vorgegeben. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. Tuncel (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Bedarf an qualifizierten Erziehenden in den Kindertageseinrichtungen Bremens und Bremerhavens natürlich sehr. Wir möchten die Kitas ausbauen. Es kommen große Probleme auf uns zu, wenn nicht genauer ermittelt wird, wie viele Erziehende schon heute für morgen in den Einrichtungen fehlen.

Der Senat hat bereits im Jahr 2012 einen zusätzlichen Bedarf bei den Erziehenden festgestellt – das hat auch meine Vorrednerin soeben erwähnt –, daraufhin neue Klassen für die Ausbildung von Erziehenden geschaffen, um sie dann aufgrund finanzieller Engpässe wieder abzuschaffen. Entschuldigen Sie, aber ich komme da gedanklich nicht mehr mit!

(B)

(Abg. Senkal [SPD]: Sollich Ihnen helfen?)

Wir haben große strukturelle Probleme in der Kinder- und Jugendpolitik. Es ist nicht nur so, dass bereits jetzt ein Fachkräftemangel absehbar ist, sondern es wird auch nicht vernünftig eingestellt, weder in den Schulen, den Kindertagesbetreuungen noch irgendwo anders. Die Mindestpersonalausstattung, mit der der Senat rechnet, gefährdet insbesondere im U3-Bereich das Kindeswohl und ist von der überall geforderten Frühförderung weit entfernt. Sie sparen dort, wo es sich nicht gehört zu sparen.

Merkwürdig ist, dass der Senat auf der einen Seite angibt, dass ausschließlich neues Fachpersonal für neu anstehende Gruppen benötigt wird, auf der anderen Seite gehen aber allein bei KiTa Bremen in den nächsten zwei Jahren 135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des pädagogischen Personals aus bereits bestehenden Gruppen in Rente oder scheiden aus sonstigen Gründen aus dem Berufsleben aus.

Des Weiteren werden laut Antwort des Senats bis August 2013 für Bremen und Bremerhaven insgesamt weitere 164 Fachkräfte für neue Gruppen im U3-Bereich gebraucht, um den Rechtsanspruch sicherzustellen. Rein rechnerisch werden in den nächsten zwei Jahren für eine Mindestpersonalausstattung im U3-Bereich in Bremen und Bremerhaven zusätzlich 299 Erziehende gebraucht. Diese Rechnung berücksichtigt allerdings nicht die zusätzlichen Bedarfe für die Gruppen der Drei- bis Sechsjährigen.

Im Jahr 2008 ging der Senat davon aus, dass bis zum Jahr 2013 zusätzlich 265 Fachkräfte für die Dreibis Sechsjährigen benötigt werden. Insgesamt werden spätestens bis zum Jahr 2015 für diese beiden Betreuungsangebote zusätzlich mindestens 564 Erziehende benötigt. Bis zum Jahr 2015 werden in Bremen circa 558 Erzieherinnen und Erzieher und circa 100 sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten ihre Ausbildung abschließen. Die Zahl der Auszubildenden deckt demnach gerade die Anzahl des benötigten Personals. Der Senat geht hier offenbar von einer Fluktuation aus, die bei null liegt. Das gibt es nirgendwo!

Folgendes wird bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt: Es ist nicht klar, was die Auszubildenden nach ihrer Ausbildung machen. Unter ihnen sind sehr viele Frauen, die eventuell auch eine eigene Familienplanung nicht ausschließen. Die Berechnungen zu den in Rente gehenden Erziehenden könnten großzügiger mit einbezogen werden, da bereits im Jahr 2008 über 338 der Erziehenden über 55 Jahre alt waren und zudem in diesem Beruf signifikant mehr Personal in den Vorruhestand geht. Da bereits heute über einen Fachkräftemangel gesprochen wird und die Elternvereine aktuell Probleme mit der Personalgewinnung haben, scheinen diese Zahlen äußerst knapp bemessen zu sein.

Wir möchten an dieser Stelle außerdem darauf hinweisen, dass das Problem des Mangels an Erzieherinnen und Erziehern dringend unter weiteren Gesichtspunkten genau analysiert werden sollte. Ein Fachkräftemangel kann auch durch eine hochgradig unbefriedigende Arbeitssituation für die Beschäftigten eines spezifischen beruflichen Bereichs verstärkt werden. Dafür möchte ich Ihnen – veranschaulicht am Beispiel des Berufs des Erziehers beziehungsweise der Erzieherin - folgende Gründe nennen: Erzieher und Erzieherinnen stufen in vielen Umfragen ihren Beruf als sehr anstrengend ein, die geleistete Arbeit erfährt demgegenüber jedoch sehr wenig Anerkennung in der Gesellschaft. Eine geringe Wertschätzung des Berufs wird auch an der unterdurchschnittlichen Bezahlung der Erziehenden deutlich. Sie steht in keinem angemessenen Verhältnis zu der geleisteten Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach einer repräsentativen Umfrage des DGB sind nur acht Prozent der Erziehenden mit ihren Arbeitsund Einkommensbedingungen zufrieden; 96 Prozent der Erziehenden sind Frauen. Aktuell geht es nur noch um ein Ziel, nämlich den Rechtsanspruch zu schaffen. Um den Rechtsanspruch zu erreichen, herrschen

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) in den Kitas zum Teil bedenkliche Arbeitsbedingungen für die Erziehenden.

Es gibt immer mehr jüngere Kinder in Gruppen der Drei- bis Sechsjährigen, und die Gruppengrößen sind teilweise erhöht. Das bedeutet für die Erziehenden bedeutend Mehrarbeit. Die aktuelle Situation darf kein Dauerzustand werden. – Danke sehr!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krümpfer.

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, wie hoch der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen ist, bewegt nicht nur uns, sondern alle Gemeinden und Kommunen in der ganzen Republik. Mit dem Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr sind nicht nur Anstrengungen beim Ausbau dieser Plätze zu leisten, sondern auch für das entsprechende Personal. Die Regierungskoalition hier weiß das selbstverständlich auch, und gerade deshalb wurden ja die Ausbildungszahlen in den letzten Jahren erweitert.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Und warum senkt man sie jetzt?)

(B) Warten Sie doch erst einmal ab!

Trotz allem kann niemand vorhersagen, ob wirklich alle im Anschluss an ihre Ausbildung beruflich in die Tagesbetreuung für Kinder gehen, ob sie in andere Bereiche der Jugendhilfe gehen, in den Ganztagsschulbereich oder ob sie sich noch mit einem Studium weiterqualifizieren.

Wir haben auch Glück in dem Sinne, dass wir junge Erzieherinnen haben, die ihre Familienplanung konkret umsetzen wollen und die es auch tun. Gleichzeitig haben wir damit auch Pech für die Träger, dass das häufig ärztlich verordnete Beschäftigungsverbot von ihnen dann umgesetzt werden muss. Das trifft auch vielfach heute in den Schulen zu, und es gibt auch Schwierigkeiten, diese Vertretungslücken zeitnah wieder zu besetzen.

Es ist schade, dass die Erfassung der Erhebungsdaten über das Statistische Landesamt nicht in Kürze erfolgen konnte, aber es tut zunächst der Tatsache keinen Abbruch, dass bereits bundesweit ein Fachkräftemangel besteht, denn auch die überregionalen Anzeigen im Stellenmarkt auf den verschiedenen Internetseiten der Träger verdeutlichen dies.

Aus meiner Sicht sollte das Betreuungsgeld wieder abgeschafft werden. Dieses Geld sollte den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, damit sie es in die Attraktivität und Qualität investieren, sodass es auch den Beschäftigten bei der Bezahlung zugutekommt, die es in jedem Fall auch schon jetzt verdient haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Die Einführung des Betreuungsgeldes macht die Planung außerordentlich schwierig, Frau Ahrens! Ob es auch gelingen kann, für mehr männliche Bewerbungen Anreize zu bieten, lasse ich jetzt einmal offen.

Wenn wir im Bereich der Tagesbetreuung zu mehr Vollzeitbeschäftigung kommen wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass es mehr Ganztagsplätze gibt, Sie haben es ja auch ausgeführt. Das kostet aber selbstverständlich auch mehr Geld. Den Kostendeckungsgrad durch die Beiträge haben wir im Januar diskutiert. Das heißt, dieses Betreuungsgeld wird eigentlich in den Kommunen und in den Städten benötigt, und es sollten nicht die Familien bekommen, die ihren Kindern eine frühkindliche Bildung nicht zukommen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn wir die Frage nach dem Alter der Beschäftigten und deren möglichen bevorstehenden Arbeitsjahren im Verhältnis zu den in der Ausbildung befindlichen Personen betrachten, dann muss es uns gelingen, diese auch zu einem großen Teil für den Bereich der Tagesbetreuung zu gewinnen. Die Ausbildungskapazitäten müssen zum gegenwärtigen Zeitpunkt beibehalten werden. Wenn das alles gelingt, dann kann der Bedarf eventuell gedeckt werden

Beide nun im Folgenden genannten Aspekte müssen in die Betrachtung genommen werden: erstens die für die Ausweitung des Platzangebots notwendigen Fachkräfte – und hier wissen wir nicht, welche Entwicklung es tatsächlich in den nächsten fünf bis zehn Jahren gibt – und zweitens die der weiteren berufsbiografischen Entscheidungen von Fachkräften. Auch dort können wir nur prognostizieren, aber es gibt keine realen Zahlen dazu.

Es wäre schön, wenn die Kollegen der CDU nicht immer nur mit dem Finger auf die rot-grüne Koalition zeigen würden,

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das ist die Aufgabe der Opposition, Frau Krümpfer!)

sondern ihren Einfluss bitte auf Frau Merkel und die jetzige Bundesregierung ausüben würden. Oder werden Sie dort nicht gehört?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Unser gesetzlicher Auftrag ist hier, Frau Krümpfer, und nicht in Berlin, auch wenn Sie das immer vergessen! Wir sind für Bremen zuständig!)

(D)

(A) Es ist aber ein Bundesgesetz, und ich finde – und das meine nicht nur ich –, der Bund muss sich auch an der Umsetzung solcher Bundesgesetze einfach mehr beteiligen.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir müssen die Ausbildungszahlen halten und die berufsbegleitenden Maßnahmen weiter ausschöpfen. Es gibt Vakanzen in der Bedarfsanalyse, und hier nenne ich noch einmal das Stichwort Betreuungsgeld. Mit der Abschaffung des Betreuungsgelds und gleichzeitiger Zuwendung des Bundes an die Kommunen könnte dann in die Qualität und auch in die Quantität investiert werden.

Dies könnte dann zu Folgendem führen: Eine bessere Bezahlung der Beschäftigten könnte für mehr Anreize sorgen, sich bei der Entscheidung für den Bereich der Tagesbetreuung zu qualifizieren. Ausfälle durch Beschäftigungsverbote, Elternzeiten und Langzeiterkrankte sowie eine schnelle Entfristung befristeter Verträge könnten dann den unangemessenen Anteil des Fachkräftemangels beheben.

Wir bedanken uns beim Senat für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage. Es wäre schön, wenn die noch offenen Fragen im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden könnten. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schlenker.

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrens hat hier eben eigentlich zur Großen Anfrage mit dem Thema "Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen" gesprochen. Sie hat die Große Anfrage allerdings in das Thema Fachkräftemangel umgewandelt. Diese Große Anfrage der CDU-Fraktion ließ ja vermuten, dass ein schwerwiegender Versorgungsengpass bei der Versorgung mit Erzieherinnen und Erziehern in Bremen zu erwarten ist. Immerhin, angesichts von über 509 Krippenplätzen bis zum 1. Januar 2014

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: 403!)

war es eine gute Idee, die Personalsituation hier in Bremen und das Entwicklungspotenzial beim Senat abzufragen. In dieser Antwort ist es beruhigend zu lesen, dass die Situation zwar angespannt, aber nicht dramatisch ist, und wir danken für diese Antwort. Im Einzelnen zeigt sich bei KiTa Bremen noch Platz nach oben, die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 31 Wochenstunden. Überalterung ist bei allen Trägern noch kein großes Problem, und wir können nach dieser Antwort erwarten, dass der U3-Ausbau sich nicht durch Personalengpässe verzögert.

Noch etwas wird deutlich: Die CDU und DIE LIN-KE haben in der Vergangenheit keine Gelegenheit gescheut, Angst vor Qualitätsverlust im Rahmen des Kita-Ausbaus zu schüren, doch Personalschlüssel und Gruppengrößen sind für Rot-Grün unantastbar, und wir schaffen den quantitativen Ausbau, ohne an der Qualität zu sparen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist aber im Sommer 2013 noch nicht abgeschlossen. Sollten in Zukunft Engpässe bei der Versorgung mit Erzieherinnen und Erziehern auftreten, dann ist mit einer erneuten Ausweitung der schulischen Ausbildung zu rechnen. Im Weiteren wünschen wir uns eine verstärkte duale Ausbildung in diesem Bereich und langfristig wegen der Bedeutung der frühkindlichen Bildung eine noch erheblich verbesserte Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher.

Während in den handwerklichen Berufen die Ausbildung überwiegend im Betrieb stattfindet, finden im sozialen Bereich oftmals schulische Ausbildungen statt, das heißt, dass keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Stattdessen wird Schulgeld erhoben, und es fehlt Praxiserfahrung. Dies trägt nicht gerade dazu bei, die Ausbildung attraktiver zu machen. Eine bessere Durchlässigkeit in den Hochschulbereich könnte die Aufstiegschancen auch noch verbessern.

Wir reden seit Monaten über die Anzahl der Plätze, über die benötigten Gebäude und jetzt über die Anzahl der Fachkräfte, aber wir müssen bei dieser ganzen Diskussion auch unbedingt über die Qualität reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Da der Bereich frühkindliche Bildung die Schaltstelle für den weiteren Lebensweg unserer Kinder ist, bedarf es hier eines hohen Ressourceneinsatzes, und dieser Einsatz an dieser Stelle, nämlich beim Kleinkind, ist so bedeutsam, dass sich beim richtigen Umsetzen des frühen Bildungsplans daraus eine erhebliche Nachhaltigkeit ergibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Alle heute noch bei Beginn und Ende der Schulkarriere notwendigen Fördermaßnahmen kommen

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) oft zu spät. Sie gehen überwiegend an den Erkenntnissen der Hirnforschung und der Hirnentwicklung vorbei und sind mit einem hohen Aufwand und hohen Kosten verbunden. Das ist nur einer der Gründe, warum es in Zukunft immer mehr um gute nachhaltige frühkindliche Bildung geht.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Bildung erreicht man nur mit ausreichender Qualifizierung und verlockenden Arbeitsbedingungen. Das würde sicher auch dazu führen, dass sich mehr Männer in die Kita-Versorgung einbinden lassen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir sind der Meinung, wir müssen diesen Weg gehen, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

(B) Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich im Vorstand bin, möchte ich nicht vom Präsidenten abgeklingelt werden, deshalb halte ich mich einmal an die Redezeit!

(Heiterkeit)

Eine wichtige Frage für uns ist, wie der Fachkräftemangel in diesem Bereich zustande kommt. Gibt es nicht genügend Fachkräfte, die arbeiten möchten, oder ist der Beruf im Verhältnis zu seinen Anforderungen extrem unattraktiv, und arbeiten die Fachkräfte aus diesen Gründen in anderen Sparten? Eine Umfrage unter 800 Erzieherinnen und Erziehern in Niedersachsen hat beispielsweise ergeben, dass sich 80 Prozent der Erziehenden mehr Anerkennung für ihre Arbeit in der Gesellschaft wünschen würden.

Erziehende sind bei ihrer Arbeit einem erheblichen Stress ausgesetzt, der Lärm ist beträchtlich, die Personalausstattung unzureichend. Insbesondere die Erziehenden im U3-Bereich sind äußerst pflegend tätig und benötigen eine hohe verlässliche personelle Grundausstattung. Alles andere ist nicht hinnehmbar für die Erziehenden!

Unter der aktuellen Mindestpersonalausstattung in den Kinderbetreuungseinrichtungen leiden die Erziehenden sowie die Kinder gleichermaßen. Um den Beruf attraktiver zu machen und die Kindertageseinrichtung so zu gestalten, dass Eltern ihre Kleinkinder dort mit einem guten Gefühl abgeben können, ist die aktuelle Personalausstattung aus unserer Sicht ohnehin komplett unzureichend. Nachhaltige Kinderund Jugendpolitik sieht anders aus, meine Damen und Herren von Rot-Grün. – Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Jahr 2008 hat der Senat festgestellt und mitgeteilt, dass viele Erzieher, die die Ausbildung beenden, tatsächlich gar nicht auf Dauer im Beruf ankommen, und diese Zahl beträgt etwa ein Drittel der Personen. Wenn also Herr Tuncel eben die Zahlen als gerade halbwegs annähernd vorgestellt hat, dann muss man ein Drittel davon abziehen und feststellen, es fehlt eine ganze Menge.

Dass der Bund nicht genug getan hat, wie Frau Krümpfer es gesagt hat, verweise ich in das Reich der Legenden. Der Bund hat für die Investitionskosten einen großen Anteil geschultert, obwohl sie zu einem Drittel kommunale Angelegenheit sind. Er hat sich auch an den Investitionskosten für den laufenden Betrieb beteiligt, indem die Finanzsenatorin einen höheren Umsatzsteueranteil erhalten hat. Wenn Sie das dann für andere Dinge verwenden, die Sie in irgendeiner Form für wichtiger halten, dann ist das nicht das Versäumnis Berlins, sondern Ihr Versäumnis hier in Bremen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Krümp - fer [SPD]: Nein, nein!)

Der Bund hat mit dem KfW-Förderprogramm jetzt gerade aktuell noch einmal nachgelegt, und wir werden sehen, ob Sie es in Anspruch nehmen oder ob Sie wieder mit dem Finger auf Berlin zeigen und sagen, wir konnten ja nicht, aber die in Berlin sind die Bösen per se.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Genau! Das ändern wir aber bald!)

Dann möchte ich Ihnen auch noch einmal eines sagen, meine Damen und Herren: Lange Jahre haben wir überhaupt keine Erzieher eingestellt. Wer ist es gewesen? Die Sozialdemokraten! Wenn ich dann von Herrn Dr. Schlenker höre – seien Sie mir nicht böse, Herr Dr. Schlenker, aber das zeigt an der Stelle, dass Sie es noch nicht verstanden haben –, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher 31 Wochenstunden beträgt und dass man

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) da noch eine Menge machen kann, dann war das die Idee des Senats aus dem Jahr 2008, wie man das regeln kann. Das Potenzial, das dort noch schlummerte, ist inzwischen komplett abgearbeitet.

In der Antwort auf unsere Frage 9 führt der Senat selbst aus: "Deshalb werden in erster Linie mehr zusätzliche Fachkräfte benötigt, da die Erhöhung des Stundenumfangs in einem bestehenden Vertrag in der Regel keinen Ersatz als Gruppenleitung für eine neue Gruppe ermöglicht." Das heißt, das geht nicht, es ist ausgeschöpft, das bekommen wir nicht hin. Wir brauchen mehr Leute, und das heißt: Ausbildung! Das müssen wir in Bremen machen.

Die Ausbildung dauert nun einmal so lange, wie sie dauert. Erzieher fallen nicht vom Himmel, das wissen wir alle. Deswegen muss hier mehr getan werden. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Ausbildung verringert, Sie haben zwei Erzieherklassen eingestellt, und das ist falsch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Sie haben selbstverständlich recht mit der Attraktivität der Ausbildung zum Erzieher und zur Erzieherin. Es ist aber doch Ihre Aufgabe, die Erzieherausbildung inhaltlich so zu verändern, dass sie attraktiver wird. Wenn die Qualifikation angehoben wird, die Ausbildung attraktiver wird, auch entsprechend akademisiert wird, wenn das Curriculum entsprechend angepasst und das, was wir hier in Bremen machen können, ausgeschöpft wird, dann kommt der zweite Schritt.

(B)

Sobald die Ausbildung hochwertiger geworden ist, ist der zweite Schritt automatisch, dass die Erzieherinnen und Erzieher mehr Geld fordern können. Was haben Sie gemacht, liebe Sozialdemokraten und liebe Grüne? Sie sind den ersten Schritt gar nicht erst gegangen, damit der zweite Schritt bloß nicht folgt, denn dann wird das Haushaltsloch noch größer.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, Ihre Fraktion rät uns immer wieder zu sparen! War das nicht so, Rot-Grün spart nicht genug?)

Deswegen ist die Wahrheit an der Stelle doch ein wenig anders als das, was Sie hier die ganze Zeit versuchen zu suggerieren. Wir haben einen Erziehermangel. Gehen Sie in die Kindergärten, fragen Sie diejenigen, die derzeit gerade neue Erzieherinnen suchen. Sie suchen nämlich händeringend! Es kann doch nicht angehen, dass in immer mehr Kindergärten über Leiharbeitsfirmen entsprechend qualifiziertes Personal kurzfristig an den Kindern arbeitet, dann möglichst schnell wieder ersetzt wird, um irgendjemanden zu finden, sodass bei den kleinen Kindern – wir reden hier nicht von den großen Kin-

dern – die Bezugsperson ständig wechselt. Das ist auch vor dem sozialpädagogischen Hintergrund ausgesprochen bedenklich, denn es gibt Bindungsprobleme und Ähnliches, wenn das zu häufig gemacht wird.

Das ist auch ein Problem. Das negieren Sie hier genauso wie den Rest, und das ist falsch, meine Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Schildt [SPD]: Das musste einmal gesagt werden!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ahrens, ich habe mir eigentlich vorgenommen, mich bei der Opposition für diese auch aus meiner Sicht wichtige Anfrage zu bedanken, weil das Thema des Ausbaus der Kindertagesbetreuung dieses Haus intensiv beschäftigt, und das hat natürlich auch etwas mit dem Fachkräftebedarf zu tun, aber zurückweisen, Frau Ahrens, möchte ich Folgendes, und das muss ich jetzt einfach einmal machen: Wir haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in dem Bereich arbeiten. Allein bei KiTa Bremen sind 1 700 Männer und Frauen beschäftigt, bei der Evangelischen Kirche ist es noch einmal eine ebenso große Anzahl und auch bei den viele Elternvereinen. Da leisten Menschen einen engagierten Job und arbeiten nicht "an den Kindern".

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das habe ich nicht negativ gemeint!)

Das sind überwiegend Fachkräfte – so antworten wir auch auf Ihre Anfrage –, die ausgebildet sind, die mit den Kindern arbeiten, sie bilden, erziehen und betreuen, und zwar so, wie es im Gesetz steht, und sie arbeiten auch mit den Eltern zusammen. Die vorschulischen Einrichtungen sind eine Entwicklung in Deutschland, die erst in den letzten 15 Jahren so richtig Fahrt aufgenommen hat. Die Kindertagesstätten sind mehr als Betreuungseinrichtungen, sie sind Fundamente in unserem Bildungssystem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist es auch richtig, dass Sie fragen, wie die Fachkräfte ausgebildet werden und ob wir genug ausbilden. Das ist ein Thema – das hat Frau Krümpfer angesprochen –, das nicht allein Bremen beschäftigt, sondern es muss die gesamte Republik beschäftigen, damit wir hier auch vorankommen und Menschen mit einer guten Qualität ausbilden. Wir müssen dann aber natürlich auch bundesweit – und das können wir nicht allein machen, Frau Ahrens – über

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

 (A) die Anhebung der Qualifikationen diskutieren, und auch über andere Tarifverträge müssen wir bundesweit reden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Als Frauensenatorin sage ich auch kritisch: Dort, wo Männer arbeiten, haben wir oft sehr gute Tarifabschlüsse, und dort, wo Frauen arbeiten, in den Pflege- und Erzieherberufen, haben wir keine so gute Bezahlung, und das muss sich endlich auch in diesem Land ändern!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich glaube, dass wir dort mehr Gerechtigkeit brauchen, ist auch ein Punkt, den alle teilen, die die Haushaltslage kennen.

Wie geht der Senat aber weiter damit um? Sie haben ja zu Recht gesagt, dass angesichts der Zeit nicht alle Fragen beantwortet werden konnten. Es ist eine ernsthafte Diskussion, wie wir den Gesamtanstieg bewältigen. Wir brauchen rund 17 Prozent zusätzliches pädagogisches Personal, das ist absehbar, und das ist eine Frage, die uns als Ressort und die auch die Träger beschäftigt.

Das Problem der Fachkräftegewinnung wird in den nächsten Jahren an Gewicht zunehmen, aber ich glaube nicht, dass wir das Problem so, wie es die Kultusminister versucht haben, lösen können. Sie haben sich ja untereinander gestritten, weil Bayern auf einmal in Hessen Plakate aufgestellt hat, Baden-Württemberg dann wiederum in Bayern mit "Wir können alles, außer Hochdeutsch" geworben hat. Ich meine, wir könnten Plakate mit dem Slogan aufstellen: "Wir können sogar Hochdeutsch". Plakate lösen aber das Problem nicht, ich glaube, es muss ein Mix sein. Wir müssen ausbilden.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt müssen Sie zuhören, Frau Ahrens, weil das einer Ihrer Hauptkritikpunkte war! Sie haben ja gesagt, der Senat habe da womöglich eine falsche Weichenstellung vorgenommen. Darüber reden wir jetzt auch. Angesichts der Zahlen, die wir jetzt haben, müs-sen wir da noch etwas verändern. Herr Staatsrat Kück nickt. Wir sind im Gespräch, ob wir nicht doch noch zwei Klassen brauchen, um den Fachkräftebedarf zu decken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich schlage die Tür in dieser Debatte jetzt nicht zu, sondern sage, dass Bildung und Soziales miteinander im Gespräch sind. Es sind ja zwei Dinge: Wir wollen auf der einen Seite jungen Menschen eine Chance bieten, eine gute Ausbildung zu absolvieren – und viele möchten eine solche Ausbildung machen –, und auf der anderen Seite haben wir eben auch Arbeitsplätze, die wir anbieten können.

Man muss ehrlicherweise in dieser Debatte auch sagen, dass wir im Schuljahr 2012/2013 - das ist die Antwort auf Frage 10 - im Land Bremen allein 855 Schülerinnen und Schüler an den Fachschulen und an den Berufsfachschulen in der Ausbildung für erzieherische Berufe haben. Das ist eine große Anzahl. Darunter sind 558 Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher, 46 Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung zur Heilerziehungspflegerin und zum Heilerziehungspfleger, und 251 Schülerinnen und Schüler sind in der Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistentin und zum Sozialpädagogischen Assistenten. Bis zum Jahr 2015 werden 840 Schülerinnen und Schüler die Ausbildung erfolgreich abschließen. Sie haben vorhin die Lücke genannt: Die können wir damit schließen.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Die werden ja nicht alle miteinander fertig!)

Bremen ist immer noch ein attraktiver Arbeitsort, aber die Träger sagen, es werde schwieriger und dass sie auch auswählen können wollen. Man nimmt längst nicht alle Bewerber, sondern man achtet eben auch berufliche Erfahrung, legt Wert auf bestimmte Kompetenzen, und dazu ist natürlich auch eine gewisse Fluktuation notwendig. Ich sage aber nicht, dass Sie Unrecht haben, wenn Sie sagen, der Bremer Senat soll sich darum kümmern.

Die Zeit des Ruhestands wurde angesprochen, der in den nächsten Jahren für eine Anzahl der Arbeitskräfte kommt, die Ende der Siebziger- und Anfang der Achtzigerjahre ihre Berufsausübung begonnen haben. Wir haben glücklicherweise auch eine beständige Ausweitung der Angebote zu verzeichnen. Ich glaube aber, das trifft alle Bereiche im öffentlichen Dienst. Auch in den Schulen kommt es zu hohen Abgängen, weil natürlich in den Siebziger- und Achtzigerjahren auch in Bremen besonders viel eingestellt wurde. Diesen Übergang wollen wir gestalten. Es gelingt uns auch in den Kindertageseinrichtungen, junge qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen.

Da wir keine geringe Anzahl neuer junger Kolleginnen einstellen, kommt der Bedarf an temporären Vertretungen hinzu, also Schwangerschafts- und Elternzeitvertretungen et cetera. Ich bin jetzt mit Frau Fein, der Chefin von KiTa Bremen, und Herrn Bahlmann im Gespräch. Wir loben in Bremen ja oft die Handwerkskammer oder auch die Polizei, die mit den "Streifenhörnchen" ihrer Belegschaft ein Angebot für die Kindertagesbetreuung macht.

Ich möchte gern als Senatorin mit den Leitungen von KiTa Bremen und anderen Trägern ins Gespräch (D)

(A) kommen, was wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bieten, die eben im Bereich der Kinderbetreuung t\u00e4tig sind. Bieten wir vielleicht in einem Modellversuch eine vorrangige Betreuung an, wenn wir die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufnehmen und betreuen? Die Eltern stehen uns dann als gew\u00fcnschte und auch geliebte Arbeitskr\u00e4fte, als wertvolle Kolleginnen und Kollegen fr\u00fcher zur Verf\u00fcgung. Dazu f\u00fchren wir gerade Gespr\u00e4che und entwickeln Modelle. Das ist auch eine Idee, die vom Personalrat und der Frauenbeauftragten gef\u00fcrdert wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Aus meiner Sicht bedarf es zum Erhalt unserer Ausbildungskapazitäten vielfältiger Strategien. Wir wollen auch die Ausbildungsangebote für sogenannte Quereinsteiger nutzen. Zwei Angebote werden zurzeit geplant, eines wird von der Agentur für Arbeit finanziert. Möglicherweise gibt es auch einen Schulversuch der Senatorin für Bildung, auch da führen wir Gespräche. Wir haben ein bestehendes Projekt, das vom Paritätischen Bildungswerk durchgeführt wird.

Nicht zuletzt haben wir auch Tageseltern weiterqualifiziert. Es gibt Tagesmütter und -väter, die aufgrund ihrer Tätigkeit gesagt haben, es sei ein Beruf, den sie sich vorstellen könnten, auch wenn die Anzahl nicht riesig ist. Sie haben vielleicht vorher einen anderen Beruf gelernt, und wir qualifizieren sie dann weiter. Bremen beteiligt sich auf Bundesebene an einer Expertengruppe, die sich diese Aufgabenstellung vorgenommen hat. Ich finde es auch wichtig, dass wir dort mitwirken. Wir sind zwar klein, aber wir haben auch viel in die Diskussion einzubringen und viele Erfahrungen.

(B)

Aus meiner Sicht ist es aber nicht nur wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, neue Fachkräfte zu gewinnen und sie gut auszubilden, sondern es geht auch darum, die Belegschaft gesund zu erhalten. Das muss eines unserer wichtigen Ziele sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich schaue natürlich auch mit Sorge auf den Krankenstand bei KiTa Bremen, und bei den anderen Trägern ist es nicht anders. Das mag auch an einer höheren Infektionsgefahr liegen. Dort, wo Kinder sind, ist auch der Schnupfen, und gerade im Augenblick ist er ja auch hier im Hause weit verbreitet. Es sind aber eben auch oft belastende Arbeitsplätze. Wir wollen herausfinden, welche Belastungen die Belegschaft krank machen, wir wollen Situationen verändern. KiTa Bremen, unser Eigenbetrieb, hat jetzt ein Gesundheitsmanagement – das finde ich vorbildlich – mit dem Ziel entwickelt, den Krankenstand dauerhaft zu senken.

Erzieherin und Erzieher ist ein Beruf mit Zukunft. Man kann jungen Leuten Mut machen, diesen Beruf zu ergreifen. Ich glaube auch, Frau Ahrens und sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass sich da noch eine Menge in diesem Land tun wird. Wenn man sich in den anderen europäischen Ländern umschaut, werden dort eben nicht mehr nur Erzieher und Lehrer ausgebildet, sondern man bildet den Beruf des Pädagogen/der Pädagogin mit einer entsprechenden Qualifikation für die jeweilige Altersgruppe aus. Ich glaube, dass die Reise, wenn auch etwas langsamer, ganz bestimmt auch in unserem Land in diese Richtung geht.

Es ist einfach ein wahnsinnig guter Beruf, der neben all den Anstrengungen, die man dort erlebt, es ist laut, es ist nie gleich, auch viel Spaß macht, weil es einfach etwas Tolles ist, Kinder beim Wachsen zu unterstützen. – Danke schön!

(Beifall)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/738, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Kriterien "guter Arbeit" in die Wirtschaftsförderung integrieren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 20. November 2012 (Drucksache 18/664)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. **Reinken** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kriterien "guter Arbeit" in die Wirtschaftsförderung integrieren, wenn öffentliches Geld eingesetzt wird, dann muss es einen öffentlichen Ertrag für alle geben, das ist unser Grundsatz.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Der Ertrag kann unterschiedlich sein, von unterschiedlicher Qualität, er kann unterschiedliche Inhalte haben, aber es muss einen Mehrwert für diejenigen geben, die das Geld aufbringen, nämlich letztlich die Gesellschaft. Diesen Gedanken müssen wir auch in die Wirtschaftsförderung integrieren.

Unter diesen Überlegungen heißt gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung Arbeit, die ein eigenverantwort-

(A) liches Leben ermöglicht, die sozialversicherungspflichtig ist, die ein hohes Maß an Sicherheit und Stabilität ermöglicht, bei der Qualifikation gefördert und entlohnt wird, die die Erwerbsbeteiligung fördert und nicht ausgrenzt, bei der Sicherheit und Gesundheit geachtet bleiben. Uns ist klar, das sind hehre Grundsätze, die Umsetzung ist die Herausforderung.

Wirtschaftspolitisch setzen wir in Bremen auf qualifiziertes Wachstum, und qualifiziertes Wachstum ermöglicht gute Arbeit. Die Koalition ist auf diesem Weg bisher einen guten Schritt gegangen, einen nach dem anderen, mit der Umstellung auf die Darlehensförderung bereits in der letzten Legislaturperiode; diese hat sich gegen alle Kritik bewährt, und davon gab es damals reichlich. Damals wurde das Ende der dynamischen Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts vorausgesagt.

Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz sind wir ebenfalls in die richtige Richtung gegangen, und im Übrigen fordern die Arbeitgeber im Handwerk ja hier nicht etwa weniger, sondern mehr Konsequenz in der Einhaltung der Tarifverträge bei der Auftragsvergabe. Auch das Landesmindestlohngesetz, das wir im letzten Jahr verabschiedet haben, wirkt sich positiv aus, wie wir der entsprechenden Vorlage aus der letzten Deputationssitzung entnehmen können. Auch hier ist die Aussage, dass dies das Ende des Wirtschaftsstandortes Bremen sei, widerlegt worden.

In der Koalitionsvereinbarung ist formuliert, wie wir diesen Weg weitergehen wollen - ich zitiere -: "Vorrangiges Kriterium für Förderentscheidungen ist die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsund Ausbildungsplätzen. Wir wollen die Förderung verbindlich an Kriterien guter Arbeit wie zum Beispiel Mindestlohn, Tariflöhne, Leiharbeitsquote und ihren Beitrag zum ressourcenschonenden Wirtschaften koppeln." Unser Antrag zielt darauf ab, diesen Entwicklungspfad weiterzugehen und weiter zu konkretisieren. Dass wir dann mit diesem Antrag die weitere Konkretisierung abfragen, ist Konsequenz, und wir bitten den Senat, diese politischen Ziele in der nächsten Zeit weiter zu konkretisieren: Wie machen wir das in Bremen? Welche Anreize sind möglich, insbesondere auch im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, und wie wird das in die tagtägliche Arbeit implementiert?

Unser Antrag hat dem Vernehmen nach für große Aufregung gesorgt, insbesondere bei der Handelskammer und bei den Unternehmensverbänden. Eine sachliche Begründung dafür kann ich nicht erkennen. Es muss auch im Interesse der Bremer Wirtschaft sein, qualifizierte und zukunftsgerichtete Strukturen zu fördern und keine subventionierten Strohfeuer.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es ist natürlich richtig, den Unternehmen die Frage zu stellen, wie sie es mit der Leiharbeit, der Aus-

bildung, der Tariftreue oder auch mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen halten. Im Übrigen sind die Unternehmen ja zum Teil auf diesen Gebieten selbst sehr aktiv. Wir haben natürlich auch Fehlentwicklungen in der Region, zum Beispiel in der Offshore-Branche. Wir haben zu viel Leiharbeit und zu wenig Erstausbildungen, um nur zwei Punkte zu nennen, und gleichzeitig eine sehr große Anstrengung der Steuerzahler mit dem OTB, Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, um überhaupt Beschäftigung dauerhaft zu entwickeln.

Ich finde es im Übrigen vor diesem Hintergrund gut – das ist auch ein Punkt von guter Arbeit im Rahmen der Wirtschaftsförderung –, dass es dem Senat gelungen ist, mit den Betrieben der Windenergie erste Absprachen darüber zu treffen, wohin man auch mit der Ausbildung, der Leiharbeit, der Qualifizierung und der Entlohnung in der Windenergiebranche will, auch das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es ist berechtigt, bei öffentlichen Investitionen eine Rendite zu erwarten, eine Rendite, die sich für die Gesellschaft rechnet. Wir stehen dabei im Übrigen auch nicht allein da: Schauen Sie nach Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, überall wird das diskutiert und zum Teil schon umgesetzt! Man hat auch in den Regionen erkannt, dass es nichts bringt, bei hoher Arbeitslosigkeit in den Billiglohnsektor zu investieren, prekäre Beschäftigung möglicherweise auch noch öffentlich zu fördern.

Der von uns vorgelegte Antrag ist ja schon seit einigen Monaten auf der Tagesordnung, und er ist immer wieder verschoben worden. Wir wissen und stellen mit Freude fest, dass das Ressort auch aufgrund unseres Antrags weitergearbeitet hat und wir demnächst weitere Vorlagen zu dem Thema erhalten werden. Wir sehen der Debatte, wie wir das im Einzelnen und Schritt für Schritt konkretisieren, mit großem Interesse entgegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat, der Antrag liegt schon etwas länger vor, trotzdem will ich das, was ich von November bis jetzt an Argumenten zusammengestellt habe, nicht ganz aus meiner Rede herausnehmen. Im niedersächsischen Wahlkampf bin ich bei meinen Radtouren an Plakatwänden von Herrn McAllister vorbeigefahren,

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) auf denen "gute Arbeit" stand. Ich habe mir dann immer die Arbeitsbedingungen in einigen niedersächsischen Schlachthöfen vorgestellt, dort kann man, glaube ich, relativ wenig von guter Arbeit sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in der Zwischenzeit über Servicekräfte beim Bremer Sechs-Tage-Rennen gesprochen. Wir mussten leider feststellen, dass uns dort aufgrund vertraglicher Regelungen die Hände gebunden sind. Das ist bedauerlich, da werden wir auch nicht nachlassen nachzuhaken. Noch bitterer wird es beim aktuellen Thema Amazon.

Alles das zeigt, wie aktuell und wichtig der Antrag ist und dass er von November bis heute nicht an Bedeutung verloren hat. Ich finde es richtig – das ist auch noch einmal ein Nachtrag zur letzten Sitzung der Wirtschaftsdeputation –, dass Firmenkunden der Bürgschaftsbank Bremen, die nach Einführung des Bremer Mindestlohngesetzes ihren Angestellten allen Ernstes keine 8,50 Euro zahlen wollten, keine Bürgschaften mehr aus staatlichen Mitteln erhalten haben. Das finde ich ausdrücklich richtig und sehe es als genau den richtigen Weg.

Es handelte sich um elf Bürgschaftsanfragen, von denen vier Firmen nachgebessert haben, die anderen haben leider eine Absage erhalten. So haben wir uns, das muss ich in aller Deutlichkeit sagen, die Wirkung des Gesetzes vorgestellt, und andere Landtagsfraktionen, bei denen ich hin und wieder über das Landesmindestlohngesetz berichten darf, staunen, dass ein solches Gesetz auch eine solche Wirkung haben kann.

(B)

Schade, dass bei dieser Meldung über die Ablehnung der Anträge, ich sage es einmal so deutlich, einige Herren der Handelskammer gleich Schnappatmung bekommen haben und den Untergang der Wirtschaft in Bremen prophezeit haben! Das ist, glaube ich, deutlich nicht so, das Landesmindestlohngesetz findet weiterhin Anwendung, im Gegenteil, es fördert gute Arbeit, und es hält den Standort Bremen attraktiv.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedeutet gute Arbeit wenigstens einen Mindestlohn, besser Tariflohn, damit die Erwerbsarbeit zum Leben reicht, eine gewisse Lebensplanung, gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung ermöglicht. Analysiert man den deutschen Arbeitsmarkt, muss man aber feststellen, dass sich eine doppelte Spaltung vollzieht: natürlich, das wissen wir alle, zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, aber vermehrt gibt

es die riesige Lücke zwischen regulär und prekär Beschäftigten in Unternehmen. Arbeitsplätze von Festangestellten werden immer häufiger mir externen Leiharbeitskräften oder, besonders perfide, mit Werkvertragsnehmern besetzt. Belegschaften werden auf diese Weise weiterhin auseinanderdividiert und zerfasert, und damit werden zunehmend Mitbestimmungsrechte, Kündigungsschutz und tarifliche Vereinbarungen ad absurdum geführt. Der Satz "Sozial ist, was Arbeit schafft" gilt hier schon lange nicht mehr.

Gute Arbeit bedeutet für uns, dass Tariflöhne gezahlt werden, Tarifverträge eingehalten werden, dass qualifiziert aus- und weitergebildet wird. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedeutet gute Arbeit auch eine inklusive Arbeitsmarktstrategie, die an unterschiedlichen Fähigkeiten, Stärken, Talenten und Qualifikationen der Menschen anknüpft, die passgenaue Perspektiven zulässt und eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mit dem Antrag der Koalition wollen wir auch deutliche Bedingungen an Unternehmungen formulieren, weniger auf Niedriglöhne, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge zu setzen. Mit der Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, der Kollege Reinken hat es schon gesagt, steuert Bremen, dass nur Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die diese Gesetze einhalten. Mit dem Landesmindestlohngesetz haben wir noch einmal eine Prämisse gesetzt.

Ich finde es auch richtig – auch dort noch einmal mein Dank an das Wirtschafts- und Arbeitsressort –, dort weiterzuarbeiten, dort nicht untätig zu sein, nicht nachzulassen, nicht zu warten, bis die Koalition den nächsten Antrag stellt. Dafür bedanke ich mich. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (Die LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition legt einen Antrag vor, der besagt, wir müssen Kriterien guter Arbeit in die Wirtschaftsförderung integrieren. Das ist ein Ziel, das wir so uneingeschränkt unterschreiben können, und ich denke, dieses Haus muss auch genau mit diesem Ziel eine Debatte führen, wie das passieren kann. Es darf einfach nicht sein, dass mit öffentlichem Geld Lohndumping, prekäre Beschäftigung oder Leiharbeit unterstützt wird, weil sich alles dies als zunehmendes Problem herausstellt.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Meine Vorredner haben es gesagt, es gibt eine zunehmende Tendenz hin zur Leiharbeit, zu Minijobs, zu befristeten Jobs, zu Jobs, in denen Menschen unterhalb ihrer Qualifikationen bezahlt werden, obwohl sie natürlich über dem Mindestlohn bezahlt werden. Alle diese Effekte sehen wir, und es ist ein ruinöser Wettbewerb, der immer weniger Regeln unterworfen ist. Wir wissen, auch aus dem Sport, wenn es keine Regeln gibt, dann wird es unfair. Man muss Regeln haben, die Fairness ermöglichen. Deswegen ist der Ansatz zu sagen, gute Arbeit in die Wirtschaftsförderung zu integrieren, richtig. Deswegen ist es gut, wenn wir sagen, öffentliches Geld bekommt man und sei es auch nur als Darlehen - nur dann, wenn Unternehmen faire Bedingungen haben und wenn sie die Idee einer guten Arbeit unterstützen.

Auch meine Vorredner haben es deutlich gemacht, in aller Regel nützt es den Betrieben selbst, wenn sie einen Rahmen haben, in dem sie faire Arbeitsbedingungen liefern können und keinem ruinösen Wettbewerb ausgesetzt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es wichtig, dass wir uns noch einmal die Kriterien guter Arbeit vor Augen führen, denn ich habe jetzt gelernt, dass das ein ganz weites Feld ist. Es sind zum einen die formalen Bedingungen wie Tarifverträge, Arbeitszeit, Mindestlohn und Ähnliches, dazu gehört auch Mitbestimmung, also die Frage, ob es Betriebsräte in einem Betrieb gibt oder nicht. Auf der anderen Seite gibt es aber den Bereich der individuellen Erfahrung: Wie erlebe ich meine Arbeit? Habe ich Stress? Bin ich außerhalb der Arbeitszeit verfügbar? Kann ich überhaupt noch irgendeinen Sinn in dem erkennen, was ich mache? Das sind auch Kriterien guter Arbeit, die in dem DGB-Index Gute Arbeit erfasst werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gefragt: Wie sehen Sie das? Sehen Sie sich selbst in dem Geschäft?

Das, was ich dort gelesen habe, ist auch bedenkenswert. Dort ist längst nicht alles im grünen Bereich. Bei vielen Kriterien ist mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Bedingungen ausgesprochen unzufrieden, und letztendlich machen diese Bedingungen die Menschen unzufrieden und krank. Das heißt, wir haben ein weites Feld von Kriterien, und eine Aufgabe, die wir lösen müssen, ist: Welche Kriterien können wir heranziehen, um sie mit der Wirtschaftsförderung zu verbinden?

Wenn ich mir jetzt anschaue, was wir heute zu diesem Thema beschließen sollen, dann sage ich einmal, da ist noch Luft nach oben. Als Erstes soll der Senat darstellen, wie gute Arbeit zum Kriterium der Wirtschaftsförderung werden kann, das ist in Ordnung. Als Nächstes steht dort, dass der Senat gebeten wird zu prüfen, über welche Anreize insbesondere klei-

ne und mittlere Unternehmen für die Umsetzung gewonnen werden können. Die Frage ist: Warum eigentlich insbesondere kleine und mittlere Unternehmen? Ich glaube, dass auch größere Unternehmen in die Pflicht genommen werden müssen, wenn sie in irgendeiner Weise Wirtschaftsförderung benötigen.

Die Ziffern 3 und 4 besagen, dass wir mit den Firmen reden und in drei Monaten einen Bericht bekommen sollen, wie das Verfahren und die Integration von "guter Arbeit" in die Wirtschaftsförderung vorangeschritten ist. Ich habe den einen oder anderen Vorschlag, wie man diesem Prozess ein bisschen mehr Nachdruck verleihen kann.

Herr Reinken hat erwähnt, dass Thüringen ein Stück weiter ist. Man hat in die dortigen Richtlinien für die Vergabe der Wirtschaftsförderung schlicht aufgenommen, dass eine Firma keine Wirtschaftsförderung erhält, wenn sie mehr als 30 Prozent Leiharbeiter beschäftigt. Wenn sie zwischen 10 bis 30 Prozent Leiharbeiter beschäftigen, können sie maximal den Basissatz bekommen. Nur wenn weniger als zehn Prozent Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Unternehmen tätig sind, kann man mit der vollen Summe gefördert werden. Ich denke, die Frage ist, ob man das in Bremen transportieren kann, ob man ein solches Kriterium auch hier entwickeln kann. Das ist ein Vorschlag.

Der zweite Vorschlag lautet: Warum ermutigen wir nicht eine Firma, die Wirtschaftsförderung beantragt, einmal diesen DGB-Index "über sich ergehen zu lassen" und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fragen, wie es ihnen in ihrem Betrieb geht. Wie ich erfahren habe, ist der DGB-Index Gute Arbeit eine gute Messlatte dafür, wie es in einem Betrieb zugeht.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss!

Drittens habe ich die Idee, einmal die Frage zu stellen: Wir haben ja in der Vergangenheit Wirtschaftsförderung betrieben, aber welche Ergebnisse hätten wir erzielt, wenn es diese Kriterien schon gegeben hätte? Dann bekommt man möglicherweise eine Idee davon, ob das, was wir für die Zukunft beschließen, überhaupt wirkt. Diese drei Vorschläge – DGB-Index, Wirtschaftsförderung wie die Thüringer von der Beschäftigung von Leiharbeitern abhängig machen und zu schauen, wie es in der Vergangenheit ausgesehen hätte, wenn wir diese Kriterien schon gehabt hätten – sind meines Erachtens Vorschläge, die diesen Prozess deutlich schneller voranbringen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

(D)

(D)

(A) Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein solcher Antrag der Regierungsfraktionen vorgelegt wird, dann macht man sich erst einmal Gedanken darüber, was, unabhängig von den Inhalten, die hier aufgeführt sind, eigentlich das Motiv dieses Antrags ist. Uns fallen zwei Aspekte ein, die auf der Hand liegen. Der eine ist, dass die Regierungsfraktionen mit der Arbeit des Senats nicht zufrieden sind.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Glatte Fehleinschätzung!)

Wenn Sie aus dem Koalitionsvertrag zitieren und sagen, lieber Senat, es muss hier endlich einmal etwas vorgelegt werden, weil bisher nichts vorgelegt worden ist, dann ist das eigentlich ein eindeutiges Signal dafür, dass die Regierungsfraktionen offensichtlich mit dem Senat nicht einverstanden sind. Das ist eine Möglichkeit, die es in dem Zusammenhang gibt.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Möglichkeit ist, dass man im Handbuch für Koalitionsarbeit das Kapitel "Regierungs-Pingpong" aufschlägt, ein mit hehren Zielen versehenes inhaltliches Thema besetzt, einen Antrag schreibt, gegen den man vordergründig erst einmal nichts haben kann, den Senat auffordert, im Sinne der guten Sache etwas zu tun, der Senat – wir werden es ja auch gleich hören – sich höflich bei den Fraktionen bedankt, sagt, wie wichtig dieses Anliegen ist und verspricht, natürlich innerhalb kürzester Zeit entsprechende Vorlagen einzubringen, um das Unheil, das in diesem Antrag beschrieben ist, zu beheben.

(B)

Eine dieser beiden Möglichkeiten kommt infrage, beide Möglichkeiten sind sehr vordergründig, und die zweite fällt eher unter die Kategorie Schauantrag, den wir hier heute haben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich, damit gar kein Missverständnis auftritt, unmissverständlich deutlich machen, dass es in dem, was Sie als gute Arbeit formuliert haben, keinen großen Dissens mit uns als CDU-Fraktion gibt. Wir sprechen uns auch für die Einhaltung von Tarifverträgen aus und haben in verschiedenen Debatten als CDU-Fraktion immer wieder gesagt, dass es richtig ist, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – das ist nämlich eine Wechselbeziehung – so attraktiv und interessant für ihre jeweilige Klientel sind, dass es viele Tarifverträge gibt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, hinter dem wir voll und ganz stehen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist, dass natürlich das Instrument der Leiharbeit nicht missbraucht werden darf. Dahingehend befinden wir uns mit Ihnen im Einklang, und es gibt keinen Dissens darin, dass Leiharbeit nicht dazu benutzt werden darf, um dauerhaft Dauerarbeitsplätze zu kompensieren. Das darf nicht möglich sein, und das ist an dieser Stelle auch von uns eine klare Absage an Amazon und andere.

Der dritte Punkt ist natürlich, dass wir auch ein hohes Maß an Ausbildung benötigen. Wir haben ja mittlerweile eine andere Situation, als wir sie noch vor drei oder vier Jahren hatten. Zwischenzeitlich wird auch auf dem Ausbildungsmarkt und dem Arbeitsmarkt spürbar sein, dass die Frage der dualen Berufsausbildung maßgeblich für die Leistungs- und die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft und einer Volkswirtschaft sein wird. Die Wirtschaft und die Gesellschaft haben insgesamt ein originäres Interesse daran, dass wir das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung weiter fördern. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion völlig unstrittig.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem, Herr Reinken, lassen wir uns nicht auf das Spielchen nach dem Motto ein, wenn die jeweilige Maßnahme nicht den Untergang des Abendlandes bedeuten wird, dann muss sie auf der anderen Seite ja wohl offensichtlich die Glückseligkeit sein. Das ist zu undifferenziert. Hier gibt es sicherlich zwischen den beiden Extremen sehr wohl den Aspekt, der dabei berücksichtigt werden muss: Was passiert denn dort überhaupt? Vor welcher Klientel spielt sich eigentlich ab, was hier im Einzelfall gefordert wird?

Wir haben als CDU-Fraktion die Befürchtung, dass hier mehr Bürokratie und eine Überreglementierung stattfinden, zumal das, worauf Sie hinaus wollen und was Sie als Beispiele heranziehen, in der Regel hier in Bremen – zumindest wenn es die Einzelfallförderung von Unternehmen angeht – in dem Maße gar nicht eintritt. Welche Unternehmensgründungen sind es denn? Das sind Kleinstunternehmen, die mit zwei, drei Beschäftigten gegründet werden. Sie haben natürlich noch keine Ausbildungsquote und beantworten natürlich die Frage der Tarifverträge ganz anders als ein Unternehmen mit 30, 40, 100 oder 200 Mitarbeitern.

Genau mit solchen Reglementierungen werden wir in diesem Bereich erhebliche Hürden aufbauen. Wie gesagt, es wird sicherlich nicht zum Untergang des Abendlandes führen, aber doch erhebliche Auswirkungen auf die Unternehmensgründungen insgesamt haben, und das ist ein Punkt, den wir sehr kritisch sehen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkte ist auch ein wichtiger Teil der Wirtschaftsförderung: die Vergabe von Grundstücken! Wenn ein Investor, der ein Bürogebäude erstellen will, fremd vermietet – das geschieht in der Überseestadt landauf, landab –, wie wollen Sie dann diese Krite-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) rien, wenn Sie sie ernst nehmen, umsetzen? Erklären Sie das doch einmal! Auch hier glauben wir, dass das Massenphänomen, das Sie an die Wand malen – -.

Thüringen hat ganz andere Voraussetzungen, weil es natürlich auch eine ganz andere Größenordnung von Unternehmen fördern kann. Das ist ein ganz anderes Fördergebiet, sie haben ganz andere Förderfälle als wir. Hier in Bremen sind es eher Klein- und Kleinstunternehmen, und da müssen wir natürlich entsprechend reagieren. Hier gibt es auch keine Antwort. Sie haben auf die Deputationsvorlage hingewiesen, in der ein ganz anderer Aspekt aufgegriffen wird.

Wir sehen hier mehr Fragezeichen als Antworten. Welche dieser beiden von mir eingangs erwähnten Varianten ist letztendlich die richtige? Wenn Sie es offen nach dem Motto formulieren würden, der Senat arbeite aus unserer Sicht zu wenig, dann würden wir dem nicht die Anerkennung verweigern. Zur zweiten Kategorie der Schauanträge: Symbolpolitik machen wir nicht mit, deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

(B) Senator Günthner*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern dem Phänomen schon aufmerksam gelauscht. Als das Thema Energiewende und Strompreisbremse diskutiert wurde, haben Sie sich heftig hinter die Strompreisbremse von Herrn Altmaier gestellt, aber anschließend erklärt, die Maßnahmen, die Herr Altmaier vorschlägt, lehnen Sie ab, weil Sie sich dann ja konkret ins Detail und die Frage begäben, welche Auswirkungen sie konkret auf Bremen haben würde.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eben gesehen, dass das nicht nur beim Thema Energiewende so geht, sondern auch beim Thema "gute Arbeit". Sie sagen, wir sind auch für gute Arbeit. Wer kann auch gegen gute Arbeit sein? Selbst die Bundeskanzlerin sagt ja inzwischen, dass sie für gute Arbeit ist. Wenn es dann aber konkret wird, sagen Sie, das alles wollen wir nicht. Als wir hier über das Thema Landesmindestlohngesetz diskutiert haben, haben Sie das hier so vorgeführt. Da haben Sie im Übrigen gesagt, es sei Symbolpolitik, was Rot-Grün hier mache, und habe real überhaupt keine Auswirkungen.

Inzwischen haben Sie ja festgestellt, auch anhand der abgelehnten Förderanträge, wir haben nämlich gesagt, wir erwarten, dass der Mindestlohn gezahlt wird, ansonsten gibt es keine Förderung, auch nicht für 400-Euro-Jobs, es ist auch in dieser Form in diesem Hause diskutiert worden, dass es eben nicht als Symbolpolitik zu diffamieren ist, sondern dass es ganz konkrete Politik ist, die ganz konkret den Menschen in diesem Bundesland hilft, und das ist richtig so.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dort, wo wir öffentliches Geld eingesetzt beziehungsweise in die Hand genommen haben, muss klar sein, dass wir als Rendite erwarten, dass Menschen eine Aufstiegsperspektive in dieser Gesellschaft haben. Diese Aufstiegsperspektive haben sie nicht mit einem Stundenlohn von 4,50 Euro.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Diese Aufstiegsperspektive haben sie auch nicht, wenn das eintritt, was auch immer von den Gewerkschaften beklagt wird.

Über Leiharbeit kann man in der einen oder anderen Weise diskutieren. Gerade aus der Metallindustrie gibt es gute Beispiele von den Stahlwerken über Airbus bis hin zu Mercedes, wie man dieses Thema als Flexibilitätspuffer organisieren kann. Es gibt aber eben auch - Schlecker und andere sind genannt worden – die Gegenbeispiele, an denen man sehen kann, wie man Leiharbeit pervertieren kann und wie sie dazu führt, dass keine Klebeeffekte eintreten. Menschen bekommen keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt, sondern werden in eine Abwärtsspirale geschickt, die am Ende bedeutet, dass sie niemals bei guter Arbeit ankommen, wie es von uns politisch gewollt ist, sondern immer in prekärer Beschäftigung bleiben und nie die Perspektive haben, für sich und ihre Familien Aufstieg und soziale Gerechtigkeit zu erfahren. Das wollen wir abstellen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deswegen sagen wir als Senat: Dort, wo wir mit öffentlichem Geld fördern, erwarten wir, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dort, wo wir mit öffentlichem Geld fördern und Unternehmen Aufträge geben, erwarten wir, dass faire Bezahlung gilt.

Sie versuchen, sich immer herauszulavieren, indem Sie sehr abstrakt darüber sprechen: Wenn die Tarifvertragsparteien sich auf 4,50 Euro im Frisörhandwerk oder 6,50 Euro im Wach- und Schließgewerbe (D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

 (A) verständigen, dann sei das ja gut. Ich sage Ihnen, ich finde, dass es obszön ist,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

weil es bedeutet, dass alle diejenigen Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen, mit den Löhnen an ihre Beschäftigten solche Arbeitsplätze und solch schlechte Bezahlung subventionieren, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es stellt sich dann neben dem Menschenbild, über das wir an der einen oder der anderen Stelle schon diskutiert haben, heraus - meines ist weiterhin ein anderes und immer noch sozialdemokratisch und christlich geprägt, und zu diesem Menschenbild gehört, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können müssen, aber nicht darauf angewiesen sein dürfen, zum Staat zu laufen, um sich ergänzende Sozialhilfe zu holen -, und das gehört dazu, dass das Marktmodell, das dahinter steht, ja offenbar immer stärker ins Rutschen gerät. Schauen Sie sich zum Beispiel einmal die Debatten in Handwerkskreisen an! Schauen Sie sich einmal die Debatten an, wenn im Frisörhandwerk darüber gesprochen wird, dass es nicht nur obszön ist, wenn sie den Beschäftigten so wenig bezahlen, sondern dass auch ein Frisör, der seinen Haarschnitt für 8,50 Euro verkauft, offenbar ein schlechter Geschäftsmann sein muss, weil er faktisch für diesen Preis am Ende weder seine Mitarbeiter ordentlich bezahlen noch selbst ordentlich davon leben kann.

(B)

Das Geschäftsmodell, das dahinter steht, nämlich mit Dumpinglöhnen und -preisen an den Markt zu gehen, das auf die Beschäftigten herunterzudrücken und zu sagen, am Ende organisiert der Staat dann schon das Mindesteinkommen, das gebraucht wird, um mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen, müssen wir infrage stellen und bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir haben das Landesmindestlohngesetz umgesetzt. Wir sind damit vorbildlich und treiben bei diesem Thema auch die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin vor uns her, die ja nun auch Anzeichen dafür zeigt, dass sie erkennt, dass an dieser Stelle ein soziales Problem zu sehen ist. Wir sind dabei, das Thema umzusetzen, und befassen uns in der Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der nächsten Woche damit. Wir wollen, dass die Förderung daran gebunden ist, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es gibt im Übrigen gute Beispiele dafür, dass man das auch im Zusammenspiel mit den Unternehmen machen kann, das Bündnis für Windenergie ist angesprochen worden. Denn eines wurde doch auch aus der vorangegangenen Debatte klar: Wie wollen Sie einer Erzieherin, wenn sie von dem, was sie verdient, kaum ihre Familie ernähren kann, erklären, dass das eine gute Beschäftigungsperspektive ist? Wie wollen Sie einer Altenpflegerin – ich höre immer, das bei der älter werdenden Gesellschaft viel darüber gesprochen wird, dass wir in diesem Bereich immer mehr Menschen brauchen, die dort arbeiten –, die zu diesen Konditionen arbeitet, erklären, dass das eine zukunftssichere Beschäftigung ist?

Man könnte sich wieder die gesellschaftliche Debatte anschauen und die Frage stellen, ob es eigentlich für eine so reiche Gesellschaft moralisch vertretbar ist, dass sie sich offenbar am Anfang und am Ende des Lebens nicht nur Arbeitsbedingungen, sondern auch Entlohnungsbedingungen leistet, die offenbar auch etwas damit zu tun haben, dass es in der Gesellschaft immer noch einen höheren Stellenwert hat, ein Auto zusammenzuschrauben, als ein Kind oder einen alten Menschen, der kurz vor dem Ende seines Lebens steht, zu betreuen. Auch diese gesellschaftliche Frage muss man sich stellen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deswegen treten wir, wie beispielsweise beim Bündnis für Windenergie, auch dafür ein, mit den Unternehmen in diese Diskussion einzutreten. Wenn die Unternehmen sagen, wir haben einen Fachkräftebedarf, dann müssen sie sich natürlich immer die Frage stellen lassen, ob sie eigentlich auch ausbilden. Tun sie eigentlich etwas dafür, dass sie diejenigen, die sie morgen und übermorgen brauchen, dann auch an Bord haben? Tun sie etwas dafür, das qualifiziert und weitergebildet wird? Tun sie etwas dafür, dass Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die eben auch bedeuten, dass beispielsweise ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligt werden können?

Tun sie etwas dafür, dass es möglich wird, die immer noch unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern? Was tut das Unternehmen dafür, das von uns eine Förderung will, das mit uns darüber reden will, wie wir das eine oder andere Thema, das uns gerade in der Offshore-Windindustrie krisenhaft in diesem Jahr erreichen wird, abfedern können, dass wir den Unternehmen bei dem einen oder anderen Thema hilfreich zur Seite stehen können? Was tut das Unternehmen dafür, um auch an diesen gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligt zu werden?

Es reicht nicht, die Unternehmen nur mit erhobenem Zeigefinger zu ermahnen, einmal etwas zu tun, sondern man muss klare Ziele definieren. Deswegen haben wir klar gesagt: Wir wollen es mit den Unter-

(A) nehmen aus der Windenergiebranche erreichen, die Leiharbeitsquote in den Unternehmen zu senken, weil es nach unserer festen Überzeugung so ist, dass gute, ökologisch sinnvolle Arbeit am Ende auch ordentlich bezahlt werden und eine Aufstiegsperspektive für die Menschen in dieser Gesellschaft bieten muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie sehen, wir arbeiten konsequent an diesen Themen, wir arbeiten konsequent auch daran, diese Themen umzusetzen. Wir treten aktiv und engagiert in diese gesellschaftspolitische Debatte ein, bei der immer deutlich sein muss: Menschen müssen in dieser Gesellschaft durch Bildung, durch Ausbildung, durch Arbeit und durch anständige Entlohnung eine Aufstiegsperspektive haben! Das darf nicht diskreditiert werden, sondern das muss weiter unser Grundprinzip sein.

Das ist das Grundprinzip dieses rot-grünen Senats, insofern danke ich den Koalitionären für die Initiative, freue mich auf die Fortführung der Debatte, und vielleicht bekennt dann ja irgendwann die CDU auch einmal Farbe, wie sie eigentlich zu den Themen steht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/664 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Eine Stadt - ein Tarif

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 20. November 2012 (Drucksache 18/670)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2013

(Drucksache 18/789)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Holsten.

Abg. Holsten (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "In Bremen erreichen Sie Ihr Ziel schnell und zuverlässig. Die nach Einwohnern zehntgrößte Stadt Deutschlands definiert sich über ein ausgewogenes Verhältnis von Zentralität und Dezentralität. Der öffentliche Nahverkehr bietet Ihnen zahlreiche Möglichkeiten, um in Bremen von A nach B zu kommen. Jeden Tag sorgen die Bremer Straßenbahn- und Buslinien im Stadtgebiet, der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen dafür, dass Sie schnellstmöglich an Ihr Ziel kommen. In nur 20 Minuten erreichen Sie vom Hauptbahnhof die äußersten Zipfel Bremens: Im maritimen Norden die Stadtteile Burglesum, Vegesack und Blumenthal." Soweit der Bremer Online-Auftritt "Bremer Straßenbahn, Busse und Co bringen Sie schnell ans Ziel"! Aber zu welchem Preis?

Seit über 20 Jahren wird in Bremen-Nord die gerechte Tarifstruktur für den Öffentlichen Personennahverkehr, ÖPNV, diskutiert. "Eine Stadt – ein Tarif" lautet die Forderung seit Langem. Die Nordbremer SPD-Abgeordneten haben über viele Jahre in der Vergangenheit immer wieder das von vielen Bürgern in Bremen-Nord gewünschte Projekt unterstützt und versucht, es maßgeblich voranzutreiben.

Das Ergebnis unserer doch schon einige Jahre andauernden Bemühungen liegt der Bürgerschaft nun in Form eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen vor. SPD und Grüne haben bereits im November 2012 einen entsprechenden Bürgerschaftsantrag vorgelegt, in dem die Einführung des Einheitstarifs spätestens für 2015 angekündigt ist. Der gemeinsame Antrag liegt Ihnen nun mit der Drucksache 18/670 vor.

Wie ist die aktuelle Situation, der Status zu dieser Thematik heute? Seit 1. Januar dieses Jahres ist bereits die erste Stufe der Angleichung für Auszubildende und Schüler in Kraft getreten. Die Schüler und Auszubildenden aus Bremen-Nord zahlen für Monatsund Wochenkarten nun ebenso viel wie Stadtbremer. Bei Einzelkarten, die es für Schüler gibt, zahlen diejenigen aus Bremen-Nord allerdings immer noch dazu, das heißt, hier muss selbstverständlich noch nachjustiert werden.

Alle anderen Fahrgäste aus Blumenthal, Vegesack und Burglesum, die mit dem Zug fahren, müssen nach

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) wie vor Tickets der Preisstufe 2 lösen. Was heißt das? Tickets der Stufe 2 heißt konkret, eine Fahrt mit der Regio-S-Bahn von Vegesack zum Hauptbahnhof kostet 2,95 Euro. Ein Bahnkunde zahlt für die ungefähr gleich lange Strecke zwischen Mahndorf und dem Stadtzentrum 2,35 Euro.

(Abg. Hinners [CDU]: Das ist auch richtiq so!)

Das sagen Sie! Ich nicht!

(B)

(Abg. Tschöpe [SPD]: Sie fahren doch sowieso mit dem Taxi!)

Fakt ist also, die Umsetzung des Einheitstarifs ist noch nicht die Realität für alle Bremerinnen und Bremer, darum geht es, das ist das Petitum. Wie viel Prozent aller Fahrten – wir haben die Statistiken ja vor uns liegen – werden von Bremen-Nord von den Bürgern tatsächlich wie genutzt? Nur zwölf Prozent nutzen den Öffentlichen Personennahverkehr, zwölf Prozent! 49 Prozent aller Fahrten erfolgen mit dem Kfz.

(Zurufe von der CDU)

Tatsache ist also – wenn Sie zuhören würden, dann könnten Sie vielleicht auch einmal die inhaltlichen Argumente aufnehmen, das wäre ganz toll! –, dass der ÖPNV in Bremen-Nord mit Sicherheit noch ausbaufähig ist. Es hat natürlich etwas mit der Attraktivität zu tun, dass nur zwölf Prozent fahren, das hat aber auch etwas mit dem Preis zu tun, logisch!

Der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen ist hier gefordert, Modelle zu erarbeiten, die den Einheitstarif berücksichtigen. Seit Jahren wird die Ungleichbehandlung der Stadt- und der Nordbremer Pendler zu Recht in der davon betroffenen Bevölkerung beklagt. Die Kosten insgesamt stellen aber bei der Umsetzung offenbar nach wie vor ein großes Problem dar. Hier muss es kreative Lösungsvorschläge geben, hier steht der VBN in der Verantwortung, damit die Umsetzung der Forderung "Eine Stadt – ein Tarif" endlich Realität wird.

Die Regierungsparteien von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben gemeinsam in der Koalitionsvereinbarung das Ziel eines einheitlichen Verkehrstarifs im Stadtgebiet verankert. Der Fortbestand der Abtrennung des Stadtbezirks Bremen-Nord von der Tarifzone des übrigen Stadtgebiets ist nicht mehr zeitgemäß. Es ist ein Anachronismus, es ist, kurzum gesagt, ungerecht!

Wir wollen die Zusammenführung der VBN-Tarifzone in Bremen. Wir fordern deshalb den Senat auf, in Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachen sicherzustellen, dass die bremischen Tarifzonen 1 und 2 bis zum Jahr 2015 zusammengeführt werden! Damit wäre Bremen-Nord dann voll-

ständig in die Nahverkehrstarifzone der bremischen Stadtbezirke eingebunden.

Die Finanzierung der Mehrkosten soll dabei über eine Tarifanpassung innerhalb des VBN erfolgen. Damit unterscheiden wir uns von den LINKEN. Sie haben einen Änderungsantrag der Fraktion der LINKEN vor sich liegen, mit dem genau dieser Punkt gestrichen werden soll. Ja, wo sind wir denn? "Wünsch Dir was" ist, glaube ich, vorbei. Nur zu sagen, wir streichen einfach diesen Satz, und damit ist das Thema erledigt, das ist, finde ich, ein bisschen zu kurz gesprungen. Wir sind da solider und sagen ganz klar: Innerhalb des Systems muss dies ausgeglichen werden. Das ist, glaube ich, auch der richtige Weg und nur der einzig richtige Weg.

(Glocke)

Ich bin sofort fertig, zwei Sätze noch!

Ein einheitlicher Tarif für die ganze Stadt ist längst überfällig, unserer Meinung nach muss er jetzt im Interesse aller Einwohner aus Bremen-Nord konsequent umgesetzt werden. Damit es für alle Bürger in unserer Stadt beim Öffentlichen Personennahverkehr gerecht zugeht, bitte ich Sie um Unterstützung des gemeinsamen Antrags der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in Bremen-Nord überaus lebenswert, man kann dort bestens wohnen, die Menschen sind meistens freundlich,

(Heiterkeit)

wie übrigens überall in Bremen. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze in Bremen-Nord, auch für eine bessere Verzahnung von Wohnen und Arbeiten ergibt das Sinn, und auch das Stadtmarketing soll Bremen-Nord als einen zentralen Bestandteil Bremens betonen. Das ist gut so, wir sind eine Stadt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bremen-Nord fühlt sich aber zu Recht benachteiligt, denn: eine Stadt, zwei Tarife! Dies darf nicht so bleiben, das haben die Koalitionäre in ihrer Koalitionsvereinbarung im Frühjahr 2011 betont. Der Bürgermeister hat das sehr unterstützt und gesagt, dass

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) im Jahr 2015 mit den zwei Tarifen Schluss sein muss. Ein Teil des Weges ist zurückgelegt, das hat Herr Holsten schon gesagt, aber in Bremen-Nord wohnen nicht nur Auszubildende und Schüler; 60 Cent zahlen die anderen mehr in Bremen-Nord.

> Zum Hintergrund: Bei der Regio-S-Bahn gibt es zwei unterschiedliche Tarifzonen. Das ist ungerecht! Wir sind eine Stadt, und wie beim gemeinsamen bremischen Marketing ist analog eine einheitliche Tarifzone sinnvoll, angemessen und auch gerecht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Im Bereich des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen, VBN, gibt es einige Ungereimtheiten. Besonders krass ist dies mit der teuren zweiten Tarifzone für die Nordbremer. Auch deswegen ist eine Tarifanpassungsreform zu diskutieren und sicherlich überfällig. Bremen kann und sollte die 2,3 Millionen Euro Mehrkosten aber nicht allein finanzieren.

Bremen bekommt eine einheitliche Tarifzone bis zum Jahr 2015, das ist erklärtes rot-grünes gesamtbremisches Ziel. Da sind wir unserer Koalitionsvereinbarung verpflichtet, die wir nach Durchsicht bislang schon bestens abgearbeitet haben, und auch hier sind wir auf einem hoffnungsvollen Weg. Sollte sich der VBN ablehnend zeigen, müssen wir hartnäckig verhandeln. Bremen-Nord hat unsere gesamtbremische Solidarität für eine Stadt und für einen Tarif mehr als verdient!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jedoch seien von mir hier die so bedeutsamen Begriffe Haushaltsnotlageland und Konsolidierungspfad an dieser Stelle behutsam eingestreut: "Eine Stadt – ein Tarif" sollte den bremischen Haushalt möglichst nicht zusätzlich belasten. Unsere gesamtbremische Solidarität müsste aus einem anderen Topf gespeist werden, gegebenenfalls auch mit einer ebenso behutsamen Tarifanpassung des Tarifs für eine Stadt.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Abgelehnt!)

Zum Änderungsantrag der LINKEN! Dieser Satz, den Sie so gern streichen möchten, ergibt ausdrücklich Sinn und ist aus der Sicht von uns Grünen unverzichtbar. Wir dürfen nicht nur alles Mögliche fordern, sondern wir müssen auch eine Ahnung davon haben, wie wir das angesichts des sehr angespannten finanziellen Gesamtkontextes finanzieren. Ich habe ja durchaus Verständnis für Ihre Rolle und dass man dabei nicht so genau hinschauen muss, aber eine verantwortliche Position der Regierungskoalition hat genau diesen Kontext zu betonen.

Wir wollen eine Stadt und einen Tarif, das ist gerecht und vernünftig. Wenn wir das wollen, kostet es

aber vermutlich Geld, und das müssen wir solidarisch darstellen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als Nordbremer betonen sehr gern, dass wir Nordbremer sind, aber deshalb sind wir auch Bremer, und wir dürfen nicht länger benachteiligt werden!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

"Eine Stadt – ein Tarif" ist, wie der Kollege Holsten schon erwähnt hat, ein sehr altes Thema, auch ich habe mich mit diesem Thema schon auf Beiratsebene Anfang der Neunzigerjahre beschäftigt. Herr Holsten, ich habe da wohl etwas besser recherchiert, glaube ich, ich muss Ihnen sagen: Dieser Antrag wurde von allen vertretenen Parteien immer abwechselnd in die Beiräte eingebracht. Er kam von den Grünen, von der SPD, auch von der CDU und der FDP, aber wichtig ist, er wurde immer einstimmig verabschiedet.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Und wir setzen es um jetzt! Rot-Grün! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hoffe ich doch sehr!

Es gibt keine Begründung, weshalb man für eine vergleichbare gleiche Strecke mehr Geld bezahlen muss. Wer auf der Veranstaltung des Senators zum Verkehrsentwicklungsplan in Bremen-Nord war, hat erfahren, dass die Bewohner aus Bremen-Nord im Vergleich zu den Stadteinwohnern das Auto mehr nutzen als den ÖPNV. Deshalb, das hat Herr Kollege Holsten auch erwähnt, muss man auch für Nordbremer mehr Attraktivität schaffen, und vielleicht werden sich die Zahlen dann irgendwann ändern.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/ Die Grünen]: Wobei das Auto trotzdem teurer ist, als den ÖPNV zu nutzen!)

Das ist wohl richtig, Frau Dr. Schaefer, aber man muss eben Attraktivität auch für Menschen aus Bremen-Nord schaffen!

Auf einer Veranstaltung im November, an der ich teilgenommen habe, auf der der Bürgermeister zugegen war, hat der Bürgermeister auch gesagt, er werde in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass der einheitliche Tarif umgesetzt werde. Ich nehme ihn da (D)

(A) beim Wort. Es gibt auch keine Begründung, die dagegen spricht. Wenn nun alle Nordbremer zwei Meter groß wären und 110 Kilo wiegen würden, wäre es ja vielleicht noch zu erklären, aber Sie können es an mir sehen, dass das nicht der Fall ist.

Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag der Koalition zustimmen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

da sind wir uns einig. Den Antrag der LINKEN werden wir ablehnen. Unserer Meinung nach ist der Ansatz, dass man die Mehrkosten umlegt – meine Kollegin Frau Ahrens ist jetzt draußen, da kann ich das ja so sagen –,

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

richtig. Unserer Ansicht nach ist dieser Punkt richtig, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Röwekamp [CDU]: Was ist eigentlich mit Bremerhaven?)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(B)

Abg. Rupp (Die LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es steht auch im Grundgesetz, dass die Herkunft zu keinen Nachteilen führen sollte. Daher ist die Idee, dass die Nordbremer nicht mehr bezahlen als die Mahndorfer, durchaus richtig, wobei ich jetzt die geografische Verortung, also nicht den Namen des Stadtteils wichtig finde, sondern es ist gesagt worden, dass für dieselbe Entfernung einmal 2,95 Euro und einmal 2,35 Euro zu zahlen ist, und das ist tatsächlich nicht gerecht. Die interessante Frage ist, wie wir das jetzt mit der Aussage lösen: "Eine Stadt – ein Tarif".

Welchen Tarif haben wir denn ab dem Jahr 2015? Zahlen wir dann alle 3 Euro? Ist das dann gerechter? Dann haben wir einen Tarif. Oder zahlen wir alle 2,45 Euro? Oder pendeln wir uns irgendwo in der Mitte ein? Wenn man 20 Prozent Fahrgäste aus Bremen-Nord und 80 Prozent aus Mahndorf hat, kommen wir dann irgendwo bei 2,60 Euro an? Das muss entwickelt werden, das wissen wir noch nicht.

(Abg. Hinners [CDU]: Nichts da!)

Wenn wir in die Verhandlungen gehen, wissen wir auch noch nicht, zu welchem Ergebnis wir kommen und welche Effekte wir haben. Wir haben ja die Hoffnung, dass, wenn es jetzt für Bremen-Nord günstiger wird – das sollte man vielleicht auch in einen solchen Antrag hineinschreiben, dass das eigentlich das Ziel ist –, es eigentlich nicht so sehr darauf ankommt, dass es der gleiche Tarif ist, sondern dass für alle ein möglichst günstiger gleicher Tarif dabei entsteht. Das vermisse ich ein bisschen in dem Antrag, aber ich mutmaße einmal, es ist Absicht. Wenn man dieses Ziel hat, dann kann man vielleicht auch damit rechnen, dass mehr Menschen aus Bremen-Nord den ÖPNV benutzen. Das heißt, es entstehen möglicherweise nicht unmittelbar Mehrkosten, weil einfach zusätzliche Fahrgäste da sind.

Das wissen wir jetzt noch nicht, und deswegen sagen wir, wir finden es zu früh, sich jetzt schon in diesem Antrag festzulegen, dass die möglichen finanziellen Auswirkungen auf jeden Fall durch tarifvertragliche Ausgleiche erfolgen müssen. Wir sagen nicht, das soll unmöglich sein, aber wir möchten gern zumindest in den Verhandlungen die Option haben zu sagen, wir unterstützen diesen Umstrukturierungsprozess vielleicht für ein Jahr, oder wir sorgen dafür, dass durch verbesserte Werbung ein höheres Fahrgastaufkommen entsteht, und dann erübrigt sich möglicherweise eine Tarifanpassung.

Ich möchte auch, dass wir in die Verhandlungen gehen und sagen können, möglicherweise nehmen wir auch, obwohl wir ein Haushaltsnotlageland sind, angesichts des Ziels der Klimawende und der Förderung des ÖPNV Geld in die Hand, um diesen Prozess zu unterstützen. Sich jetzt schon festzulegen, schafft uns eine schlechtere Ausgangsposition in den Verhandlungen mit dem VBN, weil auf jeden Fall schon klar ist, dass es aufgrund dieses Beschlusses keine andere Möglichkeit gibt. Wir wollen den Satz streichen, aber nicht weil wir "Wünsch dir was!" wollen, sondern weil wir sagen, die Festlegung, dass die Mehrkosten auf jeden Fall über den Tarif ausgeglichen werden sollen, ist zu früh. Ich befürchte auch, wenn dann die Menschen aus Bremen-Mahndorf mehr bezahlen als jetzt, dass es sein kann, dass dort die Fahrgastzahlen wieder sinken.

Diesen Prozess zu begleiten, das ist die Aufgabe, und nicht nur einfach zu verhandeln. Daher werbe ich noch einmal dafür, sich jetzt noch nicht festzulegen, wie die tarifliche Situation gelöst wird, sondern in die Verhandlungen zu gehen und in dieser Frage offen zu sein. Wir werden dem Antrag, obwohl wir bei der Frage der Umlegung der Mehrkosten auf andere nur begrenzt begeistert sind, zustimmen, weil wir auch wollen, dass es in einer Stadt einen Tarif gibt. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehr-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ten Damen und Herren! Sie erhoffen sich eine klare Zusage, keine Sorge, ich werde nicht gegen diesen Antrag reden, wenn sich die Fraktionen dieses Hauses so einig sind. Ich werde Ihnen trotzdem noch zwei Gedanken mitteilen, die uns dabei auch beschäftigen, während wir diese Modelle versuchen zu entwickeln.

Zunächst einmal haben wir schon – Herr Holsten, Sie haben es gesagt – einen Teil mit der Vereinheitlichung der Preise bei den Schülerzeitkarten erreicht, die Regelung ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Ich glaube, das war ein wichtiger Schritt, gerade bei den Schülerinnen und Schülern. Ich sage dazu auch, schon dieser Schritt ist bei uns mit Haushaltsmitteln in Höhe von 200 000 Euro im Jahr 2013 und mit 440 000 Euro im Jahr 2014 veranschlagt. Das heißt, zum Nulltarif gibt es das dann auch wieder nicht. Ob man gerade bei Schülern und Schülerinnen tatsächlich eine Erhöhung des Fahrgastaufkommens erreicht, da habe ich meine Zweifel, denn so viele Alternativen haben sie ja in der Regel nicht. Trotzdem machen wir das, und wir machen das auch gern.

Gleichzeitig müssen wir aber bei allen Überlegungen, wie wir es anstellen, immer darauf achten, dass wir die Einbindung in den VBN-Tarif gut erreichen. Dinge wie unilaterales Vorgehen, das habe ich so ein bisschen dem Änderungsantrag der LINKEN entnommen, kommen überhaupt nicht infrage, denn der Verbundtarif im VBN ist eine riesige Errungenschaft, die den ÖPNV hier in der Region attraktiver macht, und wir wollen sie auf keinen Fall aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dabei stoßen wir dann auch auf gewisse systemische Widersprüche, da das Tarifmodell des VBN im Grundsatz darauf basiert, dass lange Strecken teurer sind als kurze Strecken. Das heißt, es wird nicht ganz einfach sein, einfach eine Tarifzone wegfallen zu lassen, denn das hieße, dass auch für diejenigen die von weiter weg, aus Niedersachsen, nach Bremen hineinfahren, die Tarifzone wegfallen würde. Das würde zu enormen Verzerrungen innerhalb des VBN-Tarifgefüges führen, und ich befürchte, dass ein Großteil der beteiligten Unternehmen, der Kommunen und Landkreise das nicht akzeptieren würde. Das macht einen Teil der Schwierigkeiten aus, die wir hier zu überwinden haben.

Es wird auch nicht möglich sein – und das habe ich zumindest bei drei Fraktionen auch sehr deutlich gehört –, einfach nach unten anzugleichen, weil das tatsächlich siebenstellige Löcher in den Haushalt reißen oder den ÖPNV entsprechend schwächen würde, und das können wir uns nicht leisten. Das heißt, wir müssen irgendein Modell finden, mit dem wir die Kosten miteinander verrechnen.

Ich glaube, das Problem ist nicht so groß, wie es eben klang: 20 Prozent der Bevölkerung leben in Bremen-Nord, 80 Prozent in Bremen, das ist richtig. Nach den Erhebungen, die mir vorliegen, sind es aber unter 10 Prozent der Nordbremer, die tatsächlich diese Strecke regelmäßig fahren. Das heißt, wir haben weniger als 10 Prozent und mehr als 90 Prozent, die sozusagen die Last bei einem Umlageverfahren schultern müssen, und das werden wir schaffen.

Ich habe, da dieser Antrag heute ja nicht völlig überraschend kommt, sondern sich schon seit einigen Wochen abgezeichnet hat, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im VBN jetzt in einer Arbeitsgruppe dabei sind, neue Tarifmodelle zu entwickeln, schon mit auf den Weg gegeben, das Thema dort mit einzubringen. Das wird dort bereits bei der täglichen Arbeit berücksichtigt.

Ich habe auch ausdrücklich gebeten, mehrere Vorschläge zu entwickeln und nicht nur einen Vorschlag, damit wir uns die Vorschläge hier auch noch einmal ansehen können. Es ist ja so, wir haben an einer anderen Stelle auch eine Differenzierung nach der Entfernung. Wir haben das Kurzstreckenticket, das ja ungefähr die Hälfte eines regulären Tickets kostet, da haben wir ja die Relation zwischen Fahrtstrecke und Kosten.

Ich habe jetzt eben auch noch einmal geschaut, der Vergleich mit Mahndorf überzeugt mich nicht so ganz. Wenn ich mich vom Bremer Hauptbahnhof 20 Kilometer – so weit ist Mahndorf vom Bremer Hauptbahnhof entfernt – nach Nordwesten begebe, dann habe ich nasse Füße, denn dann stehe ich in der Lesum, dann bin ich noch nicht in Farge oder Blumenthal. Da muss man dann auch realistisch sein, was nicht geht, und dazu stehe ich auch voll und ganz. Es kann nicht sein, dass eine Fahrt von Bremen-Nord teurer ist, nur weil es Bremen-Nord ist, sondern es muss in jedem Fall eine andere Legitimation geben. Die Überlegungen gehen auf jeden Fall in die Richtung, dass wir zu einem einheitlichen Fahrpreis kommen.

Ich möchte aber noch eines sagen, diejenigen, die beruflich unterwegs sind, können die zurückgelegten Kilometer steuerlich geltend machen. In einer Gerechtigkeitsdebatte, wenn wir uns am Ende die Modelle anschauen, muss man sich auch das anschauen. Ich habe es einmal überschlagen. Die Entfernungsdifferenz ist 12 Kilometer. Ein Nordbremer fährt im Durchschnitt 17 Kilometer, die Bremer aus Bremen-Stadt fahren im Schnitt 5 Kilometer. Wer 12 Kilometer mehr Fahrtstrecke beim Arbeitsweg steuerlich geltend machen kann, kann ungefähr 800 Euro von der Steuer absetzen. Bei einem Grenzsteuersatz von 25 Prozent und einem mittleren Einkommen sind das 200 Euro bares Geld. Ich finde, das muss man auch berücksichtigen, wenn man die Gegenüberstellung zwischen 2,35 Euro und 2,95 Euro macht.

Gleichwohl, wir nehmen diesen Auftrag an, wir führen diese Verhandlungen, und wir werden über die Modelle, die wir dabei entwickeln, auch die Deputation und die Bürgerschaft informieren, sodass wir dann gemeinsam eine gute Entscheidungsgrundlage (C)

(D)

(A) haben werden. Wie gesagt, auch aus meiner Sicht darf es auf keinen Fall sein, dass wir den Haushalt belasten oder dass wir am Ende der BSAG Geld entziehen, und deswegen müssen wir sehen, dass wir dafür auch eine Finanzierung finden. – Danke!

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/789 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

(B) Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/670 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen

Mitteilung des Senats vom 27. November 2012 (Drucksache 18/674)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schmidtmann.

Abg. **Schmidtmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche heute zum Bericht des Senats zum Thema "Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen". Dieser Bericht wurde auf Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU angefertigt.

Um diesen vorliegenden Bericht anzufertigen, wurde unter der Leitung der senatorischen Dienststellen Soziales und Gesundheit ein runder Tisch eingerichtet. An diesem runden Tisch ist es erstmalig gelungen, alle Akteure an einem Tisch zu versammeln. Dieser runde Tisch wird sich auch weiter treffen und regelmäßig seine Erfahrungen austauschen. Das ist eine große Errungenschaft, weil das bis jetzt noch nicht stattgefunden hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte in meiner Rede hauptsächlich auf die Probleme in der stationären Hospizversorgung eingehen. Herr Brumma von der SPD wird anschließend auf die Palliativversorgung eingehen. Lassen Sie mich aber vorab erst einmal über die Grundsätze des Themas "Alt werden und sterben" sprechen!

Wenn man Personen fragt, wo sie sterben möchten, sagen fast 100 Prozent: zu Hause im Kreis der Familie, meiner Freunde, meiner Bekannten und meiner Nachbarn. Das passiert zum Glück auch zu über 90 Prozent. Nur circa 7 Prozent der Menschen versterben nach längerem Aufenthalt in Krankenhäusern oder in Einrichtungen. Wir Grüne möchten auch, dass es weiter so bleibt. Daher werden wir weiter alles daransetzen, dass die ambulanten Angebote unterstützt, gefördert und bekannt gemacht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben den ganzen gewerblichen ambulanten Dienstleistern möchte ich stellvertretend zwei Anbieter besonders hervorheben, die im ambulanten Bereich arbeiten und auch zeigen, wie wir Grüne uns eine ambulante Hospizversorgung vorstellen können. Als ersten Anbieter möchte ich den Hospizverein Bremen-Nord erwähnen, der im Jahr 1998 gegründet wurde und heute 177 Mitglieder hat. Diese Mitglieder besuchen unter anderem sterbende Personen und leiten Trauergruppen. Diese Freiwilligen arbeiten sehr verdienstvoll und haben unsere große Hochachtung verdient!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zweitens möchte ich das Projekt der aufsuchenden Altenarbeit hervorheben. Zu den zwei Projekten in Hemelingen und Obervieland, die schon in der letzten Legislaturperiode gut angelaufen sind, ist jetzt noch ein Projekt in Gröpelingen hinzugekommen.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Damit soll auch mit Erfolg der möglichst lange Verbleib in den eigenen vier Wänden gesichert und eine ambulante Vernetzung in den Ortsteilen hergestellt werden. Das ist ausgesprochen wichtig. Wir Grüne freuen uns sehr, dass es uns nun gelungen ist, dieses Projekt auch im Bremer Westen zu starten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu den stationären Hospizplätzen in Bremen ist zu sagen, dass es nach wie vor acht Plätze im Hospiz "Brücke" in Walle gibt. Das heißt konkret, dass circa 120 Personen, die in einem Hospiz versterben möchten, nicht aufgenommen werden können. Hier ist aber noch in diesem Jahr Abhilfe in Sicht. In Bremen-Nord, genauer gesagt in Bremen-Schönebeck, wird von den Johannitern ein neues Hospiz mit acht Plätzen gebaut. Das freut mich und alle anderen aus Bremen-Nord ganz besonders, wir hatten ja gerade eben das Thema "Eine Stadt – ein Tarif".

Im Bremer Umland ist in Ganderkesee bei der Inneren Mission auch ein Hospiz entstanden, das ebenfalls zur Entspannung auf dem Bremer Markt führen wird. Noch nicht geklärt ist die Versorgung in Bremerhaven, hier fehlt nach wie vor das Angebot. Bremerhaven müsste sich mit dem Landkreis zusammentun und mit ihm zusammenarbeiten, um diese Lücke zu füllen.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal bei allen Beteiligten des runden Tisches und auch bei allen Pflegekräften, Freiwilligen und Familienangehörigen bedanken, die im Hospizbereich arbeiten. Ihre Arbeit ist sehr wichtig und verdient unsere volle Hochachtung! – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Sterben ist wieder mehr ins Zentrum der Debatte gerückt, die Frage nach einem würdevollen Tod beschäftigt immer mehr Menschen. Es gibt Ausnahmen wie zum Beispiel das FDP-Gesundheitsministerium, das nach neuesten Informationen Fallpauschalen für die Palliativversorgung einführen will. Das heißt, wer eine gewisse Grenzverweildauer erreicht, soll entlassen und nicht mehr weiter finanziert werden. Das ist aus unserer Sicht würdelos, und wir lehnen es entschieden ab!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Im März des vergangenen Jahres forderten wir in diesem Hause vom Senat einen Bericht zur Hospizund Palliativversorgung bis zum Ende des vergangenen Jahres. Inzwischen liegt der Bericht vor. Er sagt aus, dass es in diesem Bereich keine gesetzliche Grundlage für eine Angebotsplanung gibt. Die Zuständigkeit ist lediglich begleitend und ordnungsrechtlicher Natur. Es gibt kein Weisungsrecht, nach dem Angebote nach Plan geschaffen werden, wie es zum Beispiel im Krankenhausbereich üblich ist. Deshalb müssen die Träger nach bundesrechtlichen Regeln mit den Kassen Vereinbarungen treffen. Es gibt keine vorgegebenen Bedarfswerte, sondern nur sogenannte Anhaltswerte.

Da es keine verpflichtende Zusammenarbeit gibt, setzt der Senat auf Einsicht und Freiwilligkeit und hat hierzu einen runden Tisch etabliert. Das begrüßen wir.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Der runde Tisch hat sich inzwischen viermal getroffen und will sich auch weiterhin als ständige Einrichtung mit diesen Themen beschäftigen. Der runde Tisch hat sich selbst Aufgaben gestellt. Er will zum Beispiel eine Bestandsaufnahme machen, eine Problemanalyse definieren, verschiedene Bedarfserfassungsmöglichkeiten erarbeiten, Schnittstellenprobleme analysieren und beseitigen sowie passende Entscheidungswege und Problemlösungsmöglichkeiten etablieren.

Da es keine Bedarfsplanung gibt, sollen sich die Palliativeinrichtungen verpflichten, ihre Probleme zu dokumentieren. Der runde Tisch will sich nach der Gesamtschau auch mit den Einzelproblemen befassen. Aus Sicht der Beteiligten hat es in den letzten Jahren Verbesserungen in der Hospiz- und Palliativversorgung gegeben. Es werden Betten, zum Beispiel im Klinikum Links der Weser, aufgestockt, und im Umland – mein Vorredner hat es gesagt – entstehen weitere Hospizeinrichtungen. Das Hospiz in Walle bleibt bestehen, und in diesem Jahr soll es in Bremen-Nord noch ein zweites Hospiz geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass wir von der Spendenkampagne des Palliativvereins am Klinikum Links der Weser beeindruckt sind, innerhalb von drei Monaten hat er 300 000 Euro für zusätzliche Betten mobilisiert.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Das Problem der Absagen muss auch analysiert werden. Hier haben wir ja unseren Aktivisten Herrn Castens, der uns sehr häufig schreibt und auch eine Petition im Bundestag eingereicht hat. Die Aufnahme

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) seiner Mutter in ein Hospiz wurde abgelehnt, weil kein Platz vorhanden war, und auch 120 andere Personen haben Absagen erhalten. Die durchschnittlichen Belegungszeiten in den Hospizen betragen zwei bis drei Wochen. Zukünftig soll es hier Dokumentationsverfahren geben, um solche Ablehnungen zu erfassen und eventuell Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Es muss aus unserer Sicht auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren geben. Die Qualität soll weiter gesteigert werden, und Schnittstellenprobleme sollen der Vergangenheit angehören. Bei der Qualifizierung von Hospizhelfern müssen die Kranken- und Pflegekassen aus unserer Sicht für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Auch in den Pflegeheimen müssen diese Angebote bekanntgemacht und umgesetzt werden. Es ist aus unserer Sicht und auch nach Meinung des runden Tisches wichtig, dass nach dem neudeutschen Wort "Diversity Management" die unterschiedlichen kulturellen Sichtweisen über Krankheit, Sterben und Versorgung von Migranten in den Fokus der Betrachtung und in die Diskussion einbezogen werden.

Unser Ziel als SPD-Fraktion ist es, einen bewussten Umgang mit dem Thema Sterben, Tod und Trauer in unserer Gesellschaft zu fördern und zu verankern. Deshalb vielen Dank von unserer Seite aus an die vielen professionellen und ehrenamtlichen Helfer in diesem Bereich!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

(B)

Für uns ist dieses Thema eine Frage der Würde, deshalb sollten wirtschaftliche Interessen hinter die Verantwortung für den Menschen gestellt werden. Für uns ist es notwendig, dass in allen Abteilungen der Krankenhäuser und in allen Pflegeeinrichtungen eine sensible Sterbekultur etabliert wird, denn, wie gesagt, 50 Prozent der Deutschen sterben im Krankenhaus, 40 Prozent im Pflegeheim und 10 Prozent zu Hause.

Deshalb unterstützen wir die weitere Arbeit des runden Tisches, und wir wünschen ihm weiterhin viel Erfolg, damit die Versorgung der Sterbenden verbessert wird! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abg. **Bensch** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich als gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfrak-

tion freue mich, dass das Thema Sterben und Tod erneut hier ins Parlament Einzug hält. Es ist uns vor etwa einem Jahr gelungen, parteiübergreifend einen Antrag zu verabschieden, der sich dafür ausspricht sicherzustellen, dass wir im Land Bremen eine bedarfsgerechte Palliativ- und Hospizversorgung haben. Ich kann an dieser Stelle, ähnlich wie meine Vorredner, zusagen, dass auch wir dabei sind und die Arbeit des rundes Tisches tatkräftig unterstützen werden, damit wir bald sagen können, wir haben tatsächlich eine bedarfsgerechte Situation.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich aber auch noch einmal die Arbeit derjenigen würdigen, die mit dem Sterben und dem Tod zu tun haben. Dies sind nicht nur die ehrenamtlichen und die professionellen Helfer im Bereich der Palliativ- und Hospizversorgung, sondern auch die vielen Krankenschwestern und Krankenpfleger, Ärztinnen und Ärzte und auch Altenpflegerinnen und Altenpfleger, die tagtäglich, ohne dass es ihnen vielleicht sogar bewusst ist, einen sehr würdevollen, begleitenden Dienst am Menschen und für den Menschen leisten. Auch ihnen möchte ich, wie ich glaube, im Namen des ganzen Hauses recht herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bin sicherlich nicht allein, wenn ich sage, dass ich heute sehr betroffen und gerührt bin. Eine ehemalige, sehr verdiente Abgeordnete der SPD aus Bremen-Nord, die lange Zeit auch Gesundheitspolitikerin war, hat nach kurzer, schwerer Krankheit ihren Mann verloren. Sie hat in der heutigen Todesanzeige, wenn Sie noch einmal in die Zeitung schauen, geschrieben, sie bedanke sich für die liebevolle Begleitung und Betreuung. Deswegen stehe ich hier heute auch ohne Skript, denn ich muss es einfach frei loswerden: Ich kenne Frau Arnold-Cramer gut, und ich kannte auch ihre Familie. Sie wurde nicht zum ersten Mal vom Schicksal getroffen. Ich wünsche ihr auch von dieser Stelle alles Gute!

(Beifall)

Zum Bericht des Senats! Es ist quasi ein Zwischenbericht mit Aussicht. Es ist noch nicht viel geschehen, und das konnte es auch nicht, weil auch die Kostenfrage und die Planungsfrage sehr schwierig sind. Wir erwarten aber auch die tatkräftige Unterstützung des neuen Gesundheitssenators Dr. Schulte-Sasse, der sich auch dieses Themas annehmen will. Er hat bei unterschiedlichen Anlässen in verschiedenen Reden, unter anderem auch beim Neujahrsempfang der Krankenkassen, gesagt, es sei für ihn ein Herzblut-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) thema, dass es der Palliativ- und Hospizversorgung hier im Land Bremen besser gehen solle als jemals zuvor. Herr Senator, wir nehmen Sie beim Wort, wir unterstützen Sie, wir sind da voll und ganz an Ihrer Seite!

Wir werden ein bisschen abwarten müssen, bis wir hier wieder über dieses Thema sprechen. Sollten wir Nachsteuerungsbedarf haben, sind wir als CDU gern bereit mitzumachen. Solange wir noch Wartelisten mit über 140 Menschen haben, die sterbenskrank warten und doch keinen Hospizplatz bekommen, und solange wir vor allem in Bremerhaven noch kein stationäres Hospiz haben, ist noch viel zu tun.

Ich freue mich, dass wir bei diesem Thema sozusagen alle in einem Boot sitzen und auch gemeinsam dafür sorgen werden, dass wir im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Palliativ- und Hospizversorgung im Land Bremen eine noch bessere Standortqualität haben werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Würdevoll und ohne Schmerzen, aber bewusst sterben zu können, ist, denke ich, aus Sicht der LINKEN und der meisten Fraktionen in diesem Hause ein soziales Menschenrecht.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

zumal es, und auch das sollte man betonen, in einer Gesellschaft, die eine der reichsten dieser Welt ist, eigentlich möglich sein müsste, dass für Menschen, die immer älter werden, ein würdevolles Sterben organisiert werden kann.

Daher lassen Sie mich zur Bewertung einfach sagen, es ist schon ein Stück weit frustrierend, aber eigentlich muss man sagen, dass es eine Schande ist, wie der Bericht klargemacht hat, dass es keine wirkliche, richtige gesetzliche Grundlage und keine wirkliche, richtige Handlungsmöglichkeit gibt, um tatsächlich eine bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativund Hospizplätzen zu organisieren. Das muss sich ändern!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen als LINKE den Bericht, den der Senat vorgelegt hat, aber wir sagen natürlich auch, dass der Bericht zwar gut ist, sich aber noch nicht viel geändert hat. Es muss sich in Zukunft aber etwas ändern. Lassen Sie mich einfach Erich Kästner zitieren,

der einmal so schön gesagt hat: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." Ich finde, lassen Sie uns anfangen! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich Herrn Castens begrüßen, der einigen hier im Hause ja sehr gut bekannt ist, der im Petitionsausschuss mit dafür gesorgt hat, dass das Thema Hospiz- und Palliativversorgung sehr engagiert diskutiert wurde, und über den das Thema dann über Herrn Schmidtmann auch hier das Plenum erreicht hat. Herzlich willkommen, Herr Castens!

(Beifall)

Herr Dr. Schulte-Sasse und ich sitzen ja nicht nur nebeneinander, sondern wir beide haben auch ein besonderes Interesse daran, die Palliativ- und Hospizversorgung in Bremen zu verbessern, auch wenn wir bei der Einrichtung des runden Tisches nur eine begleitende, moderierende Funktion haben können, das wurde ja eben angesprochen. Ich kann als Sozialsenatorin den Kassen, die da in der Verantwortung stehen, nicht vorschreiben, dass sie soundso viele Hospizplätze einrichten und bezahlen sollen, auch wenn ich persönlich der Auffassung bin, dass wir ganz dringend in Bremerhaven – verbunden mit dem Umland – ein solches Angebot brauchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Kassen argumentieren dann gern auch mit der Kleinheit Bremerhavens, aber ich glaube, wir müssen auch aufhören, mit dem Denken an den Stadtgrenzen aufzuhören, sondern wir müssen überregional denken. Deswegen konnten wir ja auch erreichen, dass die Johanniter, die eine Erbschaft mit dem Vermächtnis gemacht haben, ein Hospiz in Bremen zu gründen, sich dann nach Bremen-Nord orientiert haben, weil wir als Sozialressort auch gesagt haben, auch dort wäre ein guter Standort.

Ich begrüße es außerordentlich, dass die verstorbene Dame – bei der ich mich jetzt nicht mehr persönlich bedanken kann, aber ich möchte es einmal sagen – ein wirklich sehr sinnvolles Erbe den Johannitern, den Menschen in Bremen und deren Familien und Angehörigen zur Verfügung gestellt hat. Dafür ein ganz großes Danke an dieser Stelle!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) (D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ich kann in dieser Debatte auch nicht darauf verzichten, noch einmal auf die Diskussion einzugehen, die wir hatten, als es zu dieser Erbschaft gekommen war! Zuerst war ja ein anderer Standort in der Stadt ausgesucht worden, in Horn-Lehe. Sosehr wir auch immer Forderungen in der Stadt hören, dass wir mehr Hospizplätze schaffen müssen, dass wir die Palliativversorgung verbessern müssen, als es darum ging, einen geeigneten Standort zu finden, haben auch die Johanniter viele Hürden aus dem Weg räumen müssen und sind aber auch an solchen Hürden gescheitert. Ich bedauere es außerordentlich, dass Horn-Lehe die Einrichtung des Hospizes - ich hätte den Standort auch für sehr gut erachtet - abgelehnt hat. Wir hätten ein Hospiz an beiden Standorten vertragen können, in Bremen-Nord und auch in Horn-Lehe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich denke, aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Ich erwarte einfach, dass die Diskussion damit nicht zu Ende ist, sondern diese Diskussion muss in Bremen an der Stelle auch offen geführt werden. Die Menschen wollen in Würde sterben, das ist eben hier von allen Sprechern und Sprecherinnen angesprochen worden, und Leben und Sterben gehören nun einmal zusammen. Das Argument, Kinder könnten Sterbende auf der Straße sehen – in Walle liegt das Hospiz mitten im Stadtteil, die Schulen befinden sich gegenüber, es gibt drei Kindergärten im Waller Park –, zieht aus meiner Sicht nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B)

Wir wollen die Menschen nicht wegschließen – das ist doch absoluter Quatsch –, sondern wir brauchen Einrichtungen, die in unsere Städte und unsere Stadtplanung integriert sind.

Ich möchte in dieser Debatte noch einmal hervorheben, wie viele ambulante Hospizangebote wir haben. Ich finde es außerordentlich beachtlich, dass wir zehn Hospizdienste haben, die im Land Bremen tätig sind, davon zwei in Bremerhaven. Drei Hospizdienste begleiten ausschließlich Kinder und Jugendliche. Es gibt etwa 300 bis 400 aktive ehrenamtliche Begleiterinnen und Begleiter, und das ist eine enorme Anzahl, finde ich. Das möchte ich hier auch entsprechend würdigen.

Von den circa 7 500 im Land Bremen jährlich sterbenden Menschen werden von den ambulanten Hospizdiensten circa 400 Menschen begleitet, das entspricht über fünf Prozent. Wir als Ressort fördern die ambulanten Hospizdienste mit einem kleineren Betrag. Es sind rund 72 000 Euro, die wir als Kofinanzierung zu den Mitteln der Krankenkassen, die hier den Löwenanteil übernehmen, bereitstellen. Bei den stationären Hospizen hat das Hospiz "Brü-

cke", das in Walle beheimatet ist, in Aussicht gestellt, die Plätze von acht auf zwölf zu erweitern, auch das ist eine Kraftanstrengung für den Träger und auch für die Kassen, die die zusätzlichen Plätze dann finanzieren. Ich begrüße, dass wir diesen Weg hier gehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn ich sage, in Bremerhaven fehlt ein Hospiz, dann gilt das natürlich auch für die Begleitung von sterbenden Kindern, auch das ist natürlich in Bremerhaven und im Umland nach wie vor ein Problem. Die Eltern müssen mit ihren Kindern weite Wege auf sich nehmen oder bleiben dann eben in den Krankenhäusern, begleitet dann auch zu Hause. Auch da ist aus meiner Sicht noch nicht alles gut geregelt.

Es wurde lange darüber geredet, wie Soziales, wie die Kassen den Bedarf feststellen können. Es gibt keinen objektiv feststellbaren Bedarf, weil es keine Kriterien dafür gibt. Bis zum Jahr 2012 galt die Faustregel, dass ein stationärer Hospizplatz pro 100 000 Einwohner geschaffen werden muss. Im Jahr 2011 ist der Hospiz- und Palliativverband Bremen umgeschwenkt und folgt nun der neuen Orientierung des Bundesverbandes, der fünf Hospiz- und Palliativplätze pro einer Million Einwohner fordert. Beide Faustregeln sind willkürlich, das muss man einfach sagen.

Mit den acht kommenden Hospizplätzen der Johanniter und den vier zusätzlichen Palliativplätzen würde das Land Bremen die Faustregeln sogar übererfüllen. Wenn wir uns die Listen anschauen, die hier ja auch vorgetragen worden sind, mit denen sich auch der Petitionsausschuss befasst hat, dann glaube ich, dass der Bedarf deutlich höher ist, weil die Angehörigen eben auch einer Begleitung bedürfen, die Sterbenden auch, und zwar einer professionellen Begleitung. Es lässt sich belegen, dass acht stationäre Hospizplätze für das Land Bremen nicht ausreichen. Fast die Hälfte derjenigen, die die Voraussetzungen erfüllen, um in das stationäre Hospiz aufgenommen zu werden, sterben, während sie noch auf der Warteliste stehen. Das ist für mich ein unbefriedigender Zustand.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir arbeiten weiter daran, gemeinsam auch mit Frau Lückert, der Gesundheitsdezernentin aus Bremerhaven, dass wir die Gespräche mit den Kassen vorantreiben. Ich begrüße es außerordentlich, dass die Kassen gesagt haben, sie führen mit uns die Gespräche, auch nicht mehr mit den Faustregeln argumentieren, sondern dass sie den Bedarf sehen und den vorsichtigen Ausbau unterstützen. Ich glaube, dass uns parlamentarische Initiativen bei unserer Arbeit unterstützen und dass uns auch diese Initiative ein Stück vorangebracht hat. Wir können Emp-

(A) fehlungen zum Verhältnis von Bedarf und Versorgung abgeben, aber dafür haben wir eben jetzt auch den runden Tisch gegründet, der sollte seine Arbeit aus meiner Sicht weiterführen.

Ich glaube, diese Mitteilung des Senats kann nur ein Zwischenstand sein, und ich würde es begrüßen, wenn wir diesen Prozess regelmäßig in der Bürgerschaft begleiten und das Thema nicht ad acta gelegt wird. Dieses Thema gehört eben genau in die Mitte der Gesellschaft und muss auch angesprochen werden. Sterben ist ein Tabuthema, aber ich denke, das ist auch die Macht des Parlaments, sich eben solchen Themen zu widmen, sie ins Zentrum zu holen, hier in die Stadt und solche wichtigen Themen aufzugreifen.

Ich bedanke mich noch einmal für die parlamentarische Initiative. Die Initiative von Herrn Castens war vielleicht auch der Anstoß für diese umfassende Debatte bundesweit. Lassen Sie uns gemeinsam daran weiter arbeiten! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(B)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/674, Kenntnis.

Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern

Mitteilung des Senats vom 27. November 2012 (Drucksache 18/675)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bolayela.

Abg. **Bolayela** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über die Mitteilung des Senats vom 27. November 2012. Genau am 26. April 2012 haben wir von der SPD-Fraktion mit unserem Koalitionspartner einen Antrag mit dem Titel "Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für ausländische Absolventinnen und Absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern" gestellt.

(Beifall)

Nun liegt uns die Mitteilung des Senats vor. Zuerst möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Behörden, die sich bemüht haben, für ihre umfassende Analyse und Arbeit danken!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Vizepräsidentin Schön überübernimmt den Vorsitz.)

Seit unserer letzten Debatte im April letzten Jahres hat sich einiges getan, zumindest auf gesetzlicher Ebene. Im August ist das Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifiziertenrichtlinie der Europäischen Union in Kraft getreten, besser bekannt als Blue Card. Damit sind einige bedeutende Verbesserungen erreicht worden. Einige der Forderungen des Bürgerschaftsbeschlusses aus dem April letzten Jahres sind jetzt Gesetz. Auch wenn nicht alles umgesetzt werden konnte, wie wir es uns gewünscht haben, bedanke ich mich ausdrücklich beim Senat für diesen Bericht und auch die Bemühungen im Bundesrat. Ausländische Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen haben jetzt für die Suche nach einem Arbeitsplatz 18 Monate Zeit, also sechs Monate mehr als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Mindesteinkommensgrenze ist gesenkt, sie war vorher zu hoch für Berufsanfänger. Natürlich hätten wir uns noch einige Verbesserungen gewünscht. So finde ich die Befristung der Beschäftigung für ausländische Studierende immer noch zu strikt. Viele von ihnen müssen sich ihr Studium durch einen Nebenjob finanzieren, da ist die Beschäftigungsgrenze von 120 Tagen sehr schnell erreicht. Ich will aber nicht nur kritisieren, im Vergleich zu vorher wurde einiges verbessert, das möchte ich hier ausdrücklich anerkennen

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Deutschland ist nach wie vor ein attraktives Einwanderungsland. Das Goethe-Institut hat kürzlich neue Rekorde bei deutschen Sprachkursen gemeldet. Sogar in Indien wird jetzt an den Schulen Deutsch als Fremdsprache angeboten. Man könnte also meinen, dass die Fachkräfte jetzt auf den deutschen Arbeitsmarkt strömen und den Behörden die Blue Card aus den Händen gerissen wird. Die letzten Zahlen sprechen aber eine andere Sprache. In den ersten beiden Monaten wurden nur 139 Blue Cards deutschlandweit vergeben.

Die Frage ist: Woran liegt es nun, dass dieses Programm so wenig genutzt wird? Natürlich gibt es Beratungsangebote an den Hochschulen und Universitäten und auch Flyer des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Thema Blue Card. Die Realität ist, dass es zu viele Angebote gibt. Diese Angebote empfinden aber viele ausländische Studierende und Absolventen als unübersichtlich, bürokratisch

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) und verwirrend. Es fehlt also eine Art kleiner Wegweiser, der in leichter verständlicher Sprache, am besten in mehreren Sprachen, über die rechtlichen Voraussetzungen und Beratungen im Land Bremen informiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist der zweite Aspekt unseres Antrags aus dem April 2012, und das ist kommunal machbar. Mittlerweile ist zu hören, dass in den Behörden bereits an einem entsprechenden Projekt gearbeitet wird. Dies begrüßen wir, und wir würden uns eine starke, untereinander abgestimmte Arbeit der verschiedenen Beratungsstellen wünschen. Wir hoffen, dass erste Ergebnisse schon bald präsentiert werden können.

Vielleicht kann der Senator dazu gleich schon etwas Konkretes sagen, zum Beispiel ab wann und wie der Senat die Maßnahmen für Studierende im Land Bremen konkret verbessern wird, mit der Bitte, dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit bis zum Beginn des Sommers zu berichten. Wir brauchen eine Vereinfachung und einen Abbau bürokratischer Hürden. Wir Sozialdemokraten bleiben auf jeden Fall am Ball.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn jemand nach seinem Studium in Bremen bleiben möchte, darf es nicht daran scheitern, dass Absolventinnen und Absolventen ihre Möglichkeiten und auch ihre Rechte nicht verstanden haben. Das ist auch ein Teil und Ausdruck einer Willkommenskultur, die wir in Deutschland entwickeln müssen. Wir müssen global denken und umdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integrations- und Migrationspolitik hat viele verschiedene Aspekte und Interpretationen: humanitäre, demografische, aber auch wirtschaftliche. Hier geht es darum, die Zukunft des Industriestandorts Bremen zu sichern. Deshalb müssen wir internationale Studierende für das Leben und Arbeiten in Bremen begeistern. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bremen braucht alle Köpfe, davon bin ich fest überzeugt. In dieser Debatte geht es ja um die Zuwanderung Hochqualifizierter aus Nicht-EU-Ländern in den Arbeitsmarkt. Es geht auch darum, wie sich

Deutschland attraktiv als Einwanderungsland aufstellen kann oder nicht. Aus meiner Sicht gehört dazu aber auch – wir haben schon sehr oft in diesem Parlament darüber gesprochen – die Anerkennung der Abschlüsse derjenigen, die hier schon lange leben und diese Abschlüsse haben, das aber nur am Rande gesagt. Ich möchte nicht versäumen, dem Senat für diesen ehrlichen Bericht zu danken. Ich betone das, weil einige der Hoffnungen, die auch mein Vorredner zum Ausdruck gebracht haben, nicht realisiert werden konnten.

Das neue Gesetz wurde von Bundeswirtschaftsminister Rösler bejubelt. Schon im Vorfeld hat er gesagt, es sei der wichtigste Grundstein einer völlig neuen Willkommenskultur in Deutschland. Er hat weiterhin betont, dass jetzt mit diesem Gesetz eine Schar von Fachkräften aus dem Ausland Glück hat, zukünftig nach Deutschland kommen zu können, um sozusagen unseren heimischen Arbeitsmarkt zu bereichern. Inzwischen können wir feststellen, dass sich die blauäugigen Erwartungen des Wirtschaftsministers in der Praxis nicht bestätigt haben.

Der Gesetzgeber, wie gerade auch erwähnt, konnte sich nicht dazu durchdringen die Mindesteinkommensgrenze auf 33 000 Euro im Jahr zu senken. Man hat auch eine sogenannte Niederlassungserlaubnis eingeführt, die man nach 33 Monaten erhält, und wenn man deutsche Sprachkenntnisse hat, dann nach 21 Monaten, also drei Jahre oder zwei Jahre. Man muss dazu aber eigentlich wissen, dass die Blue Card ja nur für die Dauer des Arbeitsvertrages gilt. Ich will nicht noch einmal die weiteren Verbesserungen erwähnen, die wurden ja vorhin genannt.

Dieses Gesetz hat aber einige Lücken. Deshalb fordern die Bundesländer Bremen und Rheinland-Pfalz auch zu Recht eine Überarbeitung der Rechtslage. Konkret geht es um einen Rechtsanspruch bei der Niederlassung nach zwei Jahren ohne Sprachklausel und vor allem um den Familiennachzug. Es gibt noch weitere Kritikpunkte, ich belasse es jetzt aber dabei.

Erlauben Sie mir aber noch die Bemerkung, dass unter Willkommenskultur etwas anderes zu verstehen ist! So ist es bis heute erst einmal ausgeblieben, dass die ausländischen Fachkräfte und Experten, wie von Wirtschaftsminister Rösler vorhergesagt, scharenweise nach Deutschland kommen. Wenn man einen Blick auf die potenziellen Herkunftsländer wie Taiwan, Indien oder China wirft, aus denen die Hochqualifizierten kommen, dann stellt man auch fest, dass es bis heute noch immer kaum eine besondere Resonanz auf dieses Gesetz gibt.

Wir wissen, dass es im Jahr 2011 250 000 Studentinnen und Studenten mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen gegeben hat, die in Deutschland studiert haben beziehungsweise eingeschrieben waren. Gut die Hälfte davon kommt aus Nicht-EU-Ländern. Ein großer Teil möchte nach

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) dem Studium auch hier bleiben und die erworbenen Fähigkeiten dieser Gesellschaft zur Verfügung stellen, aber nur, wenn man ihnen gleiche Chancen eröffnet und ihnen vor allem das Gefühl gibt, dass sie hier auch erwünscht sind, wenn sie zum Beispiel auch mehr Zeit bekommen, eine Promotionsarbeit zu schreiben, wenn man ihnen auch die Möglichkeit gibt, sich um eine langfristige Arbeit zu kümmern, beziehungsweise sie auch einen sozialen Schutz haben, damit sie eine bessere Tätigkeit hier ausüben, sie aber nicht als Taxifahrer mit Doktortitel und Babysitterin mit Master in Informatik arbeiten müssen.

Abschließend möchte ich trotzdem betonen, dass wir jedenfalls hoffnungsvolle Ansätze im Bericht des Senats sehen. Wir wollen daran anknüpfen, wenn wir wirklich auch unsere Türen für die Hochqualifizierten praktisch in Bremen weit offen stehen lassen wollen.

Das Jahr 2013 wird auch neue Perspektiven eröffnen. Ich denke dabei an das ausstehende Landesgesetz zur Umsetzung des Bundesanerkennungsgesetzes im Bundesland Bremen. Ich denke, in drei Monaten werden wir hier darüber diskutieren. Dann sind auch wir, meine Damen und Herren, gefragt, unseren Integrationswillen unter Beweis zu stellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren zum wiederholten Male die Mitteilung des Senats "Bremen braucht alle Köpfe – Perspektive für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern".

Bremen braucht kluge Köpfe, einfach und wahr! Die Bremer Wirtschaft braucht kluge Köpfe, um ihre Leistungsfähigkeit weiter zu erhöhen und auszubauen. Die Politik muss also an diesem Thema bleiben und sein, denn der viel diskutierte Fachkräftemangel ist vielleicht noch nicht in allen Köpfen der Menschen angekommen, aber dennoch schon Realität.

In der erbetenen Mitteilung des Senats werden die seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen gut dargestellt. Die Bundesregierung hat die Fachkräftesicherung zu einem wesentlichen Ziel ihrer Politik gemacht und bereits im Jahr 2011 ein Konzept dazu vorgelegt. Um mehr internationale Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen, hat die Bundesregierung die Zuwanderung erleichtert. Die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen wurde verbessert, und die Blaue Karte EU mit flexiblen Zuwanderungsmöglichkeiten wurde am 1. August 2012 eingeführt. Das Bundesministerium für Arbeit und

Soziales, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie haben zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit ein Internetportal für die Fachkräfteoffensive eingerichtet, dazu gehört auch das Willkommensportal der "Offensive für Fachkräfte – make it in Germany".

Die Punkte, die die hiesigen Regierungsfraktionen dem Senat auferlegt haben, sich auf Bundesebene für die Weiterentwicklung einzusetzen, sind bereits fast alle verändert,

(Beifall bei der CDU)

ob allerdings nun aufgrund der Bremer Intervention im Bundesrat ist ungewiss. So sind die Einkommensgrenzen, und Herr Bolayela hat das alles auch schon gesagt, zum Erhalt der Blauen Karte für Mangelberufe bereits gesenkt worden und, wie der Senat auch schreibt, ist den Hochqualifizierten der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert worden. Das sind nur zwei Beispiele.

In weiteren Protokollerklärungen fordert Bremen aber auch den Wegfall eines Sprachnachweises, und das ist doch widersprüchlich und unausgegoren. Von Arbeitern verlangen wir gute Sprachkenntnisse, von Akademikern nicht? Der Senat sagt doch sonst immer selbst, dass Sprachkenntnisse eine notwendige Voraussetzung dafür sind, sich in fremden Ländern zurechtzufinden.

In Bremen gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Beratungsstellen, bei denen sich die interessierten Personen informieren können. Die Vielzahl allein ist es aber nicht, und auch das hat der sozialdemokratische Kollege schon gesagt, auch hier gilt Qualität vor Quantität. Auf bremische Verhältnisse abgestimmte Informationsangebote sind sehr zu begrüßen. Drei Ressorts sind daran beteiligt, die Abstimmung sollte dort klappen. Warum die Koalitionäre aber dann Ende letzten Jahres unseren Antrag auf Einrichtung eines Welcome-Centers ablehnten, erschließt sich einem nicht unbedingt,

(Beifall bei der CDU)

wahrscheinlich deshalb, weil die CDU-Fraktion den Antrag eingebracht hat.

Wenn der Senat das Thema richtig angehen will, statt wieder nur Symbolpolitik gegen den Bund zu betreiben, sollte er offensiv prüfen, welche bürokratischen Hürden hier vor Ort abgeschafft werden können und wie man die Beratungsangebote zielgerichtet verbessern kann.

(Beifall bei der CDU)

Unterschiedliche Menschen brauchen unterschiedliche Beratung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Schön:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hier von der Koalition schon einiges gesagt worden. Die Bürgerschaft hat den Senat aufgefordert, die Situation ausländischer Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu verbessern, weil gerade Menschen ohne deutschen Pass, vor allen Dingen Leute aus sogenannten Nicht-EU-Ländern, die an deutschen Hochschulen studiert haben, ohne jeden Grund bislang gegängelt worden sind. Sie sollen – anders kann man die entsprechenden Regelungen, die es bislang gibt, nicht beschreiben – nach ihrem Abschluss möglichst schnell das Land verlassen. Das finden wir unmöglich, und das finden wir auch absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es auf Bundesebene einige Verbesserungen. Ausländische Absolventen haben länger Zeit, einen Arbeitsplatz zu finden, und sie können schneller einen Aufenthaltstitel bekommen. Ausländische Studierende dürfen auch länger arbeiten, außerdem wurde die rechtliche Beratung für ausländische Absolventen intensiviert und verbessert.

DIE LINKE erkennt an dieser Stelle an, dass mit der jetzigen Bundesregierung leider nicht mehr zu machen war. Trotzdem reicht uns das nicht, und wir hoffen, dass der Senat hier tatsächlich tut, was er uns versprochen hat. Die Pflicht zu Sprachnachweisen muss wegfallen, das Arbeitsverbot für Studierende muss unserer Meinung nach komplett fallen, und generell finden wir, wer hier studiert hat, der muss hier auch ein Bleiberecht bekommen, und zwar unserer Meinung nach ohne Wenn und Aber. – Danke!

(B)

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben eigentlich alles gesagt. Die Bürgerschaft hat am 26. April des letzten Jahres sehr klar definiert, was sie gern im Ausländerrecht ändern will. Es waren vier Punkte gewesen. In diesem Bericht des Senats haben wir das Schicksal und die Weiterentwicklung dieser Forderungen dargelegt.

Ich will nicht sagen, dass wir ganz unglücklich sind, was dabei herausgekommen ist, sondern es war in der Tat so gewesen, dass aufgrund der sehr starken Unterstützung, die wir auch im Bundesrat hatten, durch zahlreiche uns nahestehende Bundesländer

eine Reihe von Punkten inzwischen auch verbessert worden ist. Sie haben es erwähnt. Die Zeit ist verlängert worden, in der man sich um einen adäquaten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik bemühen kann. Es sind jetzt 18 Monate. Die Bürgerschaft hätte gern zwei Jahre gehabt, aber daran kann man ja noch arbeiten.

Wir haben auch erreicht, dass die Zeit, in der man einer Erwerbstätigkeit nachgehen kann, nun um 30 Tage verlängert worden ist. Unsere Vorstellung ist das eigentlich nicht, wir hätten auf diese Regelung auch gänzlich verzichten können,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

auch dafür gab es keine Mehrheit.

Zur Angemessenheit der beruflichen Tätigkeit gab es auch Alternativvorschläge, die leider keine Mehrheit im Bundesrat gefunden haben. In der Frage der Mindesteinkommensgrenze haben wir uns auch nicht verständigen können, so ist das Gesetz dann am Ende am 1. August 2012 in Kraft getreten. Ich hoffe, dass zukünftige Bundesratsberatungen noch besser werden. Niedersachsen hat uns dabei gezeigt, wie man das machen kann.

Wir werden auch zukünftig diese neuen Mehrheiten im Bundesrat nutzen, auch an dieser Stelle weiter zu arbeiten. Das ist nur ein Zwischenergebnis. Es gibt im Ausländerrecht so viele Dinge – die doppelte Staatsangehörigkeit, das Optionsmodell und vieles andere – die wir beseitigen werden, wenn zukünftig eine andere Bundesregierung da ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Zurück aber zu dem, was wir hier in Bremen machen können! Wir haben zahlreiche Einrichtungen, die sich dieses Themas annehmen. Es ist die Wirtschaft beteiligt, aber natürlich auch die Ressorts Wissenschaft, Bildung, teilweise Inneres, Arbeit, Häfen. Wir haben uns zusammengesetzt mit dem klaren Ziel, dass wir hier ein Projekt organisieren, das in der Tat ein konkretes Informationsangebot macht. Wir haben damit angefangen, dass wir zunächst einmal so etwas wie einen Lagebericht entwerfen, das heißt, wir wollen wissen, wie viele Absolventen es in welchen Fachrichtungen gibt, denn das ist die Grundvoraussetzung, um überhaupt eine vernünftige Beratung zu organisieren. Wenn wir nicht wissen, wer an dieser Universität studiert, dann sind diese Broschüren meistens das Geld nicht wert. Deswegen sind wir daran, und ich verspreche Ihnen, dass wir auch dieses Projekt bis zum Sommer abschließen werden.

Ich denke, dass wir da einen bescheidenen Beitrag für mehr Transparenz und weitergehende Informationen leisten können. Dass wir damit die großen

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Fragen der Politik nicht lösen können, da sind wir uns einig, aber wir haben ja erst angefangen. Ich glaube, diese Reform des Ausländerrechts wird nicht die letzte sein. – Vielen Dank!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/675, Kenntnis.

Familiengerechte Ausgestaltung des Ehegattennachzugs

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 30. November 2012 (Drucksache 18/678)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Seyrek.

(B) Abg. Seyrek (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren heute die Frage, unter welchen Voraussetzungen Ehepartner aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland zu ihrem Ehepartner nachziehen dürfen. Hierbei geht es zum einen um Menschen, die in Deutschland leben, arbeiten, denn die erste Voraussetzung für den Ehegattennachzug ist, dass der Ehepartner, der bereits in Deutschland lebt, den Unterhalt für sich und seinen nachziehenden Ehepartner bestreiten können muss.

Eine weitere Voraussetzung, die wir heute debattieren und mit unserem Antrag kritisieren, ist, dass der nachziehende Ehepartner erst nach Deutschland einreisen darf, wenn er oder sie im Heimatland vorher eine Deutschprüfung abgelegt hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Diese Regelung wurde im Jahr 2007 eingeführt, weil man glaubte, hierdurch Zwangsehen verhindern zu können. Die Erreichung dieses Ziels hat sich als nicht nachweisbar erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Von dieser Regelung betroffen sind fast alle Nicht-EU-Ausländer unabhängig davon, ob in dem Land oder in dem Milieu, aus dem sie kommen, Zwangsehen Realität sind oder nicht. Ausgenommen von der Regel sind allerdings Ehepartner von bereits in Deutschland lebenden Hochqualifizierten, Selbstständigen, Forschern und bereits langfristig Aufenthaltsberechtigten. Ausgenommen sind auch zuziehende Ehegatten, die selbst über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss verfügen. Ein Sprachnachweis braucht ebenfalls nicht erbracht zu werden, wenn die Ehepartner zum Beispiel aus Australien, Israel, Japan oder Kanada stammen.

Wir haben es mit einer ziemlich komplizierten Regelung zu tun, die wir heute kritisieren und die ganz bestimmte Menschen betrifft. Es sind überwiegend Menschen betroffen, die aus Ländern kommen, in denen nicht in jedem Ort und nicht in jeder Stadt Deutschkurse angeboten werden, und Menschen, die nicht gerade reich sind, also keine Akademiker, die ja von dieser Voraussetzung ausgenommen sind. Das eigentliche Ziel der Regelung, nämlich Zwangsehen zu verhindern, wurde nicht erreicht, sondern mit der Regelung wurde erreicht, dass es vielen Ehepartnern enorm erschwert wird, zu ihrem Ehepartner nach Deutschland zu ziehen und damit ein ganz normales Familienleben zu führen.

Dies kritisiert auch die EU-Kommission. In einer Stellungnahme der Europäischen Kommission an den Europäischen Gerichtshof aus dem Jahr 2011 hat sie ausgeführt, dass die EU-Mitgliedsstaaten keine zusätzlichen Bedingungen aufstellen dürfen, von denen das Recht auf Familienzusammenführung selbst abhängig gemacht wird.

Wir hier in Europa achten Ehe und Familie. Unser Grundgesetz, die Basis unserer demokratischen Verfassung, schützt in ganz besonderer Weise Ehe und Familie. Mit den aufenthaltsrechtlichen Regelungen zum Ehegattennachzug verletzen wir genau dieses Recht und die Rechte der Menschen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

die in Deutschland ein gemeinsames Familienleben führen möchten und die nicht das Glück haben, finanziell privilegiert zu sein und aus einer Großstadt zu stammen. Das ist falsch.

In der Türkei zum Beispiel gibt es nur drei Goethe-Institute, an denen die entsprechenden Vorbereitungskurse angeboten werden. Sie können sich selbst ausmalen, was das für Familien bedeutet, die nicht aus einer dieser drei Städte kommen und die über ein durchschnittliches türkisches Einkommen verfügen. Die Teilnahme für ein Familienmitglied an solch einem mehrwöchigen Sprachkurs zu organisieren plus den Aufenthalt in der Großstadt ist ein Aufwand, der für manche Familien unüberwindlich ist. Es gibt eine Vielzahl anderer Länder, in denen es noch viel schwieriger oder sogar unmöglich ist, als normaler Bürger Deutschkenntnisse zu erwerben.

Als Folge dieser gesetzlichen Regelung hat sich gezeigt, dass der Ehegattennachzug in den letzten Jah-

(D)

 (A) ren zurückgegangen ist. Manch einer in Deutschland mag dies begrüßen, wir als SPD-Fraktion tun dies nicht.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Menschen, die auf Dauer in Deutschland in leben, haben ein Recht auf Ehe und Familie, egal woher ihr Ehepartner kommt und egal wie hoch sein Einkommen ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deshalb haben wir diesen Antrag in die Bremische Bürgerschaft eingebracht. Wir wollen, dass der Ehegattennachzug wieder familienfreundlich gestaltet wird.

> (Erneuter Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deutschkurse und zusätzliche Integrationskurse können auch hier in Deutschland nach der Familienzusammenführung stattfinden. Dann würden vielen Menschen große seelische Belastungen und zum Teil unüberwindbare finanzielle Hürden erspart bleiben. Wir bitten daher den Senat, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einzuleiten, die bereits im Ausland nachzuweisenden Deutschkenntnisse für den Ehegattennachzug abzuschaffen und den Nachzug von Ehepartnern unabhängig von der Lebensunterhaltssicherung zuzulassen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir bitten deshalb ferner zu prüfen, welche Möglichkeiten in Bremen schon jetzt bestehen, von Spracherfordernissen beim Ehegattennachzug abzusehen und hierüber innerhalb der nächsten drei Monate zu berichten. Bitte unterstützen auch Sie unsere Initiative! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dogan.

Abg. Frau **Dogan** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Mein Kollege Herr Seyrek hat Ihnen eben dargelegt, dass sich die Voraussetzung für den Ehegattennachzug zu Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern seit dem Jahr 2007 in wesentlichen Punkten verschärft hat. Seit der Einführung des Sprach-

erfordernisses beim Ehegattennachzug kommt es bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu Verzögerungen, die sogar Jahre ausmachen können. In dieser Zeit müssen die Ehegatten getrennt voneinander leben und Härten verschiedenster Art hinnehmen. Wir Grünen sind der Ansicht, dass dies ein großes menschenrechtliches Problem darstellt, und wir setzen uns deshalb für die Vereinfachung der Familienzusammenführung ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Einführung des Sprachnachweises wurde damals damit begründet, dass Sprachkurse in den Herkunftsländern Zwangsverheiratung verhindern sollten. Dieses Ziel wurde allerdings nicht erreicht. Der Bericht der Bundesregierung über die Evaluierung des Nachweises einfacher Deutschkenntnisse vom 29. September 2010 enthält zu diesem Komplex "Bekämpfung von Zwangsehen durch das Erfordernis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise" überhaupt keine Aussagen und überhaupt keine Erkenntnisse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es existieren also somit nach wie vor keine belastbaren Untersuchungen, die belegen, dass das Spracherfordernis die Eingehung von Zwangsehen in Deutschland verhindert. Die Vorteile gibt es nicht, mit denen dieses Gesetz begründet worden ist, aber es gibt gravierende Nachteile für die Menschen, die davon betroffen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In vielen Fällen führt diese Regelung tatsächlich zu erheblichen Eingriffen in das Recht auf familiäres Zusammenleben in Deutschland und das Recht auf freie Partnerwahl, und das nehmen wir nicht hin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Evaluierungsbericht der Bundesregierung und das vorhandene statistische Material zeigen aber auch deutlich, dass die Hürden zur Erlangung der Sprachkenntnisse für viele Ehegatten einfach zu hoch sind. Der Bericht bestätigt zudem, dass es für ältere, kranke Menschen oder auch funktionale Analphabeten besonders schwierig ist, die erforderlichen Deutschkenntnisse zu erlangen.

Ein wesentlicher Aspekt wird dabei aber völlig außer Acht gelassen, der mir, meine Damen und Herren, persönlich sehr wichtig ist, und zwar das Kindeswohl. Oft geht es nicht nur um den Nachzug eines Ehegatten, sondern auch um gemeinsame Kinder. Ist der im Ausland lebende Ehegatte nicht in der

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Lage, sich in kurzer Zeit die erforderlichen Sprachkenntnisse anzueignen, um diesen Test zu bestehen, bedeutet dies, dass die Familie über einen längeren Zeitraum voneinander getrennt leben muss und die minderjährigen Kinder von dem bereits im Bundesgebiet lebenden Elternteil längere Zeit getrennt werden

Das Bundesverfassungsgericht hat schon in mehreren Entscheidungen immer wieder betont, dass insbesondere bei kleinen Kindern schon eine verhältnismäßig kurze Trennung von einem Elternteil nicht hinnehmbar ist, da die Entwicklung der Kinder schnell voranschreitet und entsprechend schnell auch eine Entfremdung zwischen dem Elternteil und dem Kind stattfindet.

Der Eingriff in das Recht auf familiäres Zusammenleben in Deutschland ist auch durch das Ziel der Integration nicht gerechtfertigt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

und zwar aus folgendem Grund: Es gibt viel mildere Mittel, um dieses Ziel auch in Deutschland zu erreichen. Zur Erinnerung! Seit dem Jahr 2005 ist die Teilnahme an Integrationskursen in Deutschland verpflichtend und kann mit Mitteln des Verwaltungszwangs durchgesetzt werden. Wir Grünen wollen die im Jahr 2007 eingeführten Verschärfungen wieder aufheben, damit Familien nicht auseinandergerissen werden, meine Damen und Herren.

Ich möchte auch betonen, dass wir Grünen natürlich wollen, dass alle, die nach Deutschland kommen, auch Deutsch lernen. Ich möchte dies hier ganz deutlich betonen, denn das ist die wichtigste Voraussetzung für die Integration in Deutschland.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir Grünen sind aber auch der Ansicht, dass eine Sprache, und das wissen Sie alle, meine Damen und Herren, in dem Land, in dem man lebt, in dem man sie täglich benutzt, viel einfacher erlernt werden kann als in einem Herkunftsland, in dem beispielsweise die Kurse nicht so gut sind.

Ich bitte Sie aus den vorgenannten Gründen unseren Antrag zu unterstützen, denn unserer Auffassung nach kennt die Liebe keine Grenzen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits am 4. Mai 2010 hat DIE LINKE im Bundestag bezüglich dieses Themas einen Antrag eingebracht. Wir haben darin gefordert, den Ehegattennachzug ohne Sprachhürden zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde von der CDU/CSU und von der FDP abgelehnt. Die SPD enthielt sich. Die einzige Partei, die für unseren Antrag gestimmt hat, war Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben die Neuregelung für den Ehegattennachzug von Beginn an für verfassungswidrig erklärt, weil sie in unseren Augen eine hoch selektive Einschränkung für den Familiennachzug bedeutet. Der Antrag, der von der LINKEN im Jahr 2010 im Bundestag gestellt worden ist, hatte folgende Gründe: Das Gesetz zum Ehegattennachzug, das im August 2007 im Rahmen des Richtlinienumsetzungsgesetzes verabschiedet wurde, ist in vielerlei Hinsicht eine unzulässige Rechtseinschränkung für die betroffenen Menschen. Zudem verstößt diese Neuregelung wegen unzulässiger Einschränkung des Rechts auf Familienzusammenführung gegen europäisches Recht.

Die Familienzusammenführungsrichtlinie der EU schreibt vor, dass diesbezüglich eröffnete Handlungsspielräume nicht so genutzt werden dürfen, dass sie das Richtlinienziel einer Begünstigung der Familienzusammenführung beeinträchtigen. Außerdem stellt diese gesetzlich vorgeschriebene Erschwerung des Ehegattennachzugs aus unserer Sicht einen Verstoß gegen Artikel 6 des Grundgesetzes dar. Ehe und Familie stehen unter einem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Wir sind erfreut über den neuen Regierungskurs der SPD, die ihr inhumanes Gesetz an dieser Stelle rückgängig machen möchte.

Liebe CDU, Sie sind doch die Partei, die immer den besonderen Schutz der Familie betont.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Ja!)

Uns ist unerklärlich, wie gerade Sie zu solch einem Gesetz, das gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstößt, die betroffenen Menschen in extreme Lebenssituationen zwingt und außerdem einem Kind sein Recht auf beide Elternteile nehmen kann, auch noch applaudieren konnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Gesetz schützt nicht Familien, sondern es zerstört sie.

Es scheint außerdem kaum Zweifel daran zu geben, das hat meine Kollegin Frau Dogan auch noch

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) einmal erwähnt, dass bei Kindern erhebliche psychische Schäden entstehen können, wenn sie plötzlich von einer sehr engen und wichtigen Bezugsperson getrennt werden. Für die betroffenen Kinder und Eltern entstehen so dramatische Lebensumstände. Dieses massive Eingreifen des Staates in das Privatleben der betroffenen Menschen ist für uns grundsätzlich sofort zu beenden.

Zu den aktuellen Debatten möchte ich sagen, dass wir für Härtefälle beziehungsweise für eine Zumutbarkeitsprüfung einen Sprachnachweis begrüßen, wir sind aber aufgrund der nachweisbaren Komplexität der Angelegenheit und des diskriminierenden Charakters des Gesetzes für eine sofortige Abschaffung des Gesetzes. Das Richtlinienumsetzungsgesetz der EU hat im Grunde genommen nur ein Ziel, es soll soziale Selektion bei der Einwanderung verstärken.

Wir schließen uns aus diesen Gründen dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD an. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorredner und überhaupt die Unterzeichner dieses Antrags teilen offensichtlich gemeinsam die Überzeugung, dass es keine Gründe dafür gibt, die dafür sprechen, mit dem Erwerb deutscher Sprachkenntnisse schon im Herkunftsland zu beginnen. Die CDU-Fraktion sieht das anders.

(B)

(Abg. Frau Garling [SPD]: Das haben wir uns gedacht!)

Wir sehen durchaus Gründe, die dafür sprechen, schon vor der Einreise nach Deutschland so viel Deutsch zu lernen, dass man sich hier auf einfache Weise mit anderen verständigen kann. Diese Ansicht teilen wir mit dem Bundesverwaltungs- und dem Bundesverfassungsgericht, die beide die geltenden Regelungen für verfassungs- und europarechtskonform erklärt haben. Sicher ist das Deutschlernen mit Anstrengungen und mit Kosten verbunden. Derjenige, der einen Menschen, der in einem anderen Land lebt oder sogar auch aus einer anderen Kultur kommt, heiratet, der lässt sich auf herausfordernde Veränderungen ein. Diese sind nicht immer leicht zu bewältigen.

Wir sind der Überzeugung, dass das Beschreiten eines solchen Weges wesentlich einfacher ist, wenn der Spracherwerb schon vor der Ankunft in Deutschland beginnt.

(Beifall bei der CDU)

Das Zurechtfinden in einem neuen Umfeld wird durch Sprachkenntnisse erheblich erleichtert. Das gilt auch, wenn der Ehepartner, zu dem man nach Deutschland einreisen möchte, ursprünglich aus dem gleichen Herkunftsland stammt, wobei einfache und ausreichende Deutschkenntnisse schon vorliegen, wenn man sich über vertraute alltägliche Situationen auf recht einfache Art und Weise verständigen kann.

In der Argumentation derer, die das Deutschlernen vor der Einreise ablehnen, werden immer wieder berührende Schicksale angeführt. Ja, es gibt Fälle, in denen auch mir die Betroffenen wirklich leid tun. So bin ich froh darüber, dass das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat, dass der Ehegattennachzug zu einem Deutschen nicht verwehrt werden darf, wenn die Bemühungen im Herkunftsland aus nachvollziehbaren Gründen nicht innerhalb eines Jahres zum Erfolg führen. Dann ist es erlaubt, dem ausländischen Ehegatten ein Einreisevisum zu erteilen, um aber eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, muss das Erlernen der deutschen Sprache nach der Ankunft in Deutschland nachgewiesen werden.

Für Ehegatten, die beide ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind, gibt es eigene Regelungen. Sie können ja grundsätzlich ihre Ehe, wenn sie nicht gerade Flüchtlinge sind, für die es eigene Regelungen gibt, auch im Herkunftsland führen. Wenn sie sich aber für ein Leben in Deutschland entscheiden, dann ist im Normalfall das hier geltende Recht anzuwenden.

Dennoch kann man sich, so wie Sie es machen, dafür einsetzen, dass gesetzliche Regelungen so verändert werden, dass die Umsetzung des persönlichen Wunsches, den gemeinsamen Lebensmittelpunkt nach Deutschland zu verlegen, für die Betroffenen einfacher wird. Ich kann aber nicht verstehen, warum dann immer gleich die komplette Abschaffung gefordert wird, wenn festgestellt wird, dass gesetzliche Regelungen nicht alle Aspekte zufriedenstellend berücksichtigen. Es ist doch eine Illusion zu glauben, dass es dann für alle gut wird. Für einige wird es sicher zutreffen, aber andere werden wiederum in ihren individuellen Bedürfnissen unberücksichtigt bleiben oder gar Nachteile dadurch haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Gesetz zum Spracherwerb vor dem Ehegattennachzug wurde auch erlassen, um Männer und Frauen vor Zwangsehen zu schützen. Das ist vom Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil insbesondere nochmals als berechtigter Grund erwähnt worden, auch wenn Sie dies anders sehen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Frau Grönert, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Aytas?

Abg. Frau Grönert (CDU): Ja, bitte!

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) **Vizepräsidentin Schön:** Bitte, Frau Aytas!

Abg. Frau **Aytas** (SPD): Frau Grönert, sehen Sie es als fair an, wenn die Regelung, Deutschkenntnisse schon im Ausland zu erwerben, nur von bestimmten Ländern verlangt, aber nicht von allen?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Kanadier braucht nicht Deutsch zu lernen!)

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Ich glaube, dass die vorhandenen Regelungen fair durchdacht wurden. Ja, davon gehe ich erst einmal aus!

Vizepräsidentin Schön: Frau Grönert, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Aytas?

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Nein! Ich möchte meine Rede jetzt erst einmal beenden, danke! Das Gesetz zum Spracherwerb vor dem Ehegattennachzug wurde auch erlassen, um Frauen zu schützen. Ich habe es schon gesagt, dass Sie es anders sehen. Was glauben Sie, wie sich die Betroffenen fühlen, wenn das Gesetz wieder komplett abgeschafft wird, in Bezug also auf das, was ich vorher zur Zwangsheirat gesagt habe?

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt keinen Zusammenhang mit der Zwangsheirat!)

Das sagen Sie! Das sehen andere anders!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass es Gruppen gibt, auch die, die sich gegen die Zwangsheirat einsetzen, die doch der Überzeugung sind, dass es dazwischen einen Zusammenhang gibt. Man kann es nicht einfach wegwischen, in dem man sagt, dass einige es anders sehen.

Es gibt unbestritten schwierige Situationen für Menschen, die als Ehepaare gemeinsam in Deutschland leben möchten. Wenn dann noch Kinder da sind, dann wird es nicht einfacher. Kinder haben ein Recht darauf, mit ihren Eltern zusammen zu sein. Die persönliche Situation sollte hier auf jeden Fall noch mehr als bisher berücksichtigt werden. Aber manchmal sind vielleicht weniger die Gesetze schuld als die, die überlastet an irgendwelchen Stellen in den Behörden arbeiten und die Betroffenen infolgedessen schlecht beraten oder die Anträge zu lange unbearbeitet liegen lassen müssen.

Ihrer mit diesem Antrag verbundenen zweiten Forderung zur Lebensunterhaltssicherung können wir ebenfalls nicht zustimmen. Den Ehegattennachzug zu deutschen Staatsangehörigen auch dann uneingeschränkt zuzulassen, wenn der Lebensunterhalt nicht gesichert ist, halten wir für falsch. Derjenige,

der den Zuzug in solchen Fällen gestattet, der wird im Zweifel auch versorgungstechnisch, das heißt finanziell, in die Pflicht genommen, wenn sich die prekäre Lebenssituation zuspitzt. Es ist sinnvoll, wenn das im Vorfeld von denen bedacht wird, die dann die Versorgung übernehmen müssen. Es ist verständlich, wenn Sie sich dagegen entscheiden.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss!

Einen Verstoß gegen das Grundgesetz, den Sie hier vermuten, können wir ebenfalls nicht erkennen. Die gesetzlichen Regelungen gelten in gleicher Weise für alle hier lebenden Menschen, egal welcher Nationalität, Herkunft oder Abstammung. Somit wird niemand, wie Sie vermuten, wegen seiner Herkunft oder Abstammung benachteiligt. Wir lehnen Ihren Antrag aus den genannten Gründen ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Das Wort zu einer Kurzintervention hat die Abgeordnete Frau Dogan.

Abg. Frau **Dogan** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte hier etwas klarstellen. Frau Aytas hat ja vorhin die Frage gestellt, warum dies nur für bestimmte Menschen aus bestimmten Ländern gilt. Sie sind uns in Ihrer Rede die Antwort schuldig geblieben, warum für bestimmte Länder der Ehegattennachzug anders gehandhabt wird als für bestimmte Länder, bei denen Deutschkenntnisse Voraussetzung sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der zweite Punkt: Es werden durch Ihre Bundesregierung, aber nicht durch unsere Bundesregierung –

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Die Bundesregierung ist für alle da! Sie ist demokratisch gewählt worden!)

ja, von der CDU und FDP! – Evaluationen durchgeführt, in denen tatsächlich festgestellt wird, dass es zwischen dem Gesetz und der Verhinderung von Zwangsverheiratungen überhaupt keinen Zusammenhang gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

Wenn Sie etwas zu sagen haben, können Sie sich hinstellen und Fragen stellen!

Im Evaluationsbericht wurde klar festgestellt, dass Zwangsverheiratungen durch die Einführung dieses

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Gesetzes nicht verhindert werden. Sie sind uns dazu auch eine Erklärung schuldig geblieben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau Grönert meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wenn man etwas unter dem Deckmantel des Verbietens von Zwangsverheiratungen einführt und dann im Nachhinein feststellt, dass dies überhaupt nicht eintrifft, dann muss man sich auch Gedanken machen, ob dieses Gesetz die Wirkung überhaupt entfaltet hat oder nicht, meine Damen und Herren! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Das Wort zu einer Kurzintervention hat die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte nur kurz anmerken, dass die Regelungen für alle Länder in der EU und für alle Länder außerhalb der EU gleich sind.

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht! - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Kanada, USA!)

(B)

Ich glaube, dass man sich dort, wo die Situation anders geregelt ist, freuen kann. Von den Ausnahmen muss man nicht ableiten, dass es dann für alle Länder gilt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Das Wort hat Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier immer die gleiche Situation. Die Realität verändert sich, und es gibt hier eine Fraktion, die einfach nicht Schritt hält.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut zusammengefasst!)

Wir haben das bei der Einbürgerung schon gehabt. Dabei sagte diese Fraktion immer, nein, sie müssen die erste Staatsangehörigkeit aufgeben. Inzwischen wissen wir empirisch, dass 50 Prozent aller Eingebürgerten natürlich Mehrstaatler sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Hierbei ist die Lage eigentlich auch wie bei einem Schweizer Käse. Wir haben gerade über das Thema gesprochen, wie es bei den Hochqualifizierten aussieht. Natürlich wird von denen wie bei Selbstständigen auch, dieser Sprachnachweis nicht gefordert. Die Frage lautet: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Bekämpfung der Zwangsverheiratung und diesen Personengruppen? Ich weiß es nicht! Das Ganze wird immer absurder, wenn man dann auch noch gewisse Staaten herausnimmt, bei denen man generell sagt, in denen kommt es überhaupt nicht darauf an, ob man ein Wort Deutsch kennt, sondern wenn man aus den USA kommt, ist das überhaupt kein Thema, kommt man aus der Türkei, ist es ein Thema. Ich warte auf den Tag, an dem der Europäische Gerichtshof dies beseitigen wird, es ist dort noch ein Verfahren anhängig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir erinnern uns daran, dass diese Regelung erst im Jahr 2007 eingeführt wurde. Es gab ein nationales Recht seit dem Jahr 1980, in dem ein Verschlechterungsverbot steht. Das heißt, diese Regelung wird daraufhin überprüft werden, ob sie überhaupt zulässig ist. Ich glaube, wir haben gute Chancen, dass der Europäische Gerichtshof diese Situation bereinigen wird, und dann diskutieren wir darüber weiter.

Der Senat hat zu dieser Frage eigentlich auch schon alles gesagt, ich kann auf die Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion aus Juni 2012 verweisen. Da hat der Senat ausgeführt, dass er die Hürde, die diese Regelung in der Praxis darstellt, die zum Teil zu jahrelangen Trennungen von Familien führt, für unverhältnismäßig hält und dass er die Gesetzesinitiativen zur Abschaffung des Sprachnachweiserfordernisses für Ehegattinnen und Ehegatten vor der Einreise, die im Bundestag eingebracht worden sind, begrüßt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unsere Position, und wir werden auch gemeinsam mit den anderen Bundesländern im Bundesrat weiterhin dafür werben. Meine Hoffnung, das über diese Schiene regeln zu können, ist nicht sehr weit entwickelt, aber, wie gesagt, auch hier gilt das, was ich eingangs gesagt habe: Wir sehen uns da wieder, und ich denke, dass auch dies eines der ersten Dinge sein wird, die eine neue Regierung beseitigen wird. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/678 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Enthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.01 Uhr)



Vizepräsidentin Schön eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsidentin Schön: Die unterbrochene Sitzung
(B) der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Keine Bremer Waffen für Saudi-Arabien

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12. Februar 2013 (Drucksache 18/772)

Wir verbinden hiermit:

Klares Bekenntnis zum Unternehmen Fr. Lürssen Werft!

Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Februar 2013 (Drucksache 18/782)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE beantragt heute, dass der Bremer Senat sich dafür einsetzen soll, dass Exportgenehmigungen für Waffen in den Nahen Osten, insbesondere nach Saudi-Arabien, gestoppt werden. Sie beantragt weiterhin, dass die Bun-

desregierung sich zukünftig daran hält, ihre Waffenexporte an Menschenrechtsfragen zu orientieren und die Ausfuhrgenehmigungen transparent zu gestalten. Des Weiteren beantragen wir hier heute, dass der Bremer Senat Subventionen für Rüstungsunternehmen unterlassen und sich stattdessen auf Bundesebene für ein Wiederaufleben des Konversionsprogramms einsetzen soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Hintergrund ist Folgender: Vor eineinhalb Wochen wurde bekannt, dass die Bremer Lürssen Werft von Saudi-Arabien ein Auftragsvolumen von 1,5 Millionen Euro für Patrouillenboote erhalten hat.

(Abg. Strohmann [CDU]: Milliarden!)

Milliarden, stimmt! Saudi-Arabien war im vergangenen Jahr der größte Importeur deutscher Waffen, Lieferungen im Wert von 1,3 Milliarden Euro wurden vom Bundessicherheitsrat im Jahr 2012 genehmigt. Saudi-Arabien kauft im Moment tatsächlich alles, was es bekommen kann, und wir bekommen ständig neue Meldungen: Es sollen circa 800 Kampfpanzer des Typs Leopard 2 beschafft werden, und zwar in der Urban-Warfare-Variante, die für den Straßenkampf in Städten geeignet ist, mehrere 100 Transportpanzer des Typs Boxer und 30 ABC-Spürpanzer des Typs Dingo wurden bestellt.

Jetzt sollen noch die Marineschiffe der Lürssen Werft hinzukommen, und bevor hier gleich wieder in der Debatte die Patrouillenboote verniedlicht werden: Es handelt sich hier nicht um Polizeiboote in Bremerhaven, sondern das sind komplett ausgerüstete Kriegsschiffe mit großkalibrigen Geschützen, und viele von ihnen haben zum Teil auch Torpedovorrichtungen. Es braucht sich niemand hier in diesem Haus Illusionen darüber zu machen, dass solche Waffen im Zweifelsfall nicht auch eingesetzt werden. Dies ist der Wunschzettel der saudi-arabischen Regierung, der allein im letzten Jahr veröffentlicht worden ist.

Der Rüstungsexperte Pieter Wezeman vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI sagte der dpa zu den Waffendeals mit Saudi-Arabien: "Es scheint seit etwa zwei Jahren einen klaren Willen zur Lieferung größerer Rüstungsmengen aus Deutschland zu geben." Das ist leider völlig richtig. Bei der CDU und der FDP scheinen alle moralischen Dämme gebrochen, und die arabische Halbinsel wird unkontrolliert mit deutschen Waffen überflutet.

Mit wem macht die Bundesregierung diese Waffengeschäfte in Millionen- und Milliardenhöhe? Mit einem der schlimmsten Regimes, die es heute auf der Welt gibt! In Saudi-Arabien werden Menscherechte systematisch missachtet. Für vermeintlichen Ehebruch, Drogenhandel, Hexerei und Gotteslästerung droht die Todesstrafe in Form öffentlicher Enthauptung durch das Schwert. Frauen werden für das Fah-

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ren mit dem Auto bestraft, sie werden inhaftiert, dürfen nicht wählen, wobei Wahlen in diesem Gottesstaat ohnehin eine Farce sind. Minderheitenrechte der schiitischen Bevölkerungsgruppe gibt es kaum, Menschen, die an eine andere Religion glauben, werden verfolgt.

Ich möchte einmal einen kurzen Schlenker zum Antrag der CDU machen, sie sagt, dieser Waffenexport nach Saudi-Arabien würde gerade den Interessen Israels dienen. Das finde ich, mit Verlaub gesagt, absolut grotesk, denn das Judentum zu praktizieren steht in Saudi-Arabien unter Strafe, Menschen werden inhaftiert, und die Schulbücher sind absolut antisemitisch, dort wird offener Judenhass propagiert.

Die herrschende Königsfamilie ist ein lupenreiner Feind der Menschenrechte und der Demokratie. Saudi-Arabien bekämpft aber – und jetzt wird es interessant! – nicht nur die eigene Bevölkerung. Das Land mischt sich eben auch aggressiv in die Angelegenheiten seiner Nachbarstaaten ein: Saudi-Arabische Polizisten, saudi-arabisches Militär und auch die Panzer, die Deutschland geliefert hat, wurden im Jahr 2011 bei Demonstrationen in Bahrain eingesetzt, um die dortigen Aufstände blutig niederzuschlagen.

Jetzt geht es aber noch weiter, denn Saudi-Arabien finanziert und bewaffnet islamistische Kampfverbände in Syrien, Libyen und Tunesien. Das sind genau die Gruppen, meine Damen und Herren von der CDU, vor denen Deutschland immer als Salafisten warnt. Wenn terroristische Salafisten aber einen Staat lenken, dann werden sie von der CDU-Bundesregierung und der deutschen Waffenindustrie mit Panzern beliefert. Das ist grotesk, um hier einmal freundliche Worte zu wählen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Der amerikanische Vier-Sterne-General und Kommandeur der US-Streitkräfte im Nahen Osten Brooks - er wird mit Sicherheit nicht verdächtigt, ein linker Kriegsgegner zu sein – warnte vor vier Tagen im "Spiegel", "Militär-Hightech werde immer leichter verfügbar". Er tat dies in Abu Dhabi, wo sich die Rüstungsindustrie in dieser Woche zur weltgrößten Waffenmesse IDEX versammelt hat. Bremen ist auf der IDEX in Abu Dhabi auch stark vertreten: Die Lürssen Werft hat einen eigenen Stand auf der Waffenmesse, gleich angedockt an das Unternehmen Rheinmetall, die dort sogar eine der größten Flächen gemietet hat. Rheinmetall und Lürssen bieten dort ihre Waffensysteme an. Die Messe richtet sich klar an die Herrscher in der Region, und die Bremer Unternehmen werden auch dieses Mal wieder Geschäfte mit den Diktaturen abschließen. Hier sagt DIE LINKE: Stopp! Keine Waffenlieferungen aus Deutschland nach Saudi-Arabien, keine Waffenlieferungen aus Bremen an Diktaturen!

Aufrüstung und Militarisierung ganzer Regionen haben noch nie dem Frieden gedient, ganz im Gegenteil! Gerade die äußerst instabilen Länder im Nahen Osten dürfen nicht weiter mit deutscher Waffentechnik versorgt werden. DIE LINKE sagt deshalb, wir brauchen ein Exportverbot, und mit uns – das möchte ich hier einmal erwähnen, das besagt eine repräsentative Emnid-Umfrage – sagen das auch 78 Prozent der deutschen Bevölkerung.

Leider sind die geltenden Regelungen erwiesenermaßen überhaupt nicht zielführend. Im Jahr 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen, eine Art Leitlinie. Darin steht beispielsweise: Diktaturen, die systematisch die Menschenrechte brechen, werden nicht beliefert, und beschäftigungspolitische Gründe für Lieferungen darf es nicht geben. Genau das wird seit Jahren missachtet, in einem höchst intransparenten Geheimgremium, das die Entscheidungen, nach denen die Waffenexporte genehmigt werden, überhaupt nicht nach außen kommuniziert und das ganz klar in den letzten zwei Jahren immer wieder an diesen eigenen Kriterien vorbeigegangen ist. Dem müssen wir ein Ende bereiten! - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Niemand wird bestreiten, dass mit der Diskussion um den Bau und die Lieferung von Patrouillenbooten für Saudi-Arabien hier ein Thema zur Debatte steht, das man aus verschiedenen Blickwinkeln diskutieren kann und wohl auch muss. Dies kann und sollte man aber ganz unaufgeregt tun und sich nicht gleich zu Beginn verbal vertun. Wer aber im Zusammenhang damit angesehene Bürger dieser Stadt, dieses Landes, die einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur wirtschaftlichen Struktur und Identität einer ganzen Region leisten, indirekt als Waffenschieber bezeichnet, der will keine sachliche, keine sachgerechte Diskussion, sondern er will mit völlig abwegiger Polemik und Effekthascherei einen politisch schnell verdienten Euro einfahren. Wir weisen ein solches Vorgehen eindeutig zurück!

(Beifall bei der CDU)

Worum geht es in Wahrheit? Mit einem mutmaßlichen Auftragsvolumen von 1,5 Milliarden Euro gibt es Medienberichten zufolge Verhandlungen der Lürssen Werft in Bremen-Nord zum Bau von Küstenschutzbooten für Saudi-Arabien. Ebenfalls laut Medienberichten soll der Bundessicherheitsrat, der als Kabinettsausschuss der Bundesregierung über Rüstungsexporte deutscher Unternehmen entscheidet, diesem potenziellen Lieferauftrag zugestimmt haben.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Klar ist, dass so etwas immer zwei Dimensionen hat; eben nicht nur eine wirtschaftliche, sondern natürlich auch eine sicherheitspolitische, und weil das so ist, halten wir es für erforderlich, darüber sehr genau nachzudenken und am Ende eine politische Abwägung zu treffen, ob das zu rechtfertigen ist oder nicht.

> Der Nahe Osten ist eine Krisenregion der Welt, der israelisch-arabische Konflikt, die ungeklärten und immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen führenden offenen Fragen rund um Palästina und den El-Kaida-Terrorismus haben hier ihre Wurzeln. Ebenso schwer wiegt der Überfall des Iraks auf die Arabische Halbinsel und die ganz aktuelle Bedrohung der Region durch eine völlig unberechenbare Politik des Irans. Diese Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart erzeugen ein ganz legitimes und natürliches außen- und sicherheitspolitisches Interesse Saudi-Arabiens. Auch das darf man hinzufügen: Nicht nur Deutschland, Europa und die ganze Welt haben ein Interesse an einem stabilen Nahen Osten, insbesondere auch Israel, dessen Sicherheit uns ganz besonders am Herzen liegt, hat ein vitales Interesse daran.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung die Stabilität in dieser Region zu ihrer eigenen beziehungsweise zu einer europäischen Angelegenheit macht. Ich will aber nicht missverstanden werden: Stabilität darf nicht heißen, dass Entwicklungen hin zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung von Frau und Mann behindert werden dürfen, schon gar nicht mit Waffen. Der sogenannte Arabische Frühling und die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen arabischen Staaten sind Aspekte, die die Beurteilung der politischen Lage noch einmal verkomplizieren.

Jeder Rüstungsexport ist ein Einzelfall und muss als solcher sorgfältig beurteilt und entschieden werden. Gerade deshalb gilt es zu fragen, ob ausgerechnet Küstenschutzboote eine friedliche Entwicklung in dieser Region, die wir wollen und für notwendig erachten, beeinträchtigen können. Können sie die Sicherheit Israels berühren, dessen Interesse uns besonders am Herzen liegt? Wir meinen, dass ein solcher Rüstungsauftrag vertretbar ist.

Deswegen sagen wir als CDU-Fraktion in der Abwägung: Wir sehen im Entscheidungsprozess der Bundesregierung nichts Kritikwürdiges und können vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Kenntnisstands die Produktion und Lieferung von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien unterstützen, und wir raten deshalb zu einem offenen und positiven Umgang Bremens mit den geschäftlichen Anliegen der Lürssen Werft.

(Beifall bei der CDU)

Aktivitäten im Rüstungssektor sind übrigens keine Erfindung der Koalition aus CDU und FDP, auch unter Herrn Schröder und Herrn Fischer war man in diesem Feld tätig, übrigens in bemerkenswerter Art und Weise.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Nein, das ist wahr!)

In der Zeit von Rot-Grün ist die Bundesrepublik unter die Top 5 der Rüstungsexporteure aufgestiegen. Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI ermittelte für den Zeitraum ab dem Jahr 2005 eine Steigerung des deutschen Anteils von sechs auf elf Prozent. Als Claudia Roth in ihrer eigenen Art und Weise dies vermutlich etwas vorschnell kritisierte, reagierten die Forscher "mit Unverständnis". Wörtlich heißt es: "Die meisten Verträge, die diese Verdopplung bewirkt haben, wurden ja während der rotgrünen Regierungszeit abgeschlossen."

Meine Damen und Herren, für Moralisieren in irgendeiner politischen Couleur bleibt da eigentlich wenig Raum,

(Beifall bei der CDU)

schon gar nicht in der Form, wie es einige führende Vertreter der SPD und Grünen auf Bundesebene machen, den doppelmoralischen Zeigefinger heben und die eigene Regierungsverantwortung insbesondere ihrer Spitzenkandidaten versuchen auszublenden oder von mangelnden Prinzipien und Verantwortung sprechen. Die mangelnde Glaubwürdigkeit von Rot-Grün aus der Vergangenheit ihrer Regierungsverantwortung in diesem Zusammenhang wird nicht durch noch so viel Wirbel verschleiert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Die Rolle des Senats – sie ist ja hier angesprochen worden – ist wie so oft: Schweigen, das inzwischen ja auch prominent aus den eigenen Reihen kritisiert worden ist. Pragmatisch und politisch müssten Sie unserer Auffassung nach Unterstützung signalisieren, das würde aber nicht Ihrem Selbstbild als möglichst gute Menschen entsprechen, also lautet die Lösung abtauchen. Ich finde, die Menschen, die Beschäftigten, das Unternehmen Lürssen haben ein Recht darauf zu wissen, wie der Senat zu diesem Geschäft steht.

(Beifall bei der CDU)

Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, und beziehen Sie hier eindeutig Stellung! Wir schlagen Ihnen als CDU-Fraktion deshalb mit einem, wie wir meinen, abgewogenen Antrag vor, dass die Bremische Bürgerschaft eine Unterstützung für die Lürssen Werft und ihre Mitarbeiter signalisiert, die Besonderheiten von Rüstungsexporten insbesondere in

(D)

(A) dieser Region aber sehr wohl im Blick hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war 15 Jahre alt, als das Thema NATO-Doppelbeschluss in aller Munde war. Anfang der Achtzigerjahre herrschte das absolute Wettrüsten, ich kann mich gut entsinnen, der Warschauer Pakt hatte seine SS-20-Raketen, der Westen drohte mit den Pershing-II-Raketen. Auch ich habe Schilder getragen, auf denen "Frieden schaffen ohne Waffen" stand, und ich hatte große Angst vor einem Atomkrieg. Ich kann mich daran heute noch entsinnen, und ich war sehr froh, als, insbesondere unter der Einflussnahme Michail Gorbatschows, dann die Entspannung stattfand und der Kalte Krieg beendet wurde. Sicherlich lässt sich die Zeit damals nicht mit der heutigen Zeit vergleichen, aber aus heutiger Sicht kann meines Erachtens festgestellt werden, dass damals nicht die Waffensysteme ursächlich für die drohende militärische Auseinandersetzung waren. Dazu möchte ich später aber noch mehr sagen.

Zunächst möchte ich hier noch einmal sehr deutlich die pazifistische Haltung der SPD, meiner Fraktion und auch meiner Person betonen. An dieser ändert sich auch dann nichts, wenn unsere Partei auf Bundesebene auf verfassungsrechtlicher Basis der Entsendung von Soldaten in Krisengebiete – im Moment sind es über 6 000, die im Ausland im Einsatz sind – oder dem Export von Rüstungsgütern zustimmt, solange dabei die gesetzlich verankerten Menschenrechtskriterien berücksichtigt werden. Selbstverständlich streben wir eine friedlichere Welt an, aber die Realität ist nun einmal nicht immer so friedlich, wie wir es uns wünschen. Der Nahe Osten ist ein prototypisches Beispiel dafür, wie Völker es, zumindest seit etlichen Dekaden, nicht hinbekommen, friedlich miteinander zu leben.

(B)

Solange wir eine verfassungsrechtlich legitimierte Bundeswehr haben, kann ich es mir auch nicht vorstellen, dass diese Bundeswehr mit Waffen ausgestattet wird, die außerhalb Deutschlands produziert werden. Frau Vogt, ich weiß nicht, ob Sie vielleicht Waffen aus dem Kongo oder aus Nordkorea importieren wollen, um diese gesetzlich legitimierte Bundeswehr auszustatten?

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Wir reden über Exporte!)

Insofern bedeutet das – und ich möchte versuchen, einen Argumentationsfaden aufzubauen, der vielleicht

auch nachvollziehbar ist – im Umkehrschluss auch, dass es eine deutsche Rüstungsindustrie geben muss, ob man sie nun mag oder nicht, ob man sie nun will oder nicht, aber solange wir diese Verfassung haben, wird es sie geben, und es wird sie auch geben, indem sie sich Absatzmärkte im Ausland sucht und international konkurriert, um mit ihren Produkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Über deren Abschaffung können wir gern diskutieren, das ist aber eine andere Diskussion, und das müssen wir dann sehr gründlich tun und dabei auch die Verflechtungen dieses Sektors genau analysieren. Betriebe der Rüstungsindustrie sind stark verflochten, haben Vorlieferanten im zivilen Bereich, die Produktion wird über Banken finanziert, der Export über Speditionen organisiert, Software und Computertechnik spielt in allen Bereichen eine Rolle, und auch die Bekleidungsindustrie produziert beispielsweise für das Militär. Ich möchte an dieser Stelle nur einmal darauf hinweisen, wie laut es vor Ort wird, wenn ein militärischer Stützpunkt, beispielsweise der US-Armee, geschlossen wird, und was dann in der Gemeinde passiert.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben es hier mit einem wirklich komplexen Thema zu tun, darum danke ich auch dem Kollegen Kastendiek für die ruhige Art, hier zu diskutieren, und ich bitte auch Sie, lassen Sie uns das sensibel und auch ehrlich diskutieren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Insofern ist natürlich die Überschrift des Antrags der LINKEN "Keine Bremer Waffen für Saudi-Arabien" schon ein wenig schwierig.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Nein!)

Ich gehe gleich darauf ein, warum ich das schwierig finde. Bereits in der Debatte um die Zivilklausel der Universität haben Sie durch die Aufzählung diverser militärischer Produkte, die rein gar nichts mit der bremischen Forschungslandschaft zu tun hatten – –.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Jetzt wird es lächerlich!)

Ich kann Ihnen den Antrag und die Rede zeigen!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Die kenne ich auch!)

Es waren Produkte, die weit entfernt von Bremen waren, sie hatten mit Bremen nichts zu tun, und damit haben Sie versucht, den Eindruck zu erwecken, dass der Technologietransfer hier in Bremen einen Fokus hätte, der da Rüstung lautet. Das ist nicht der Fall. Genauso fordern Sie jetzt "Keine Bremer Waffen für Saudi-Arabien", und ich kann mich des Eindrucks

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) nicht erwehren, dass Sie mit dem Wort "Bremer" hier den Eindruck erwecken wollen, dass das Parlament über Waffenlieferungen entscheiden könnte oder wir gar die Produktion in Auftrag geben. Das ist natürlich nicht der Fall.

Der Auftrag ist im Übrigen noch gar nicht erteilt, das muss man auch einmal festhalten. Es gibt hier eine Anfrage, und wenn der Auftrag dann erledigt wird, dann wissen wir aus heutiger Sicht auch noch gar nicht, ob die Waffen in Bremen oder in Wolgast oder woanders in Norddeutschland produziert werden, also bitte ich auch da um ein bisschen mehr Ehrlichkeit

Dann sprechen Sie allgemein von Waffen, das ist ein weiter Begriff. Hier geht es, und das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, eben nicht um international geächtete Tretminen und Splitterbomben, sondern – ich will es nicht verniedlichen – um Patrouillenboote. In Ihrem Antrag steht dieses Wort nicht einmal, Sie reden von Waffen, aber darin steht nicht einmal das Wort Patrouillenboote. Ich finde, wenn man ehrlich mit einem Thema umgehen will, dann muss man auch die Fakten nennen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dazu gehört, dass es hier um Patrouillenboote geht.

Sie schreiben, dass Rüstungsexporte die Grundlage für Krieg, Zerstörung und Tod bilden. Jetzt möchte ich auf meine Eingangsbemerkung zurückkommen und noch einmal betonen, dass es eben nicht Rüstungsgüter sind, die ursächlich für Kriege herhalten, sondern dass Kriege in aller Regel begründet sind über Ressourcenmangel, über imperialistisches Streben, über ideologisches Hegemoniestreben, über ethnische Konflikte, über Nationalismus, über religiösen Fanatismus, über Bevölkerungsexpansion und vieles mehr. In aller Regel lassen sich Kriege nur multikausal erklären, also durch die Kombination vieler dieser genannten Punkte, alles Phänomene, die übrigens seitens der Sozialdemokraten seit 150 Jahren kategorisch abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Export von Rüstungsgütern jedenfalls verursacht zunächst einmal keine Kriege, und die, die es behaupten, beschäftigen sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht mit den eigentlichen Ursachen.

Wir lehnen den Antrag der LINKEN deshalb ab. Auf den Antrag der CDU werde ich in meinem zweiten Beitrag eingehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es lohnt sich, am Anfang doch noch einmal auf die Frage einzugehen, wohin diese Waffen exportiert werden sollen, nämlich nach Saudi-Arabien. Ich bin schon oft sehr erstaunt, welche Blüten eine vermeintliche geostrategische Realpolitik im Westen manchmal so treiben kann, zum Beispiel die Blüte, dass Saudi-Arabien ein fast befreundeter Staat der EU, der NATO, der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten ist, obwohl er nach allen Kriterien, die man an diesen Staat anlegen müsste, und zwar außen- und innenpolitische, eigentlich zu denjenigen Staaten gehört, mit denen wir keinerlei freundschaftliche Beziehungen und schon gar keinen Handel mit Waffen betreiben sollten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Es handelt sich im Inneren um eine ganz klare Diktatur, in der alle Menschenrechte und jegliche demokratischen Rechte verweigert werden, in der die Scharia gilt.

Dieser Satz hat mich im Antrag der CDU – ich werde später noch auf den Antrag eingehen - sehr verblüfft, dass angeblich Saudi-Arabien der Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus ist. Es gibt alle möglichen Hinweise – und nicht zuletzt kann ich das als Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz im Lande Bremen sagen, ohne dass ich hier Einzelheiten aus diesen Berichten erwähnen darf –, das ist aber vollkommen klar, dass es auch zu uns hier in Bremen direkte Verbindungen hochrangiger Kreise aus Saudi-Arabien, auch des Regimes zu islamistischem Terrorismus und Extremismus gibt. Das steht meines Erachtens außer Zweifel, und viele gehen ja so weit zu sagen, dass die Entwicklung, die El Kaida in den letzten Jahrzehnten genommen hat, ohne Unterstützung und Finanzierung aus Saudi-Arabien gar nicht möglich wäre.

Ich hätte schon gern von der CDU einmal ein Wort gehört, wenn ich an Ihre Beiträge zum Islam-Vertrag hier in Bremen zurückdenke und wovor Sie alles gewarnt haben. Sie haben hier vor Menschen in Bremen gewarnt, mit denen wir einen Vertrag im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag zum Islam schließen, aber Sie scheinen bei dem Land Saudi-Arabien alle diese Bedenken völlig hintanzustellen oder einfach auszublenden, womöglich aus sehr schlichten Interessensgründen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Der Arabische Frühling ist eine Entwicklung, die Saudi-Arabien extrem entgegenläuft. Man hat am

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Beispiel Bahrain – die Kollegin Frau Vogt hat das schon gesagt – gesehen, dass man alles getan hat, um zu versuchen, den Arabischen Frühling zu unterdrücken. Last, not least, es ist ein Land, das wohl in extremster Form die Rechte der Frauen – und da würde ich jetzt gern die Frauen in der CDU-Fraktion direkt ansprechen – mit Füßen tritt.

> Lassen Sie mich ein Beispiel, das nicht ganz so bekannt ist wie das mit dem Autofahren, hier kurz erwähnen: Es ist einer erwachsenen, volljährigen Frau in Saudi-Arabien nicht erlaubt, das Land zu verlassen, ohne dass entweder ihr Ehemann oder ihr Vormund, also ihr Vater, ihr Bruder oder wer auch immer für zuständig erklärt wird, eine Einwilligung gibt. Das funktioniert heute im Zeitalter von Hightech so, dass, wenn eine saudi-arabische Frau an einen Flughafen, an einen Hafen oder an die Landesgrenze kommt, eine automatische SMS auf das Handy des Ehemannes oder des Vormunds geschickt wird – bei einer erwachsenen Frau! - und dann die Einwilligung erfolgen muss, dass die Frau das Land verlassen darf. Das ist Grenzsicherung à la Saudi-Arabien, und mit dieser Art von Grenzsicherung wollen wir Grünen nichts zu tun haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich glaube nicht, dass man, wenn man über dieses Geschäft mit Saudi-Arabien spricht, alle diese Dinge einfach beiseitelassen kann, wenn man sie bei anderen Ländern, auf die diese Dinge auch zutreffen würden, berechtigterweise anführt. Ich frage mich, woher diese Ungleichbehandlung kommt.

Wir haben natürlich die Argumentation, dass immer sogenannte geostrategische Gründe angeführt werden. Diese geostrategischen Gründe haben dazu geführt, dass der Westen die Mudschahedin gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan unterstützt und hochgerüstet hat mit dem Ergebnis, das wir in Afghanistan die letzten 20 Jahre bewundern können. Das hat dazu geführt, dass man in der Auseinandersetzung zwischen Irak und Iran einmal auf die eine und einmal auf die andere Seite gesetzt hat mit extremer Hochrüstung, was dazu geführt hat, dass sowohl mit dem Iran als auch mit dem Irak eigene militärische Auseinandersetzungen geführt werden mussten, wo einem die eigenen Waffen, die man vorher exportiert hat, wieder entgegengekommen sind.

Ich finde, dass man diese Dinge zumindest ansprechen muss

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

und dass wir hier in diesem Hause, wenn wir über dieses Thema reden, dann auch über diese Dinge reden müssen.

Ich werde in der zweiten Runde, weil wir in der ersten Runde ja nicht so viel Zeit haben, gern noch auf die beiden Anträge eingehen. – Ich bedanke mich zunächst einmal für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kastendiek, Sie haben eben zu Recht gesagt, dass zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung die Bundesrepublik unter die Top 5 in Sachen Waffenexporte aufgestiegen ist. Im Moment ist es leider noch ein bisschen angestiegen, zurzeit sind wir auf Platz 3, was Waffenexporte angeht, und ich weiß nicht, ob Sie jetzt hier eine Konkurrenz aufmachen wollen, wer jetzt hier mehr exportiert und weniger, ich finde irgendwie beides schlimm. Wir haben als LINKE auch die Waffenexporte unter Rot-Grün kritisiert. Das möchte ich hier einmal klarstellen.

Ich möchte dennoch etwas auf Herrn Kottisch von der SPD eingehen! Wir diskutieren hier gerade nicht über die Bundeswehr und ihre Ausrüstung, sondern über Rüstungsexporte. Wir diskutieren hier deswegen über Rüstungsexporte, weil wir der Meinung sind, dass der Bremer Senat auch im Bund ein klares Zeichen setzen muss, weil wir sehr viele Unternehmen haben, die in Bremen Rüstungsgüter produzieren und auch exportieren.

Wenn ich mich an die Debatte zu Rheinmetall erinnere, die Sie eben angesprochen haben, dann ist eher andersherum. In der Antwort auf die Große Anfrage, die wir damals eingereicht haben, konnte der Senat kein einziges ziviles Programm nennen. Natürlich ist es ziemlich verlogen, wenn Sie sagen, die Hightech-Ausrüstung hätte nichts mit den Waffenexporten zu tun, denn wir haben damals schon gesagt, die Elektronik, die Rheinmetall hier herstellt ich erwähne es deswegen, weil wir den Antrag nicht explizit auf Lürssen bezogen haben, sondern weil wir diverse Unternehmen hier haben, seien es Rheinmetall, ATLAS, OHB oder Lürssen, die auch und zum Teil, wie Rheinmetall, ausschließlich Rüstungsgüter herstellt –, ist die Sensorik für die Panzer. Ich habe hier schon einmal gesagt: Ohne diese Elektronik, die Sensorik, die Rheinmetall herstellt, könnte sich ein Panzer des Typs Leopard 2 nicht einmal aus der Garage bewegen, er wäre praktisch nicht einsetzbar. Diese feine Unterscheidung hier zu machen ist doch lächerlich, das muss ich einmal ganz ehrlich sagen.

Es ist genauso lächerlich, hier noch einmal in die Debatte einzubringen, dass Küstenschutzboote für eine friedliche Entwicklung stünden. Ich habe eben

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) schon gesagt: Sie sind voll ausgerüstet und haben sogar Torpedovorrichtungen, und sie sind eingebettet in ein großes Projekt, nämlich diese Grenzschutzanlage im Norden des Landes, die übrigens auch wieder mithilfe von EADS – auch ein Unternehmen, das in Bremen angesiedelt ist – aufgestellt wird und für die die Bundeswehr und zivile EADS/Cassidian-Angestellte sogar das saudische Personal mit Überwachungstechnik ausrüsten.

Da es ein sehr großes Projekt ist, das noch auf viele Jahre in die Zukunft wirkt, ist es einer der Gründe, warum Saudi-Arabien in den letzten Jahren der größte Importeur deutscher Rüstungsgüter geworden ist, denn es hängt auch mit dieser Grenzschutzanlage beziehungsweise mit der Genehmigung zusammen, dass Deutschland so aktiv daran beteiligt ist.

Ich finde es zugegebenermaßen eher mühselig, dass wir diese Diskussion immer wieder führen müssen, dass Waffen, wenn sie irgendwohin geliefert werden, dann auch tatsächlich eingesetzt werden. Wir erleben es ja auch anhand der Frage von Saudi-Arabien, die Beispiele dafür habe ich eben aufgezählt. Wir können auch noch weitere Beispiele nennen: In Saudi-Arabien wird seit den Achtzigerjahren, erst in Lizenz und mittlerweile selbstständig, ein Sturmgewehr hergestellt, das mittlerweile auf der gesamten Arabischen Halbinsel und in Nordafrika in jedem Krisenherd zu finden ist, und zwar, wie gesagt, in der Regel in der Hand von islamistischen Kampfgruppen.

Wo wollen Sie denn die Unterscheidung machen? Wir können doch hier gern einmal ernsthaft diskutieren, Herr Kottisch! Was sollen sie Ihrer Meinung nach denn exportieren und was nicht? Wo ist die Grenze? Kriegswaffen, Munition, Waffen? Wir können uns darüber gern einmal ernsthaft auseinandersetzen. Wir sagen, diese Patrouillenboote sind Teil eines Konzepts, das von Deutschland aus sehr stark protegiert wird und dazu geführt hat, dass Saudi-Arabien immer mehr Waffen aus Deutschland importiert, und wir sagen auch, dass es genau nicht friedlichen Zwecken dient, weil der Nahe Osten ein Krisenherd und eine sehr instabile Region ist.

Wenn man hier wirklich bis ins Kleinste auseinanderdividieren möchte - wir hatten auch schon einmal in der Debatte über die Zivilklausel die Frage, ob der Suppenlöffel ein Teil von Rüstung ist –, dann können wir es gern machen. Ich bin aber dazu bereit, das Ganze ernsthaft zu diskutieren, wenn Sie einen Vorschlag machen, Herr Kottisch, denn das, was wir hier heute beantragen, ist letztendlich nichts anderes, als dass der Senat sich dafür einsetzt, dass auf Bundesebene Waffenexporte nach bestimmten Kriterien stattfinden – nicht mehr und nicht weniger –, dass die eigenen Richtlinien, die die rot-grüne Bundesregierung damals aufgestellt hat und die heute noch gelten, dann auch beachtet werden und dass das Ganze transparent und nicht in einem Geheimgremium und nicht durch den Bundessicherheitsrat läuft, sondern dass jeder nachvollziehen kann, welches denn

die Kriterien dahinter sind. Nach welchen Kriterien durfte nach Saudi-Arabien geliefert werden, oder nach welchen soll denn jetzt einmal nach Saudi-Arabien geliefert werden dürfen?

Wir wissen, das haben wir hier eben schon mehrfach gesagt, dass Menschenrechte dort nicht existieren oder mit Füßen getreten werden. Ich verstehe, ehrlich gesagt, auch nicht, Herr Kottisch: Gerade weil die Menschenrechte in Saudi-Arabien mit Füßen getreten werden, hätte ich von Ihnen als Abgeordnetem der SPD-Fraktion schon einmal klärende Worte dazu erwartet, dass auch Mitglieder Ihrer Fraktion in den letzten eineinhalb Wochen die Diktatur in Saudi-Arabien verharmlost und verniedlicht haben. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie hier sagen, das ist ein Fehler, so kann man damit nicht umgehen, denn nicht nur wir und Herr Trittin sagen das, sondern auch Frau Nahles und Herr Dr. Sieling haben klare Worte dafür gefunden und auch dafür, dass Lürssen keine Waffen nach Saudi-Arabien liefern soll.

Ich mache an dieser Stelle auch noch einmal darauf aufmerksam, dass alle Bremer Bundestagsabgeordneten – natürlich bis auf die Abgeordneten der CDU und der FDP – im Jahr 2001 in einer namentlichen Abstimmung für ein Exportverbot von Kriegswaffen an Saudi-Arabien gestimmt haben. Dies würde wiederum auch die sogenannten Patrouillenboote umfassen. Warum haben Ihre Abgeordneten im Bund den Mut zu sagen, das wollen wir nicht, und hier, wo Sie in der Verantwortung sind, bestimmte Dinge auch zu regeln, sind Sie leise, treten Sie leise und versuchen, alles zu relativieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir erwarten heute vom Bremer Senat und auch von der Bürgerschaft eigentlich nichts Schlimmes, sondern das, was Sie im Bund auch erwarten, nämlich eine klare Aussage, dass von Bremen keine Aufrüstung, kein Tod und Verderben im Nahen Osten ausgehen kann. Das geht einfach nicht! Wenn Sie Ihre eigenen Maßstäbe wirklich ernst nehmen wollen, dann müssen Sie hier heute ein klares Bekenntnis abgeben, und damit dies auch deutlich wird, beantragen wir für unseren Antrag namentliche Abstimmung. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einleitend sagen, dass dies ein Sachverhalt ist, bei dem man zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann, es ist ein Abwägungsprozess. Ich habe das in

(C)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) meinem ersten Beitrag schon gesagt. Ich finde, vor diesem Hintergrund sollte man dann auch ein bisschen vorsichtig sein, dass man dem einen oder anderen nicht die gute Absicht abspricht beziehungsweise nicht versucht, den Teufel an die Wand zu malen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man aber in einer solchen sicherlich komplizierten Fragestellung bei einem solchen Sachverhalt zu einem Ergebnis kommt, dann, finde ich, sollte man an der Stelle auch glaubwürdig bleiben und versuchen, in seiner eigenen Argumentation zumindest einen Ansatz von Konsequenz zu haben. Deshalb, Herr Dr. Güldner, kann ich die Frage, die Sie an uns gestellt haben, nur zurückgeben: Fragen Sie doch Herrn Fischer oder auch Herrn Trittin über ihre Zeit, als sie Mitglied der Bundesregierung waren!

Fragen Sie Herrn Fischer, warum er im Jahr 2003, als Bundeskanzler Schröder nach Saudi-Arabien gefahren ist - damals übrigens als erster Regierungschef seit 25 Jahren –, dem Besuch beigewohnt hat! Fragen Sie ihn, warum er kein Veto eingelegt hat, als auf der Grundlage dieses Besuchs die Rüstungsexporte in diese Region angestiegen sind! Auch das lässt sich an dieser Stelle ganz konsequent belegen. Ich darf hier einmal sagen, für welche Länder der Region Rot-Grün damals grünes Licht gegeben hat: Bahrain, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate! Wenn Sie schauen, was alles transportiert worden ist, dann finde ich, stellen Sie diese Frage bitte erst Ihrem Herrn Fischer und Ihrem Herrn Trittin, der ja auch Ihr Spitzenkandidat für die anstehende Bundestagswahl ist, und fragen Sie sie, wie sie diese Frage, die Sie uns stellen wollten, zu beantworten gedenken!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt, und daher hilft es nicht, Dinge aus diesem Antrag zu zitieren, die gar nicht darin stehen. Sie können mir die Positionen einmal zeigen, die Sie kritisiert haben, Sie werden sie letztendlich nicht wiederfinden.

Wir sagen, ja, es ist auch eine Abwägung der geostrategischen Interessen. Wir sagen auch, in Saudi-Arabien besteht keine Staatsform beziehungsweise keine innere Verfasstheit, die mit westeuropäischen Werten übereinstimmt! Ja, das ist so, das stimmt! Es ist eine Abwägung der geostrategischen Interessen, wenn Sie schauen – Sie werden es sich sicherlich aus den entsprechenden Ausschüssen des Deutschen Bundestags berichten lassen –, dass Saudi-Arabien dort schon ein stabilisierender Faktor ist, trotz all der Dinge, die dort im Land passieren, und wie Saudi-Arabien beim Kampf gegen El Kaida im Jemen geholfen hat.

Lassen Sie sich das einmal von denjenigen aus den entsprechenden Ausschüssen im Bundestag berich-

ten! Ich finde, das gehört am Ende des Tages auch dazu,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Unterschiedliche Wahrnehmungen!)

um dann in der Abwägung zu einer Entscheidung zu kommen. Deswegen wäre ich Ihnen dann auch dankbar, wenn Sie hier Position beziehen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie Ihre Leute gefragt?)

wie Sie konkret zu diesem Exportgeschäft stehen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Vogt, ich glaube, ich habe in meinem ersten Beitrag versucht, deutlich zu machen, dass Waffenexporte in der Tat nicht beschäftigungspolitisch begründet werden dürfen.

auch wenn man sich – da sind wir zu 100 Prozent an der Seite unseres grünen Koalitionspartners – dann über die Beschäftigungseffekte freuen kann. Das ist eine andere Ebene, das kann man dann tun, aber die Begründung darf eben nicht beschäftigungspolitisch erfolgen.

Noch einmal: Sie erwecken hier immer den Eindruck, wir seien hier in der Verantwortung. Wir können hier gern Meinungen äußern, aber in der Verantwortung sind wir hier nicht, solange es ein Organ gibt, das die Verantwortung trägt. An diesem Organ können wir gern arbeiten – darauf komme ich später auch noch zurück –, und ich bin dann auch bei Ihnen, wenn es darum geht, wie man da in Zukunft gegebenenfalls Optimierungen herbeiführt.

In Ihren Reden kommen Sie aber auch immer vom Speziellen ins Allgemeine, und wenn wir über Saudi-Arabien sprechen, dann reden Sie im nächsten Schritt wieder über die Rüstungsindustrie allgemein. Über das Was und das Wohin muss man in der Tat diskutieren, aber noch einmal: Solange wir einen gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf die verfassungsrechtlich legitimierte Bundeswehr hier in diesem Rechtsstaat haben, können wir in Bremen auch ein deutliches Bekenntnis für unsere Rüstungsbetriebe

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) abgeben, und das möchte ich hier auch tun, denn ich stehe hier heute auch als wirtschaftspolitischer Sprecher. Es wäre ansonsten eine Doppelmoral, wenn wir auf der einen Seite sagen, sie sollen gesellschaftlich abgesichert dafür sorgen, dass es Sicherheit gibt, und sie hier auf der anderen Seite beschimpfen, dass sie es tun. Das möchte ich nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Außer Lürssen möchte ich hier auch kein anderes Unternehmen nennen, aber erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang doch den Hinweis, dass wir hier einer der europäischen Luft- und Raumfahrtstandorte sind. Darauf sind wir in anderen Zusammenhängen auch immer wieder stolz, und wir weisen immer wieder darauf hin, dass wir hier sehr gute Unternehmen aus dem Bereich Raumfahrt und eine sehr gute Belegschaft mit hochqualifizierten, sehr guten Mitarbeitern haben. Natürlich müssen wir das Thema Dual-Use besprechen und schauen, dass wir das Thema Konversion weiter nach vorn treiben, das ist überhaupt keine Frage!

Kurz noch einmal zum Antrag der CDU! Bei dem Unternehmen Lürssen handelt es sich um ein Traditionsunternehmen in vierter Generation. Es ist mittlerweile bekannt, dass 1 400 Mitarbeiter in diesem Unternehmen arbeiten, nicht alle in Bremen, sondern verteilt auf die Standorte. Dieses Unternehmen erfreut sich einer guten Entwicklung und hat mit der Übernahme der Peene-Werft in Wolgast kürzlich den siebten Standort in den Konzern integriert. Ich bin froh, dass das Kapitel Schiffbau dank Lürssen in Bremen nicht beendet ist und sich dieser Wirtschaftszweig wie auch die Automobilindustrie und Luft- und Raumfahrt in neue Technologietransferbereiche wie beispielsweise der Materialforschung einbringen kann.

Mein Kollege Reinken versicherte mir gestern noch einmal, dass mit Lürssen ein tariftreues und zu seinen Mitarbeitem faires Unternehmen am Standort vertreten sei. Anders als wahrscheinlich bei einer ehemaligen Reederei, wie heute wieder in der Presse zu lesen ist, handelt es sich bei dem Unternehmen Lürssen um ein Unternehmen, das sich zu 100 Prozent gesetzestreu verhält. Lürssen trägt überdies auch durch seine spektakulären Yachtaufträge, also seinen zivilen Bereich, zum internationalen Ansehen Bremens bei. Über das private Engagement der Familie Lürssen brauche ich hier nicht zu berichten. Ich würde mich für das Unternehmen, die Mitarbeiter und wahrscheinlich auch für ganz Norddeutschland freuen, wenn es zu großen Aufträgen käme.

Herr Kastendiek, ich weiß nicht, ob Sie mit Ihrem Antrag dem Ansinnen des Unternehmens Lürssen gegebenenfalls einen Bärendienst erwiesen haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Sie zerren die Familie, das Unternehmen und auch die Belegschaft abermals in die dort nicht gewollte Öffentlichkeit. Sie fordern den Senat auf, eine einzelne Firma bei der Produktion und der Lieferung ihrer Produkte zu unterstützen. (C)

(D)

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

Abgesehen davon, dass es dieser Unterstützung meines Erachtens gar nicht bedarf und Sie billigend in Kauf nehmen, dass gegebenenfalls sogar der Konkurrenz interessante Informationen zuteilwerden, können wir dieses Ansinnen, eine einzelne Firma zu unterstützen, so nicht mittragen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Wirreden doch gerade von der einzelnen Firma!)

Genau!

(Zurufe des Abg. Dr. vom Bruch [CDU])

Herr Dr. vom Bruch, reden Sie ruhig weiter! Sie können auch gern nach vorn kommen, wenn Sie reden möchten.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sie sollen sich nur nicht widersprechen!)

Wo und wann habe ich mich widersprochen?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Eben gerade! Vor einer Minute!)

Das habe ich nicht vernommen!

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Deswegen machen wir Sie ja darauf aufmerksam!)

Hören Sie einmal zu, Frau Ahrens, denn ich höre Ihnen auch immer gut zu, wenn Sie hier vorn stehen!

Beim Lesen dieses Antrags habe ich mir überlegt, wie ich mich fühlen würde, wenn es mein Unternehmen wäre, das der Senat dezidiert bei der Produktion und Lieferung seiner Produkte seitens der Regierung unterstützen soll. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich würde mich schämen und mir eine solche Öffentlichkeit verbitten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Herr Kastendiek, im Übrigen ist es natürlich durchsichtig, was Sie damit bezwecken. Es ist überflüssig, und Sie gießen damit sogar noch Öl ins Feuer. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab!

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Frau Vogt, was wir in der Tat brauchen, ist eine ehrliche öffentliche Debatte über das Thema Rüstungsexporte und verstärkte Anstrengungen in Richtung Konversionen. Selbstverständlich müssen Exporte in sogenannte Drittländer, also solche Länder, die weder der EU noch der NATO angehören, noch den NATO-Staaten gleichgestellt sind, sehr restriktiv gehandhabt werden, das ist doch überhaupt keine Frage.

Darüber hinaus muss dieses Thema meines Erachtens insgesamt transparenter gemacht werden. Ich bin außerdem der Meinung, wie Sie es angedeutet haben, dass der Bundestag beteiligt werden muss. Heute läuft es ja völlig am Bundestag vorbei, denn sie bekommen nur einmal im Jahr einen Rüstungsexportbericht. Das ist zu wenig, man könnte dem Bundestag auch unterjährig, also häufiger informieren und gegebenenfalls auch in die Beratung mit einbeziehen. Ich bin der Meinung, dass hier einiges getan werden muss. Allerdings hat das nichts mit den beiden Anträgen zu tun, wie ich sie heute hier vorliegen habe. Deswegen lehnen wir auch beide Anträge ab.

Wir haben im September eine Bundestagswahl, und ich kann mir vorstellen, dass die ab September regierende Bundesregierung hier eine Optimierung des Systems vornehmen wird. – In diesem Sinne vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich im ersten Beitrag vor allem über Saudi-Arabien und darüber gesprochen habe, dass wir Grünen Waffenexporte nach Saudi-Arabien ablehnen, finde ich, muss man natürlich noch einmal zu der innenpolitischen Seite kommen und auch über das Unternehmen und das Argument der Arbeitsplätze hier in Bremen sprechen.

Es ist nach den vollkommen richtigen, und es wurde ja gesagt, von Rot-Grün installierten Kriterien grundsätzlich nicht zulässig, ein Waffenexportgeschäft anhand der gesicherten oder verlorenen Arbeitsplätze zu beurteilen. Gleichwohl ist es meines Erachtens ein Fehler, wenn in der Debatte dann sozusagen gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und – wenn man sich, wie ich es getan habe, eindeutig gegen diese Waffenexporte in Länder wie Saudi-Arabien ausspricht – gleichzeitig Unternehmen, deren Vorstände, die Arbeitnehmer quasi diffamiert oder in eine Ecke

stellt und als Kriegstreiber und Ähnliches bezeichnet.

Ich finde, dass wir hier ganz klar trennen müssen, dass wir selbstverständlich sowohl der Unternehmerfamilie als auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den ihnen gebührenden Respekt entgegenbringen müssen. Eine Verteufelung, eine persönliche Diffamierung ist in dieser zutiefst politischen und nicht emotionalen Debatte, ob wir dieses Unternehmen oder die Menschen, die dort arbeiten, nun gut oder schlecht finden, fehl am Platz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich teile die Meinung von Herrn Kottisch, dass Sie in dieser Frage vor allen Dingen mit den Punkten 1 bis 3 in Ihrem Antrag, in dem Sie die Wertschätzung für das Unternehmen Lürssen aufgeschrieben haben, in der Tat einen Bärendienst erwiesen haben. Ich habe etwas Vergleichbares in diesem Haus noch nicht gelesen, und es würde mich interessieren, ob im Bundestag oder in den anderen Landtagen etwas Vergleichbares vorliegt. In welches Licht Sie hier das Unternehmen stellen!

Als ob das Unternehmen, die Familie, also die Unternehmer persönlich, es nötig hätten, dass Sie die Bremische Bürgerschaft auffordern, nun – und man muss es wirklich mehrfach lesen, ich habe es getan – die unverzichtbare Bedeutung des Unternehmens Lürssen für Bremen herauszustellen, den wichtigen Beitrag zur technologischen Entwicklung in einem so umkämpften Markt und auch noch das gemeinwohlorientierte Engagement der Unternehmerfamilien in den Feldern Kultur und Wissenschaft, wo es doch eigentlich zu einer guten hanseatischen Tradition gehört, es zwar zu tun, aber doch nicht selbst und nicht durch Sie!

Ich hoffe, Sie haben nachgefragt, ob sie es wirklich möchten, dass Sie es in Form eines Antrags machen, es so nach vorn und hier zur Abstimmung in einem Parlament zu stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das kann für hanseatische Kaufleute, die sich im Mäzenatentum betätigen, nicht von Interesse sein. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir diesen Mäzenen in Bremen sehr viel zu verdanken haben, aber es keinerlei Antrag hier in der Bremischen Bürgerschaft bedarf, dieses Mäzenatentum auch noch öffentlich in dieser Form herauszustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE möchte ich sagen, es gibt meines Erachtens klare Forderungen.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich kann hier für die grüne Fraktion die klare Forderung erheben, dass wir keine Waffenexporte nach Saudi-Arabien zulassen sollten.

> Herr Kastendiek, ja, ich bin der Meinung, dass unter Rot-Grün der Außenminister Herr Fischer in dieser Frage eine andere Haltung hatte, als ich sie schon damals hatte und auch heute habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bin der Meinung, dass es überhaupt kein Problem ist, darüber zu reden. Ich bin außerdem der Meinung, dass Herr Trittin in der bundesweiten Debatte um die Frage, über die wir gerade sprechen, eindeutige, klare und völlig unmissverständliche Worte zu seiner Haltung gefunden hat, die mich vollständig zufriedengestellt haben. Er hat nämlich ebenfalls, wie wir es hier in Bremen als Grüne tun, dieses Waffenexportgeschäft abgelehnt und daran auch keinen Zweifel gelassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich zu einer zweiten politischen Forderung kommen! Ich glaube, es ist trotz aller Geheimhaltungen und Schwierigkeiten, die wir im Bereich der Verfassungsschutzbehörden haben, dringend notwendig, ein parlamentarisches Gremium einzurichten, ähnlich wie die Parlamentarische Kontrollkommission – im Bundestag heißt es Parlamentarisches Kontrollgremium –, das laufend vollständig und transparent über die Fragen, die im Bundessicherheitsrat diskutiert werden, die Gründe der Entscheidungen und die Hintergründe informiert wird, um eine parlamentarische Beteiligung an diesen Fragen zu bekommen.

Das Parlament in einer parlamentarischen Demokratie, und nicht zuletzt der Deutsche Bundestag, muss in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen, die dort gestellt werden, mitreden können. Wir brauchen – das sollte ein Projekt einer neuen Regierung nach der Wahl im September 2013 sein – hier Mitsprache, Information und fortlaufende Beteiligung des parlamentarischen Gremiums des Deutschen Bundestags. Das ist eine klare Forderung, denn das würde wesentlich mehr Transparenz in diese heikle Frage der Rüstungsexportgeschäfte bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal zu einem Interview in der Bremer Ausgabe einer bundesweiten Zeitung kommen! Ich war sehr dankbar, dass es dieses Interview gegeben hat. Ich habe mich über dieses Interview sehr gefreut, weil es mir geholfen hat festzustellen, was der Präsident dieses Hau-

ses in diesem Interview in der Bremer Ausgabe der "Bild"-Zeitung aus seiner Meinung zu der Frage Geschäft ist Geschäft gesagt hat. Das Gegenteil davon sind meine persönliche Überzeugung und die Überzeugung der grünen Bürgerschaftsfraktion. – Vielen Dank!

(C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Röwekamp [CDU]: Da bin ich ja einmal gespannt, wie der Präsident abstimmt! – Abg. Hinners [CDU]: Der ist entschuldigt!)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kottisch, wir verwechseln hier gar nicht die Herstellung von Rüstungsgütern mit dem Export, aber wir müssen sie hier natürlich einmal ansprechen. Wir müssen die Unternehmen benennen, die Rüstungsgüter produzieren, und dann reden wir darüber, was sie exportieren. Darüber sprechen wir auch heute. Wir versuchen hier ja nichts zu unternehmen, das eine SPD-Fraktion nicht mittragen kann.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist nicht beteiligt, der Bremer Senat!)

Wir sagen, der Bremer Senat soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Exporte in Länder, die Menschrechtsverletzungen begehen,

(Abg. Kottisch [SPD]: Esistalles legal!)

möglichst unterbleiben – das ist namentlich im Nahen Osten, in Saudi-Arabien oft der Fall – und dass man sich daran orientiert, die eigenen Kriterien, die man einmal aufgestellt hat, auch wirklich ernst zu nehmen

Natürlich ist es wichtig, Herr Kottisch, einmal zu benennen, was in Bremen produziert wird, denn dann bekommt man auch heraus, was exportiert wird. Herr Pastor Warnecke, Friedensbeauftragter der Bremischen Evangelischen Kirche, schrieb vor Kurzem: "Wir brauchen solche Empörung auch in Bremen, um dem Geschäft" – um dem Geschäft, Herr Kottisch! – "mit dem Tod irgendwann ein Ende zu setzen." Er schrieb dies, weil Bremen eine Hochburg der Waffenindustrie ist und Waffen exportiert. Über nichts anderes reden wir hier.

Die Rheinmetall AG beliefert nach eigenen Angaben von hier aus 30 Länder, und die Lürssen Werft beliefert die komplette Arabische Halbinsel und Angola. Die Bremer Waffenindustrie ist klar und eindeu-

(B)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) tig auf den Export ausgerichtet, und das bedeutet auch, dass die Waffen, die aus Bremen geliefert werden, in kriegerischen Auseinandersetzungen zur Anwendung kommen, denn Waffen werden nun einmal nicht gekauft, damit sie im Stahlschrank liegen. Sie kommen zur Anwendung. Über Rheinmetall und die Bedeutung der Elektronik und Sensorik, die sie für die Leopard-2-Panzer oder Panzerhaubitzen herstellen – übrigens ein geächtetes Waffensystem –, haben wir hier schon des Öfteren diskutiert.

Ich möchte jetzt noch auf einen weiteren Punkt in unserem Antrag kommen! Wir haben gesagt, der Senat soll bitte die Unternehmen nicht subventionieren, die Waffen nach zweifelhaften Kriterien exportieren. In der Vergangenheit ist aber genau das geschehen. Wir haben hier schon über die Subventionen an Rheinmetall geredet. Sie haben uns vorgestern gesagt, wir haben keine eineinhalb Millionen Euro für die Jugendfreizeitheime, aber damals hatten Sie sogar noch mehr Geld für die florierenden Geschäfte mit der Rüstung. An dieser Stelle muss ich einmal sagen, Rheinmetall hat diese Subventionen wirklich nicht nötig. Vor drei Tagen hat der Konzern seine vorläufigen Bilanzen für das Jahr 2012 vorgelegt. Dort steht, das Geschäft mit der Rüstung ist binnen eines Jahres – das Geschäft mit der Rüstung, Herr Kottisch! - um 30 Prozent auf drei Milliarden Euro gestiegen. Das ist Fakt.

Es gibt noch zwei Wirtschaftsförderungsprojekte, an denen die Rheinmetall AG und die Lürssen Werft beteiligt sind. Rheinmetall ist beim WFB-Kompetenzcluster MARISSA für die Ressourcensicherheit und die Abwehr von Eindringlingen zuständig. Das klingt nicht gerade friedlich. Rheinmetall stellt auch keine zivilen Produkte her, auch diese Debatte hatten wir. Sie haben auch gar nicht den Anspruch, in ihrer Selbstdarstellung sagen sie ganz klar, sie produzieren für die Rüstung.

(B)

Die Wirtschaftsförderung errichtet am Flughafen außerdem ein Gebäude für 53 Millionen Euro, die EcoMat, ein Zentrum für Materialforschung. Hier ist die Lürssen Werft Projektpartner. Nach dem, was wir hier alles wissen, möchte ich einmal wissen, ob Herr Senator Günthner mir gleich garantieren kann, dass die Ergebnisse dieser Materialforschung nicht in die Optimierung der Sparte Militär eingehen,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wie soll er das denn machen?)

denn darauf konzentriert sich Lürssen im Moment und sagt es auch ganz offen. Sie haben gesagt, dass sie die Peene-Werft in Wolgast gekauft haben, weil sie mehr in die Militärsparte gehen wollen. Diese Werft war schon zu NVA-Zeiten eine Werft für die Rüstungsproduktion. Sie geben es offen zu, sie wollen es. Daher möchte ich gern einmal hören, ob das, was jetzt am Flughafen passiert, tatsächlich nur einen zivilen Nutzen hat.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wie wollen Sie das in der Industrie denn sicherstellen?)

Genau darum geht uns hier heute. Mir geht es um die Frage, ob wir hier blumige Reden für Frieden und Menschenrecht schwingen wollen oder ob die Bremische Bürgerschaft den Senat auffordert, die Subventionierung der Rüstungsindustrie aus Steuergeldern zu unterlassen. Wir sind ein Haushaltsnotlageland.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns geht es auch darum, dass wir hier ganz klar sagen, der Senat soll sich auf Bundesebene noch einmal dafür einsetzen, dass die Exportkriterien eingehalten werden. Das, Herr Dr. Güldner, habe ich soeben bei Ihnen nicht so ganz verstanden. Sie sagen, im Prinzip wollen Sie die Exporte nicht, aber Sie haben nicht beantwortet, warum der Senat sich nicht dafür einsetzen soll, dass die Exporte gestoppt werden.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil er nicht beteiligt ist! Er ist einfach an diesem jetzigen Verfahren nicht beteiligt!)

Er kann sich aber dafür einsetzen!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie soll er das denn machen?)

In unserem Antrag geht es nicht darum, ob er beteiligt ist, sondern einfach nur darum, dass er sich dafür einsetzen soll!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn er im Bundesrat die Kompetenzhat!)

Der zweite Punkt, den wir auch in unserem vierten Antragspunkt gefordert haben, ist die Umwandlung von militärischer Produktion in zivile Fertigung. Nach Ende des Kalten Kriegs war Bremen darin einst führend, Gewerkschaften, Politik und die Rüstungsunternehmen selbst waren daran interessiert, andere Dinge herzustellen. Es gab einen Konversionsplan und einen Konversionsbeauftragten, der vom Senat bezahlt wurde. Zwischen den Jahren 1991 und 2000 sind rund 85 Millionen D-Mark in die Konversion der Bremer Rüstungsindustrie und die Umnutzung von Bundeswehrkasernen investiert worden. Davon ist leider nichts mehr übrig.

Der damalige Konversionsbeauftragte, der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Wolfram Elsner von der Universität Bremen, sagt heute, dass es keinerlei wirtschaftspolitische Anstrengungen mehr gibt, die Rüstungsindustrie umzuwidmen, und die guten Erfahrungen, die in Bremen zum Teil gemacht und

(A) sogar europaweit gewürdigt worden sind, liegen leider völlig brach.

> Ich finde, genau an diese Tradition sollten wir anknüpfen und uns tatsächlich auch in Bremen überlegen, wie wir, weil wir es finanziell allein nicht schaffen können – das sage ich auch sehr deutlich, das ist uns durchaus klar -, die Bundesregierung dazu bewegen, neue Konversionsprogramme aufzulegen. Nichts anderes fordern wir hier, weil das Rüstungsgeschäft nämlich leider nicht deswegen ein Problem ist, weil es Arbeitsplätze in Bremen bringt, sondern weil es so hohe Renditen abwirft. Mit der Bewaffnung von Regierungen, die diese Waffen zum Töten von Menschen einsetzen, wird nun einmal leider mehr Geld verdient als mit anderen Produktionen. Ich glaube, da müssen wir einfach umsteuern, denn das ist Sache der Politik. Natürlich kann sich der Bremer Senat auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wieder Konversionsprogramme aufgelegt werden. - Ich danke Ihnen!

> > (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum ist das so, Frau Vogt? Weil die Absicht doch ganz deutlich ist! Wir haben einen Föderalismus in Deutschland, in dem eines ganz klar bestimmt ist: Die Außen- und Verteidigungspolitik unterliegt nicht der Mitsprache der Bundesländer, sondern ist Sache des Bundes. Sie versuchen nun, den Bremer Senat vor ein großes Tor zu schieben, obwohl Sie genau wissen, dass es abgeschlossen ist, und dann zu schreien: Die Tür ist zu! Was macht der Senat, warum geht er nicht hinein?

Der Senat kann als Regierung eines Bundeslandes schlichtweg auf diese Dinge keinen Einfluss nehmen, jedenfalls nicht im Rahmen der föderalen Ordnung. Er kann natürlich Meinungen äußern, das können wir alle, aber Sie tun ja so – das ist doch das Perfide an dem Antrag –, als ob es eine Möglichkeit für den Bremer Senat gäbe, dieses Geschäft von Bremen aus als Regierung eines Bundeslandes zu verhindern. Das ist eben einfach schlichtweg im Moment nicht der Fall, weil die Außen- und Verteidigungspolitik von der Bundesregierung verantwortet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist auch der Grund, warum wir diese Bundesregierung ablösen und eine neue installieren müssen, nämlich um dort zu Fortschritten zu kommen.

Es ist schon gesagt worden – hier ist auch Kritisches über die Zeit der rot-grünen Regierung gesagt worden –, die Kriterien für Waffenexporte sind in dieser Zeit deutlich verschärft worden. Natürlich ist auch klar, es ist eine politische Forderung der Grünen, dass man sich an diese Kriterien zu halten hat.

(Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gern!

Vizepräsidentin Schön: Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Sie sagen, der Senat könne im Bund gar nichts bewegen, weil die Türen verschlossen seien. Wir führen hier ständig Debatten, wo uns die Türen verschlossen sind, und wir verabschieden ständig Anträge, dass der Senat sich auf Bundesebene einsetzen soll. Nichts anderes erwarten wir hier: Der Senat soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass genau die Dinge, die wir hier diskutiert haben, noch einmal neu überdacht werden!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, wir verabschieden hier Anträge, dass der Senat im Bundesrat diesen Antrag unterstützen, jenen in das Verfahren zwischen Bundesrat und Bundestag einbringen und für Bremen Stellung nehmen soll,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Nein, nein!)

aber in Sachen der Außen- und Verteidigungspolitik – tut mir leid! – kann ich mich an keinen Antrag erinnern, in dem wir so getan hätten, als ob die Regierung eines Bundeslandes dies nun beantragen oder herbeiführen könnte, sehr verehrte Frau Vogt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe noch den Wunsch, über den Bundessicherheitsrat zu sprechen, weil bei dem Thema auch vieles durcheinandergerät. Viele glauben, er sei ein öffentliches Gremium oder gar ein Ausschuss des Parlaments. Er ist schlichtweg nur ein Unterausschuss der Bundesregierung, in dem die Bundeskanzlerin und acht Ministerinnen und Minister sitzen, also praktisch die kleine, geschrumpfte Form des Bundeskabinetts. Man kann davon ausgehen, dass die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats den politischen Willen dieser Bundesregierung ausdrücken. Davon muss man ausgehen, denn das ist sozusagen die Entscheidungsgrundlage. Wir wissen also, was diese Bundesregierung von diesem Geschäft hält. Wir halten davon etwas anderes, und ich hoffe, dass dies in der Debatte deutlich geworden ist. - Vielen Dank!

(C)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Vogt, in Ihrer letzten Rede ist noch einmal deutlich geworden, wo Ihre Intention liegt, und darin liegen dann eben auch die Unterschiede zur Sozialdemokratischen Partei hier im Parlament. Sie wollen die Unternehmen und die Produkte der Rüstungsindustrie hier am Standort in die Öffentlichkeit zerren, um Empörung in Bremen zu produzieren. Das haben Sie wortwörtlich gesagt, ich habe es mitgeschrieben.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Nein, ich habe einen Pastor zitiert!)

Das ist eben der Unterschied, wir wollen keine Empörung, sondern eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Wenn Sie von dem Geschäft mit dem Tod sprechen, ist es meines Erachtens genauso legitim, von dem Geschäft mit der Sicherheit zu sprechen, aber Sie sprechen immer wieder von dem Geschäft mit dem Tod.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Weil die Waffen eingesetzt werden, Herr Kottisch!)

(B)

Es ist die falsche Intonation, wenn man sich diesem Thema ernsthaft zuwendet, das möchte ich einmal sagen, es ist die falsche Philosophie. Sie unterstellen dabei auch ein falsches Menschenbild und diffamieren Zigtausende Mitarbeiter in diesem Bundesland, die angeblich aus Ihrer Sicht das Geschäft mit dem Tod machen. Das sind Zigtausende Mitarbeiter!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau Vogt [DIE LIN-KE]: Nicht die Mitarbeiter, Herr Kottisch! Die Unternehmen machen das Geschäft! Die Mitarbeiter haben davon nichts!)

Sie haben nichts davon? Sie bekommen keine Gehälter, oder wie? Das verstehe ich nun gar nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Nein, Frau Vogt, das ist das Problem! Es ist genau das Gleiche wie im Bereich der Sozialpolitik. Dort prophezeien Sie immer wieder die Verelendungstheorie, und genauso machen Sie es hier im Bereich der Verteidigungspolitik. Hier propagieren Sie die Kriegstreibertheorie. Ich finde, das ist nicht Ordnung. Sie wollen skandalisieren.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Nein, das ist der Unterschied!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Die Mitarbeiter, die Beschäftigten machen nicht das Geschäft, das machen die Unternehmen!)

Dann sprechen Sie einmal mit den Mitarbeitern! Ich kenne viele.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Die Mitarbeiter haben nichts von der Rendite! – Abg. Röwekamp [CDU]: Doch, ihren Arbeitsplatz vielleicht!)

Entschuldigen Sie bitte, aber das ist eine ganz verkehrte Einschätzung!

Noch einmal: Sie wollen skandalisieren, Frau Vogt, und wir wollen Lösungen und keine blumigen Reden halten, das ist der Unterschied. Diese Intention, die Sie hier vertreten, ist im Übrigen der Grund, warum es uns so leicht fällt, Ihren Antrag auch in namentlicher Abstimmung abzulehnen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, bevor ich auf das eigentliche Thema zu sprechen komme, zwei Dinge richtigstellen, weil sie mich inzwischen wirklich nerven und verärgert machen.

Frau Abgeordnete Vogt, Sie versuchen hier, in, wie ich finde, diffamierender Weise den Eindruck zu erwecken, der Senat subventioniere die Waffenindustrie und Kriegstreiber. Das macht der Senat nicht, das haben wir Ihnen mehrfach nachgewiesen. Wir haben Ihnen die Zusammenhänge erläutert, aber Sie weigern sich schlicht, diese Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man sich trotz immer wieder vorgebrachter Erklärungen weigert, Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen, dann will man offensichtlich nur diffamieren. Das wollen Sie, ich finde das schändlich, und ich sage es Ihnen an dieser Stelle auch so deutlich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Sie reden wider besseren Wissens darüber, dass es bei EcoMat – Sie wissen, dass die WFB den Gebäudebau vorfinanziert und anschließend über die (C)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Mieten der Mieter refinanziert, zu denen Airbus als Ankermieter, ein für Bremen industriell herausragendes Unternehmen, und auch viele andere Unternehmen gehören – um die Erforschung ökoeffizienter Materialien geht. Wenn wir über Treibstoffverbrauch in der Luftfahrtindustrie und über neue Technologien sprechen, dann müssen wir in diesem Bereich forschen. Sie versuchen, das in die Nähe der Rüstung zu rücken. Das finde ich diffamierend, und auch das sage ich Ihnen an dieser Stelle!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU – Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Auch das habe ich nicht gemacht!)

Wenn Sie immer wieder das Thema MARISSA aufgreifen: Auch das haben wir Ihnen mehrfach erklärt, und auch das weigern Sie sich zur Kenntnis zu nehmen. Woran mag das wohl liegen? Weil es nicht in Ihre Argumentation hineinpasst! MARISSA, mehrfach erklärt, maritime Sicherheit! Wir können in die Details einsteigen, und Sie können sich mit der Frage beschäftigen, wenn Sie illegale Fischerei in Südostasien, die ein sehr großes Problem für große – –.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Und was macht Frontex?)

(B) Hören Sie doch einfach einmal zu! Ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erklären!

> Wenn man illegale Fischerei in Südostasien bekämpfen will, dann kann man, weil man eine ganz andere Reichweitenabdeckung hat, mit Drohnen wesentlich mehr erreichen als mit bemannten Flugobjekten.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Sie können in wesentlich größerem Maße damit vor Ort etwas tun. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Vielleicht versteht sie es einfach nicht!)

Es geht um Hafensicherheit und den Kampf gegen die Piraterie. Sie können ja der Auffassung sein, dass diese Themen falsch sind, aber diffamieren Sie diese Themen nicht permanent! Wir sind gern bereit, mit Ihnen in die sachliche Diskussion einzusteigen, aber versuchen Sie doch nicht permanent, sie zu diffamieren!

Die Krönung ist, Ihre von mir hochgeschätzte Kollegin Frau Bernhard ist heute nicht da: In der letzten Bürgerschaftssitzung haben wir auf Initiative der LINKEN über die Lloyd Werft diskutiert. Sie haben

in einem Antrag aufgeführt, welche Werften nach Ihrer Auffassung die herausragenden Kronen der Schöpfung im Werftbereich sind, weil sie nicht nur exzellente Arbeit machen und technologisch fortschrittlich sind, sondern weil sie auch gute Beschäftigungsbedingungen für die Zukunft bieten und sich trotz der schwierigen Lage auf dem Werftsektor über Wasser gehalten haben.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]
– Abg. Frau Böschen [SPD]: Sie waren
dran, jetzt ist er dran!)

Sie haben in Ihrem Antrag explizit die Lürssen Werft genannt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ich denke, das hat es noch nie gegeben!)

Herr Reinken hat dankenswerterweise in der Debatte darauf hingewiesen, dass es ja nicht das Ideal für die Entwicklung der Werften in Deutschland sein könne, wenn zukünftig alle Werften nur noch Luxusyachten oder militärisch einsetzbare Boote bauen.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Verehrte Frau Abgeordnete Vogt, ich finde, wenn man Argumente – und denen stellen wir uns gern – in die Debatte einführt, dann muss man sie durchhalten. Dann kann es nicht sein, dass man im Januar Lürssen als die Krone der Schöpfung lobt und im Februar versucht, Lürssen zu diffamieren. Das ist nach meiner Auffassung verwerflich!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Senator Günthner: Ich möchte keine Zwischenfrage, danke!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das machen Sie immer, das Spielchen kennen wir schon!)

Vizepräsidentin Schön: Frau Abgeordnete, der Herr Senator möchte keine Zwischenfrage!

Senator Günthner: Sehen Sie!

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Dann erzählen Sie weiter Ihre Lügen! – Abg. R ö - w e k a m p [CDU]: Brüllen Sie doch einfach weiter dazwischen!)

Das waren sozusagen die Vorbemerkungen, über die wir gern weiter in der Diskussion bleiben können.

(D)

(D)

(A) (Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Das biete ich Ihnen auch konstruktiv an, wenn Sie denn zwischendurch einmal zuhören!

Dann kommen wir zum Thema der aktuellen Diskussion! Das, was heute in diesem Haus diskutiert wird, haben wir der Zeitung entnommen. Wir haben der Zeitung entnommen, dass Lürssen offensichtlich einen Auftrag erhalten hat. Ich weiß es nicht, niemand weiß es so richtig. Wir haben der Zeitung entnommen, dass sich der Bundessicherheitsrat offenbar mit einer Voranfrage für einen möglichen Auftrag beschäftigt hat, also mit der Voranfrage, wenn wir den Auftrag bekommen würden, dürften wir das nach den vorhandenen gesetzlichen Grundlagen exportieren oder nicht, ansonsten braucht man sich nicht auf den Auftrag bewerben, wenn sie sagen, das geht nicht. Diese Voranfrage hat offenbar der Bundessicherheitsrat bekommen, und offenbar hat der Bundessicherheitsrat sich mit der Frage beschäftigt. Das ist das, was man den Medien entnehmen kann.

Wir haben weder eine Bestätigung vonseiten der Bundesregierung, noch gibt es eine Bestätigung vonseiten der Lürssen Werft. Deswegen ist es so, die Rechtslage ist klar und eindeutig, der Bundessicherheitsrat beschäftigt sich und genehmigt aufgrund geltender Gesetze derartige Voranfragen, wenn sie denn erfolgt sind, und ermöglicht damit, dass, wenn die Auftragsvergabe zustande kommt, das gemacht werden kann, das haben wir zur Kenntnis genommen. Uns liegen als Senat keinerlei darüber hinausgehende originäre Kenntnisse vor, deswegen kommentieren wir das auch nicht.

(B)

Eine Debatte im Konjunktiv über einen möglichen Auftrag, den möglicherweise der Bundessicherheitsrat möglicherweise auf Antrag der Lürssen Werft beschlossen hat, kann man nach meiner Auffassung hier so nicht führen.

Ich will, weil Sie in Ihrer Presseerklärung, die ja wesentlich aussagekräftiger als der Antrag ist, gesagt haben, dass die Herren des Senats die Herren Waffenschieber hofieren würden, Ihnen auch dazu etwas deutlich sagen: Lürssen macht nichts Illegales, und ich finde die Art und Weise, ein Unternehmen, das nichts Illegales macht, als Waffenschieber zu diffamieren und den Eindruck zu erwecken, der Senat mache indirekt etwas Illegales, weil er "Waffenschieber hofiert", ebenso diffamierend wie andere Teile dessen, was Sie hier vorgetragen haben.

Wenn wir eine ernsthafte Diskussion führen wollen, Frau Abgeordnete Vogt, dann können wir das ja noch einmal versuchen, aber auf der Grundlage, wie Sie das hier gemacht haben, geht das nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU) **Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Senator, Sie machen es sich hier ein bisschen zu einfach! Sie können sich hier nicht hinter dem Konjunktiv verstecken und so tun, als ob wir eine Geisterdebatte führen. Ich erwarte, wir erwarten als CDU-Fraktion, dass der Senat sich eine Meinung bildet und den Menschen in dieser Stadt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Lürssen, dem Unternehmen Lürssen seine Meinung, seine Einschätzung, egal ob der Deal am Ende schon zustande gekommen ist oder ob er sich noch in der Handlungsphase befindet, wie der Senat darüber denkt, äußert.

Ehrlicherweise kann ich den Parlamentspräsidenten sehr gut verstehen, der genau diese Frage, warum der Senat hierzu keine Meinung hat, aufwirft. Ich finde, man kann nicht nur industriepolitische Sonntagsreden halten, sondern man muss dann einmal, auch wenn es vielleicht ein bisschen eng wird, eine klare Position vertreten. Das erwarten wir vom Senat in dieser nicht ganz unwichtigen entscheidenden Frage industriepolitischer Ausprägung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Röwekamp [CDU]: Bei Bürgerschaftspräsidenten übrigens auch!)

Vor diesem Hintergrund halten wir die Hinweise, warum Sie unserem Antrag nicht zustimmen können oder wollen, letztendlich für an den Haaren herbeigezogen, denn wir haben gerade eben schon gesehen, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass sich dieses Haus – ob der Landtag oder die Stadtbürgerschaft – mit solchen Einzelfragen, auch mit solchen Fragen von einzelnen Unternehmen beschäftigt.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Den Antrag haben wir auch nicht beschlossen!)

Ich bin der Auffassung – machen Sie sich einmal keine allzu großen Sorgen und Gedanken, mit welcher Wirkung das, was wir hier niederschreiben, gesehen wird –, wir werden mit diesem Antrag der Situation, in der sich im Augenblick die Diskussionslage befindet, sehr gerecht und finden auch, dass dieses Parlament diesem Antrag zustimmen kann.

Eines habe ich noch vergessen, wir beantragen namentliche Abstimmung. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

(A) (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Es wäre vielleicht schön, wenn Herr Weber an der Debatte auch teilnehmen würde!)

> **Senator Günthner***): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stöckchen, Herr Kastendiek, ist ein bisschen billig, das Sie versucht haben, hier hinzuhalten.

> > (Zuruf von der CDU: Stock ist Stock!)

Stock ist Stock, da spricht der Stockexperte, da haben Sie recht! Trotzdem ist das Stöckchen ein bisschen billig, weil Sie den Versuch machen, so zu tun, als müsste man sich hier zu irgendetwas bekennen, ob man für Kriegsschiffe oder gegen Kriegsschiffe ist. Dieses Haus entscheidet darüber nicht, der Bundessicherheitsrat entscheidet darüber. Der Bundessicherheitsrat entscheidet darüber auf der Grundlage – –.

(Unruhe bei der CDU)

Ich habe immer das Gefühl, wenn ich Ihnen etwas sage, hört mir Frau Vogt nicht zu, wenn ich Frau Vogt etwas sage, hören Sie nicht zu!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich habe gerade eben deutlich gemacht, auf welcher Grundlage man sich mit diesem Thema beschäftigen kann und auf welcher rechtlichen Grundlage sich mit diesem Thema beschäftigt wird. Dann mag es ja so sein, dass der eine oder andere - und das ist ja in der Debatte deutlich geworden - dazu eine Meinung hat. Das Spiel aber, es muss hier jetzt neuerdings jeder bei jedem Auftrag, den ein bremisches Unternehmen, egal in welchem Bereich, bekommt, Bekenntnis ablegen darüber, ob ich den Auftrag persönlich gut finde oder nicht so gut, ob ich ihn halbgut finde oder ob ich mir vielleicht wünschen würde, dass er mit etwas - -. Ich finde, die Debatte ist allen Ernstes nicht ernsthaft, sie ist lächerlich, und deswegen ist es auch richtig, das entsprechend zurückzuweisen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Wäre ja noch schöner, wenn der Senat eine Meinung hätte!)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Hier ist namentliche Abstimmung beantragt.

Wer zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/772 seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Namen auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Es wurden 73 Stimmen abgegeben, auf den Antrag entfielen 4 Jastimmen, es gab 69 Neinstimmen, keine Stimmenthaltung.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt.

Wer zu dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/782 seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden.

Ich rufe die Namen auf.

(D)

(C)

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis bekannt: Es wurden 73 Stimmen abgegeben, 19 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt und 54 mit Nein, es gibt keine Stimmenthaltungen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab. $\,$

Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer bei den Zuwendungsempfängern stoppen – wichtige soziale Leistungen sichern!

> Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. Februar 2013 (Drucksache 18/778)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Strehl. Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen darü-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ber diskutiert, Kriterien für gute Arbeit in die Wirtschaftsförderung einzupflegen. Ich habe sehr aufmerksam der Schlusspredigt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gelauscht, und der Bremer Senat ist dafür, dass die Menschen vernünftig bezahlt werden, gesicherte Arbeitsplätze und keinen unzulässigen Stress haben und dass es ein vernünftiges Vergabegesetz gibt. Bremen ist stolz auf sein Mindestlohngesetz

Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir meinen, in der jetzigen Phase, in der die Eckpunkte des Haushalts diskutiert werden, sollten wir ein Signal an den Senat schicken, dass wir es nicht besonders gut finden, dass Kriterien für gute Arbeit in vielen Fällen bei Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern einfach nicht mehr zutreffen. Wir haben in diesem Zusammenhang bewusst den Begriff Ausbeutung gewählt, auch wenn man uns da gleich wieder Klassenkampfrhetorik unterstellt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn es wenigstens marxistisch wäre, aber das ist es ja nicht einmal!)

Meiner Meinung nach ist es nicht dann Ausbeutung, wenn Menschen bei schlechtem Licht und schlechter Luft in irgendwelchen Höhlen, mit Lendenschurz bekleidet, ausgepeitscht werden und da irgendetwas herausholen müssen, sondern es ist dann Ausbeutung, wenn sich jemand den Mehrwert einer Arbeit auf unzulässige Weise aneignet und dafür noch ein schlechter Lohn gezahlt wird. Deswegen finden wir, das muss sich ändern. Diese Form von Ausbeutung, von sehr viel Engagement und sehr viel Einsatz der sehr vielen Halbehrenamtlichen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter immer schlechter werdenden Bedingungen muss man ablösen durch gute Arbeit bei Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern.

(B)

Wir sind mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert. Wir haben uns mit verschiedenen Verbänden unterhalten, wo das Problem liegt. Wir haben es mit mindestens fünf verschiedenen Problemlagen zu tun, die man im Haushalt berücksichtigen muss.

Erstens, es gibt die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger, die in der Vergangenheit keine oder nur sehr unzulängliche Erhöhungen ihrer Zuwendungen erfahren durften. Dabei kommt es zu der sogenannten kalten Kürzung, die Inflationsrate kann nicht ausgeglichen werden. Wir wissen alle, dass die Energiekosten sehr stark gestiegen sind, und viele Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger haben Schwierigkeiten, das auszugleichen. Das heißt, wenn die Haushaltsansätze für Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger, wie angekündigt, nicht erhöht werden, haben wir möglicherweise bei denen, die schon lange keine Erhöhung mehr hatten, das Problem dieser kalten Kürzung.

Zweitens, es wurde gesagt und erschien auch in der Presse, dass ungefähr 1,4 Millionen Euro gebraucht werden, um den Anspruch auf Mindestlohn bei Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern umzusetzen. Wir finden, dass diese 1,4 oder 1,5 Millionen Euro in den nächsten Haushalt gehören, damit man das dort auch umsetzen kann.

Drittens, wir wissen auch, dass viele Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, unterhalb ihrer Qualifikation bezahlt werden. Auch das muss aufhören, Menschen müssen ihrer Qualifikation entsprechend bezahlt werden. Es gibt das sogenannte Besserstellungsverbot, aber unglücklicherweise gibt es kein Schlechterstellungsverbot, das heißt, die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger dürfen gegenüber Menschen, die in der öffentlichen Verwaltung für dieselbe Arbeit mehr bekommen, deutlich schlechtergestellt werden stellen. Auch das muss aufhören, deswegen muss auch diese Frage der qualifikationsgerechten Bezahlung auf die Tagesordnung.

Viertens, wir haben schon über das Jugendanpassungskonzept gesprochen, ich will das jetzt nicht wiederholen. Zu dem Zeitpunkt, zu dem wir es geschrieben haben, war das noch nicht Thema der Aktuellen Stunde, daher finden wir, man muss jetzt auch da handeln.

Last, but not least müssen wir davon ausgehen, dass insbesondere für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen EU-Mittel in den nächsten Jahren weiter sinken. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass es in den Eckpunkten berücksichtigt werden muss und man einen Ausgleich aus Landesmitteln vornimmt.

Es wird möglicherweise diskutiert, wir hätten doch jetzt gefälligst warten können, bis der Haushaltsentwurf auf dem Tisch liegt. Ich habe die Erfahrung gemacht, es ist ein bisschen egal, wie wir es machen. Wenn wir es zu einem späteren Zeitpunkt gemacht haben, habe ich oft den Vorwurf gehört: Hätten Sie vorher etwas gesagt, als die Eckwerte festgelegt worden sind! Wenn wir es vor der Festlegung der Eckwerte einbringen, wird immer gesagt: Warten Sie doch einmal ab, bis wir den Haushalt aufstellen! Ich gehe dieses Mal das Risiko ein, dass man mir sagt: Warten Sie einmal ab, das bekommen wir schon hin, das wird schon alles gutgehen, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, wir haben das im Blick!

Ich möchte gern an dieser Stelle dokumentieren, dass wir es sehr richtig finden, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt, weil die Probleme jetzt auch gären, den Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern in Bremen ein Zeichen setzen, indem wir sagen, wir haben ihre Probleme erkannt, und wir wollen zukünftig auch gute Arbeit für sie. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(A) Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Rede in Kurzfassung: Der Antrag der LINKEN auf eine allgemeine Anhebung aller Zuwendungen, und dann noch einige besonders, ist zum Teil schon in den letzten Tagen verhandelt worden, und er ist abgelehnt worden. Er ist in dieser Allgemeinheit tatsächlich falsch, und ja, Herr Rupp, er kommt tatsächlich zur falschen Zeit, denn wenn der Senat den Haushaltsentwurf vorgelegt hat, dann können wir im Detail darüber diskutieren, wo wir der Auffassung sind, dass die Zuwendungen zu niedrig oder die Erwartungen an den Empfänger für diese Zuwendungen zu hoch sind, und dann kann die Auseinandersetzung stattfinden. So ist es einfach sehr allgemein, und das sind die wesentlichen Gründe, warum wir diesem Antrag heute nicht zustimmen werden.

Ich will aber doch ein bisschen mehr auf die Begleitmusik eingehen, auf die es Ihnen offensichtlich vor allem ankommt. Ich habe das Argument, das Sie vortragen, so gelesen: Der Staat habe in Bremen seine ureigensten Aufgaben privatisiert – so schreiben Sie –, um die privaten Auftragnehmer zu schikanieren, zu knebeln und die Leistung dann günstiger bekommen zu können, sie in eine ruinöse Rabattschlacht – so sagen Sie – zu schicken, und diese Schlacht werde dann natürlich mit Lohndumping geführt, und so komme es flächendeckend zu katastrophalen Lohnund Arbeitsverhältnissen. Ich muss gestehen, dass diese Theorie einfach fern der Realität und für mich absurd ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Der erste Punkt ist, die übergroße Mehrheit der Menschen, die bei Unternehmen und Institutionen arbeiten, die Zuwendungen erhalten – und das sind viele –, leistet nicht nur gute und anerkannte Arbeit, sondern wird dafür auch ordentlich bezahlt und entlohnt. Es gibt in der Tat prekäre Verhältnisse, es gibt hier unbefriedigende Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und es gibt auch bei einigen Zuwendungsempfängern gegenwärtig Definitionen von Leistung und Entgelt, die neu verhandelt werden müssen. Ja, dagegen wehren sich die Träger, sie treten in Verhandlungen, aber niemand, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, ist in Deutschland gezwungen, wie Sie in Ihrem Antrag behaupten, Löhne unter 8,50 Euro zu zahlen!

Sie schreiben in Ihrem Antrag, notgedrungen würden diese Träger weniger als 8,50 Euro zahlen. Das ist einfach dummes Zeug, und Sie überholen damit noch die dümmsten Argumente der Gegner von gesetzlichem Mindestlohn, dass sie das nicht könnten, dass das nicht ginge. Das ist in Deutschland nicht der Fall, sie können es! Wir als Staat können es, obwohl wir das ärmste Bundesland sind, diese Träger können es, auch jeder Wohlfahrtsverband kann es, man

muss dann allerdings andere Prioritäten setzen beim Gehaltsgefüge bis in die Vorstände hinein und auch bei anderen Dingen. Man muss sich anstrengen, auch Dinge zu verändern, wie wir das auch von der öffentlichen Verwaltung fordern und es auch bei der Einführung des Mindestlohns im staatlichen Bereich tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens würde ich gern etwas zu dem fundamentalen Missverständnis über staatliche und öffentliche Aufgabenwahrnehmung sagen, das Sie in Ihrer Abhandlung offenbaren. Sie behaupten, die Aufgaben, die heute die Zuwendungsempfänger erledigen, seien eigentlich staatliche Aufgaben, die zur Verbilligung irgendwann einmal privatisiert worden seien.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist abenteuerlich!)

Wenn ich einmal den letzten Zuwendungsbericht nehme – ich habe ihn hier, ich habe ihn mir noch einmal durchgesehen –, allein der Buchstabe A! Wer bekommt denn die Zuwendungen? Die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände wie ASB, AWO, Deutsches Rotes Kreuz für viele Betreuungsangebote, Bürgerhäuser, Fördervereine von Schulelternschaften, Sportvereine, Kulturinitiativen, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen!

Der Zuwendungsbericht sagt zusammenfassend: "Mit dem Instrument der Zuwendungen wird die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Träger außerhalb der öffentlichen Verwaltung gefördert." Öffentliche Aufgaben, das ist der entscheidende Punkt! Das sind Aufgaben des Gemeinwohls und für die Allgemeinheit, aber von Organisationen und Initiativen der Gesellschaft erbracht, und dafür bekommen sie ergänzende Hilfe des Staates.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind auch nicht privatisiert worden im Übrigen! Zivilgesellschaft nennt man so etwas!)

Die Sportvereine und Beratungsstellen zum Beispiel arbeiten doch nicht im Auftrag des Staates, so wie Sie das hier wörtlich schreiben. Das ist einfach Unsinn, sie arbeiten in Verfolgung ihrer Ziele und erhalten insoweit staatliche Gelder, als diese Ziele dem Gemeinwohl dienen. Deswegen gilt hier der Grundsatz der Subsidiarität, und das ist auch richtig so: Erst die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Organisationen und dann erst am Ende der Staat, wenn es nicht anders geht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist genau das Gegenteil von Privatisierung. Es ist nur so, dass Sie das in Ihrem Staatsverständnis nicht

(D)

(A) begreifen und irgendwie davon ausgehen, dass der Staat alles sei, das ist aber nicht der Fall. Deswegen ist die Übernahme solcher Aufgaben zunächst auch allein die Entscheidung der Träger selbst.

Die Ausgestaltung der Vertragsbedingungen über die Zuwendungen und auch über die Leistungen, die man dafür bekommt, ist Verhandlungssache, dies ist schon klar. Dafür gibt es Konflikte, was wir jetzt gerade beim Tierheim haben studieren können. Es gibt dort Aushandlungsprozesse, es gibt auch Korrekturen, wenn sie notwendig sind. An diesen Verhandlungen sind auch wir als Haushaltsgesetzgeber am Ende beteiligt. Unsere grüne Leitlinie dabei war und ist, dass wir den Kurs der Sparsamkeit, den wir im Kernhaushalt und bei der Kernverwaltung verfolgen, insgesamt auch bei den Zuwendungen fahren müssen, alles andere wäre nicht gerecht.

Wir können nicht – ich habe dies auch bei der Debatte über die Beamten und die Besoldung gesagt – in dem einen Bereich erwarten, dass wir weniger ausgeben, und bei dem anderen nicht, sondern wir müssen dies schon gemeinsam machen. Genauso ist die Entwicklung der Ausgaben auch bei den Zuwendungen. Es hat geringe Zuwächse gegeben, und dabei muss es auch bleiben. Die Details, wie wir das dann aufteilen und wer was bekommt, zu entscheiden, ist nach Vorgabe und nach Vorbereitung der Behörden unsere Aufgabe in den jeweiligen Haushaltsberatungen. Das ist dann auch der Ort, um im Detail darüber zu diskutieren, dahin gehören diese Beratungen.

Heute werden wir dem in dieser allgemeinen Form auf gar keinen Fall zustimmen. – Danke schön!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. **Reinken** (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Antrag ablehnen! Wir haben uns bei der internen Debatte, wie wir den Antrag behandeln, überlegt, was das für ein Antrag jetzt eigentlich ist. Ist das ein Haushaltsantrag? Ist das ein Antrag zur Neuorientierung der Sozialpolitik? Ist das ein Antrag zur Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik? Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, dass ich etwas dazu sage.

Der Antrag ist in seiner Begründung ein Sammelsurium, erstens von Polemik, zweitens von Undifferenziertheit, drittens von Übertreibungen, die ich für unzulässig halte, und viertens von völlig unterschiedlichen Arbeitsfeldern, im Übrigen auch in einer Sprache und einer Beschreibung der Ausgangspunkte, die den tatsächlichen Fragestellungen überhaupt nicht gerecht werden. Sie packen das Landesmindestlohngesetz, die Ein-Euro-Jobs, die arbeitsmarkpolitischen

Maßnahmen, die Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich bei einigen Trägern, die Jugendarbeit und den Europäischen Sozialfonds in einen Topf, rühren ihn einmal rechtsherum und einmal linksherum und sagen, mehr Geld auf den Tisch. Das ist die klassische Argumentation, die dabei herauskommt, wenn man sich den Themen nicht differenziert nähert, und zwar so differenziert, wie es nötig ist.

Aus meiner Sicht ist dies kein verantwortlicher Umgang weder gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch bei denjenigen, die Zuwendungen empfangen, noch bei denjenigen Institutionen, die Leistungen erbringen, noch ist es ein verantwortlicher Umgang mit dem Haushalt. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ihr Antrag tut so, als ob es um die praktische Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von freien Trägern geht, die im Bereich der Arbeitsmarktpolitik unterwegs sind. Dazu will ich nur sagen, diesen Hinweis brauchen wir nicht. Wir sind solidarisch. Wir wissen, was für Leistungen in diesen Bereichen erbracht werden. Wir wissen auch -Kollege Herr Dr. Kuhn hat eben darauf hingewiesen -, dass es eine ganze Reihe von Bereichen gibt, in denen schwierige Verhältnisse herrschen, mit denen man sich beschäftigen muss. Wir wissen auch, welcher Wettbewerb zum Teil unter Trägern herrscht. Aber ist deswegen jeder freie Träger ein Ausbeuter? Bieten sie alle nur eine armselige Entlohnung, oder ist deswegen überall die Bezahlung nicht der Qualifikation entsprechend? Das wird man doch nicht ernsthaft unterstellen können.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Das hat auch niemand behauptet!)

Das ist die Begründung Ihres Antrags!

Gibt es einen Zwang dazu, das Landesmindestlohngesetz zu unterschreiten? Wir haben dazu deutliche Ausführungen gemacht. Wir haben dazu gesagt, wir stehen für die Einhaltung des Landesmindestlohngesetzes bei den Zuwendungsempfängern. Mir muss einer einmal den Zuwendungsempfänger zeigen, der gegenwärtig gezwungen ist, das Landesmindestlohngesetz zu unterschreiten.

Mit den Ein-Euro-Jobs als letztes Stadium der Ausbeutung: Bei nächster Gelegenheit beschwert man sich wieder, dass dieses letzte Stadium der Ausbeutung nicht in ausreichendem Umfang in Bremen dargestellt wird. Das ist doch eine völlig undifferenzierte und unzulässige Beschreibung der Situation.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(A) Wir haben doch gerade deswegen als Koalition das Landesmindestlohngesetz verabschiedet, zum Beispiel um in einigen Punkten gerade Linien zu ziehen. Wir stehen dafür, dass dieses Landesmindestlohngesetz eingehalten wird, und zwar überall dort, wo Bremen seinen Einfluss ausüben kann, im Land, in der Stadt, aber auch auf der Beiratsebene, überall dort, wo etwas passiert. Wir stehen in der Tat dafür, dass sozialer Ausgleich, Bildung und Jugend Schwerpunkte unserer Bemühungen in der Koalition sind. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir dies auch in den Koalitionsberatungen, die vor uns stehen, zur Aufstellung des Haushaltes berücksichtigen werden, das ist gar keine Frage.

Wir sehen problematische Entwicklungen. Wir wissen und akzeptieren auch, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Bereichen das Recht auf gute Arbeit haben. Lob und Anerkennung allein reichen nicht, völlig klar, die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Wir sagen aber auch deutlich, wir werden Aufgaben und Ziele kritisch hinterfragen und dort sehr genau darauf schauen müssen, ob es passt oder nicht passt oder welche Änderungen wir dort vornehmen müssen.

Eine pauschale Beschlussfassung, wie von Ihnen gefordert, ersetzt keine differenzierte Betrachtung. Es wird eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Bereich geben, das ist doch sowieso klar, und das wird Gegenstand weiterer Debatten sein. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Ich kann mich den Aussagen des Kollegen Herrn Dr. Kuhn weitestgehend anschließen, der deutlich gemacht hat, was man von diesem Antrag halten kann, nämlich gar nichts. Er ist undifferenziert, er kommt ehrlicherweise zu einer Unzeit, weil er natürlich in seiner Allgemeinheit haushaltspolitische Ansätze formuliert und fordert, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht hierhergehören. Dafür haben wir ein Haushaltsaufstellungsverfahren, das ist sauber. Auch wenn Sie vielleicht ein bisschen ungeduldig sind, ich weiß nicht, für welche Debattenlage Sie das in Ihrer Klientel und in Ihren Kreisen benötigen, dennoch muss man nicht über jeden Stock springen.

An einer Stelle, das hat man eben gerade auch gemerkt, haben Sie schon ein bisschen Recht, dies will ich zumindest eingestehen, nämlich die in sich nicht schlüssige Argumentation, einen Mindestlohn zu fordern und gesetzlich zu verankern und dann bei den freien Trägern, die damit entsprechend ausgestattet werden müssen, dies nicht konsequent umzusetzen. Sie haben bei der Koalition also schon einen wunden Punkt gefunden, gleichwohl ist das nicht die Rechtfertigung für diesen Antrag und für eine Zustimmung. Wir lehnen ihn ab! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile sind die Debattenbeiträge zu Anträgen, die wir stellen und die unangenehm sind, immer dieselben. Sie sind wechselweise zu allgemein oder zu speziell. Ich will einmal begründen, warum wir zu dem Schluss gekommen sind, nur um es klarzustellen. Wenn wir an manchen Stellen sagen, wir wollen bestimmte Verhältnisse in diesem Bereich ändern, meinen wir nicht, dass es überall schlecht ist, sondern wir müssen es dort verbessern, wo es schlecht ist.

Es wurde gesagt, es wäre alles zu allgemein. Wir haben mindestens sechs Kriterien aufgezählt, auf die wir unserer Meinung nach schauen müssen. Erstens, wenn die Wohlfahrtsverbände sagen, um das Bremer Mindestlohngesetz einzuhalten, brauchen wir ungefähr 1,4 Millionen Euro mehr als vor einem Jahr,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann glauben Sie das sofort!)

dann heißt dies umgekehrt, sie können mit den derzeitigen Mitteln keinen Mindestlohn bezahlen. Das ist also Mengenlehre.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist so etwas von naiv!)

Wenn man eine begrenzte Menge Geld hat und sagt, wenn wir allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 8,50 Euro bezahlen müssen, brauchen wir 1,4 Millionen Euro mehr, bedeutet das nahezu automatisch, dass man jetzt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, die keine 8,50 Euro bekommen. Ist dies so schwer zu verstehen?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Das erkläre ich aber gleich!)

Man kann vielleicht einmal versuchen zu erklären, welche Form von Mathematik dabei anzuwenden ist, dass Träger, die 1,4 Millionen Euro mehr brauchen, um den Mindestlohn einzuhalten, dennoch Mindest(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) lohn bezahlen. Das muss man mir erklären. Vielleicht ist das auch nicht überall der Fall, aber wir wissen, dass es in noch vielen Fällen ein Problem ist, insbesondere für Altverträge. Deswegen haben wir in dem ersten Punkt gesagt, wir müssen dies lösen.

Als zweiten Punkt haben wir gesagt, es werden Menschen unterhalb ihrer Qualifikation bezahlt. Wir haben also eine ganze Reihe von Kriterien aufgestellt, bei denen wir finden, dass wir uns ausgesprochen differenziert mit der unterschiedlichen Landschaft von Trägern und mit den unterschiedlichen Problemen auseinandergesetzt haben.

Mir zu unterstellen, wir würden hier die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diffamieren, oder mir zu unterstellen, wir würden alle diese Einrichtungen als Ausbeuter bezeichnen, ist natürlich eine vollständig unzulässige Umkehr der Argumentation. Wir haben nur gesagt, dort, wo unserer Meinung nach echte Probleme sind, müssen wir sie lösen. Diese Probleme sind so groß, dass sie in den Bereich der ausbeuterischen Verhältnisse gehen, und das klagen wir an.

Wir wissen auch, dass ganz bewusst öffentliche Aufgaben ausgelagert sind. Ich kann mich an Debatten genau mit dem Argument erinnern, dass diese Menschen bestimmte Aufgaben günstiger machen können. Fakt ist, dass die Zuwendungsempfänger, auch die Sportvereine und viele andere, in den letzten Jahren nicht ausreichend Geld bekommen haben. Dieser Automatismus hat System. Es ist so gewollt, dass immer mehr Menschen für immer weniger Geld immer mehr arbeiten müssen. Das ist sozusagen ein Teil dieses Konsolidierungskurses, das ist ein Teil des sogenannten Sanierungskurses, deswegen klagen wir es an. Deswegen finden wir es richtig, diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt einzubringen, an dem wir über Eckwerte diskutieren.

(B)

Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden mindestens zwei oder drei weitere falsche Zeitpunkte wählen, zu denen wir dann mit konkreten und detaillierten Anträgen kommen! Sie werden sie alle auch wieder ablehnen, und Sie werden nicht ein einziges Problem lösen. Meines Erachtens wird es auf lange Zeit in Bremen für viele Bereiche der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger keine gute Arbeit geben, wenn man nicht handelt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich auf den Satz bezogen: "Die Unterschreitung der Mindestlohngrenzen ist bei den freien Trägern für die Entlohnung einfacher Tätigkeiten notgedrungen verbrei-

tet." Das ist das, was Sie hier eben noch einmal bestätigt haben.

Sie behaupten, wenn ein Unternehmen – und es handelt sich ja gerade bei den freien Trägern um Unternehmen – jetzt die Mindestlohngrenze unterschreitet, dann ist es dazu gezwungen. Dies unterscheidet sich in gar keiner Weise von den billigsten Argumenten der Unternehmensverbände, die behaupten, der gesetzliche Mindestlohn sei in Deutschland nicht machbar, weil er nicht bezahlbar sei, weil sie dann zahlungsunfähig werden, weil sie die Aufgaben und die Arbeit nicht erledigen können und so weiter. Das ist das gleiche Argument.

Erst einmal sind solche Unternehmen auch so bekannt --.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Aber die sind doch nicht am freien Markt tätig!)

Nein? Also nicht am freien Markt tätig? Ich glaube, Sie kennen sich nicht ganz so aus, wie das ist dem freien Markt im Bereich der Wohlfahrtspflege ist. Das ist ein ziemlich großer Markt, und hoffentlich ist er einigermaßen frei, obwohl er auch Regeln unterliegt. Richtig ist also, dass wir nicht einfach nur den freien Markt haben, richtig ist, dass sie verhandeln, richtig ist ebenso, dass diese Unternehmen genau wie jedes andere Unternehmen auch die Möglichkeit haben, innerhalb seines Unternehmens strukturelle Veränderungen vorzunehmen, Gewichte anders zu legen, Kosten anders aufzuteilen, ich sage es noch einmal, bis hin zu den Bezügen von Vorständen kann man dort Veränderungen vornehmen.

Warum Sie sie einfach mit dem Hinweis aus der Pflicht lassen, wir geben denen nicht genug Geld, und deswegen müssen sie die Untergrenze unterschreiten, dagegen habe ich mich verwahrt, denn es ist vollkommen falsch, und es geht auch nicht, diese Unternehmen aus der Pflicht zu lassen. Wir werden mit vielen reden müssen, das ist auch völlig klar. Wir werden selbst Entscheidungen treffen müssen. Wir machen das auf der Grundlinie, dass wir die Ausgaben auch im Zuwendungsbereich ungefähr ähnlich halten wollen und nur einen kleinen Anstieg haben können. Innerhalb dieser Linie werden wir Schwerpunkte setzen müssen.

Ich sage noch einmal, was Sie behaupten, auch wenn Sie es von sich gewiesen haben, es steht hier als Überschrift "Die gewollte Ausbeutung der Arbeitenden bei den freien Trägern". Es ist doch nichts anderes als eine pauschale Behauptung, dass bei den freien Trägern die Arbeiter ausgebeutet werden. Entschuldigung, das habe ich nicht geschrieben, dass haben Sie geschrieben, und wenn man Sie einmal beim Wort nimmt, dann müssen Sie sich das schon gefallen lassen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

 (A) Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Strehl.

Staatsrat Strehl: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir gerade überlegt, dass man ja eigentlich Herrn Rupp auch etwas Gutes tun müsste, weil er ja Geburtstag hat.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, hätte ich auch gern gemacht!)

Ich glaube, dieser Antrag kommt zur falschen Zeit, das ist aber nicht schlimm. Ich glaube, schwieriger ist der Inhalt dieses Antrags in der Allgemeinheit, wie er vorgetragen wurde. Ich will für den Senat ausdrücklich zurückweisen, dass der Senat die Ausbeutung unterstützen will. Es ist ziemlich eindeutig so, dass es nicht so ist, vor allem dann, wenn man sich den Zuwendungsbericht anschaut und sieht, dass dort nicht drastisch gekürzt worden ist, wie es hier vielleicht auch in einem Haushaltsnotlageland denkbar wäre, sondern dass bei den meisten Zuwendungen die Mittel durchaus noch erhöht worden sind.

Ich glaube, es ist auch falsch zu sagen – und ich will das hier noch einmal ausdrücklich sagen –, dass bei der Einführung des Landesmindestlohngesetzes jetzt die Zuwendungsempfänger einfach nur noch zu uns kommen und sagen müssen, wir müssen jetzt nach Tarif bezahlen, bitte gebt uns mehr Geld. Es gibt auch dort eine Verantwortung der Vorstände und der Mitarbeiter, sich an dieses Gesetz zu halten. Ich will das nicht als Drohung verstanden wissen, aber ich will auch klar sagen, dass wir sehr ernsthaft beobachten, wer sich nicht an diese Regeln hält. Das machen die Ressorts, das machen wir. Ich glaube auch, es ist ein wichtiger Aspekt bei dieser Diskussion, dass sich auch Zuwendungsempfänger insgesamt an dieses Gesetz halten.

Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass es offensichtlich Diskussionen bei den Verbänden gibt, die darauf hinweisen, dass wir den Mindestlohn nicht umsetzen können. Ich möchte Sie herzlich bitten, wenn Sie die Diskussion führen, verweisen Sie bitte ausdrücklich auf das Landesmindestlohngesetz und auch auf die Möglichkeiten, das umzusetzen. Ich glaube, es wäre richtig schädlich, wenn eine ähnliche Diskussion entstehen würde, wie das bei der Bürgerpark-Tombola schon einmal geschehen ist. Ich glaube, dass der Senat, die Senatoren und ihre Ressorts sich jetzt in aller Ruhe die einzelnen Zuwendungen anschauen werden.

Wir haben uns vorhin im Haushalts- und Finanzausschuss auch noch einmal die Zeitplanung für den Haushalt der Jahre 2014/2015 angeschaut, wann er Ihnen zur Abstimmung vorgelegt werden wird. Sie haben dann natürlich die Möglichkeit, Verbesserungsund Änderungsvorschläge zu machen.

Ich will aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir selbst in der Verwaltung natürlich auch weiter sparen müssen und sparen wollen. Ich denke, man kann auch in den Strukturen bei größeren Verbänden, aber auch bei kleineren erwarten, dass das umgesetzt wird. Insofern würden wir uns freuen, wenn dieser Antrag nicht angenommen werden würde. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/778 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(D)

(C)

Mieterhöhungen begrenzen – unsoziale Mietrechtsverschärfung stoppen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 14. Februar 2013 (Drucksache 18/780)

Wir verbinden hiermit:

Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mietern und Mieterinnen umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 20. Februar 2013 (Drucksache 18/790)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Golasowski.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/ Die Grünen)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Mietrechtsnovelle ist vor der Mietrechtsnovelle! Das von der schwarz-gelben Merkel-Regierungsko-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) alition kürzlich beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz trägt seinem Namen in keiner Weise Rechnung. Es benachteiligt Mieterinnen und Mieter und lässt drängende Probleme ungelöst.

Bremen ist eine Stadt mit einem vergleichsweise moderaten Mietniveau, dies zeigen die Daten im bundesweiten Vergleich eindeutig auf. Allerdings ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass in Bremen die Mieten kräftig ansteigen und vermutlich weiter ansteigen werden, und zwar vor allem in den beliebten und innenstadtnahen Stadtteilen und Quartieren, zum Beispiel in der Neustadt, in Walle, in Findorff und in Peterswerder.

Der innenstädtische Wohnraum verknappt sich, weil die Menschen heute auf immer mehr Wohnfläche wohnen, insbesondere aufgrund von mehr Single-Haushalten. Menschen aus dem Umland ziehen zurück in die Städte, und hinzu kommt, dass es als Folge der Finanzkrise und der demografischen Entwicklung einen immer stärkeren Drang zur Eigentumsbildung gibt.

Generell gab es in den vergangenen Jahren in Bremen zu wenige Neubauten, und es wurde kein sozialer Wohnungsbau betrieben. Wenn überhaupt Neubauten entstanden, dann fast ausschließlich im gehobenen Marktsegment, und das alles führt zu einem Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt. Es folgt daraus, dass es sich Bürgerinnen und Bürger mit mittlerem und geringem Einkommen nicht mehr leisten können, überall zu wohnen. Das betrifft Studentinnen und Studenten und Auszubildende, Familien, Kreative, einfache Angestellte, alte Menschen, Jungakademiker und Berufseinsteiger. Sie müssen auf billige Wohnquartiere ausweichen, die nicht so beliebt und häufig nicht innenstadtnah sind.

Außerdem kommt es zum Teil zu drastischen Erhöhungen der Miete. Das stellt die Bewohnerinnen und Bewohner vor erhebliche Probleme und führt in letzter Konsequenz dazu, dass sie eine neue Wohnung suchen müssen, die sie aber oft nicht im Quartier oder im Stadtteil finden. Die beschriebenen Effekte können zu einer sozialen Spaltung führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es entstehen Quartiere, in denen überwiegend nur Menschen mit höherem Einkommen leben, wie in Schwachhausen, im Viertel und zunehmend auch in Findorff. Das führt spiegelbildlich dazu, dass sich einkommensärmere Haushalte in anderen Quartieren bündeln. In diesen konzentrieren sich dann soziale Problemlagen wie zum Beispiel geballte Arbeitslosigkeit, und es kann auch zu Gettoisierungen kommen. Wir Grünen wollen aber keine weitere Segregation in der Stadt und in den Stadtteilen, sondern wir wollen eine sozial gut gemischte Stadt, und wir wollen der Gefahr einer drohenden Segregation entgegenwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein Schlüssel, um wieder zu einer stärkeren sozialen Segregation zu kommen, ist ausreichend vorhandener, guter und bezahlbarer Wohnraum. Die rotgrüne Koalition in Bremen hat hierfür ein Wohnraumförderungsprogramm beschlossen. Das ist ein erster und guter Schritt, und die Umsetzung des Baus von sozialem Wohnraum muss nun zügig und konsequent erfolgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wichtig ist, dass wir uns aber immer vor Augen halten, dass es bei den Fragen der Mieten nicht um irgendein Marktprodukt geht, sondern es geht darum, ein Dach über dem Kopf zu haben. Das ist ein Grundrecht, deswegen gibt es bundesgesetzliche Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter. Allerdings weist das Mietrecht erhebliche Lücken auf, die der Bundesgesetzgeber schließen muss. Das jüngst von der schwarz-gelben Merkel-Regierungskoalition verabschiedete Mietrechtsänderungsgesetz schließt diese Lücken nicht, im Gegenteil, es führt zu einer weiteren sozialen Verschärfung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bisher gibt es bei Neuvermietungen keine gesetzliche Regelung zur Begrenzung der Miethöhe. Das bedeutet, dass viele Vermieter bei Wiedervermietung ihrer Wohnung vielfach die Möglichkeit nutzen, die bisherige Miete erheblich zu erhöhen. Dieser Mechanismus führt dazu, dass sich das Mietniveau immer schneller und weiter nach oben bewegt. Besonders stark ist das in Wohngebieten mit hoher Fluktuation zu spüren, wie zum Beispiel dort, wo viele Studentinnen und Studenten und auch Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger leben. Der wichtigste Schlüssel, um die Mietpreisspirale zu durchbrechen, liegt daher darin, endlich eine Miethöchstgrenze bei Neuvermietungen gesetzlich einzuziehen.

Die durch öffentlichen Druck von der schwarzgelben Merkel-Regierungskoalition vorgenommenen Änderungen, die Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen in Bestandverträgen von 20 auf 15 Prozent in drei Jahren abzusenken, ist vor dem Hintergrund der steigenden Mieten in allen deutschen Städten nicht ausreichend. Um das Problem der aus dem Ruder laufenden Mieten zu verlangsamen, ist es unerlässlich, dass bei den Bestandsmieten eine fünfzehnprozentige Kappungsgrenze über mindestens vier Jahre hinweg gültig ist. Das würde zu einer Entschleunigung beitragen.

Bei energetischen Sanierungen von Wohnungen ist es wichtig, dass diese nicht einseitig den Mietern

(B)

(A) angelastet werden. Wir fordern deshalb, dass zukünftig statt elf nur noch neun Prozent der Kosten der Modernisierungsmaßnahmen umgelegt werden dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Durch dieses Maßnahmenbündel zum Schutz der Mieterinnen und Mieter könnte einer drohenden sozialen Spaltung entgegengewirkt werden. Die Mietpreisspirale könnte gebremst werden. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bezahlbares Wohnen, soziales Mietrecht, wie eben von meiner Kollegin Frau Wendland eingeführt worden ist, sind auch die Kernanliegen der Politik unserer sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

In den Ballungszentren in Deutschland und somit auch in den Städten Bremen und Bremerhaven steigen die Mieten. Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Dieser Entwicklung muss etwas entgegengesetzt werden, und zwar mit klaren Rahmenbedingungen. Das Mietrecht hat hierfür eine zentrale Bedeutung. Es geht um die Sicherung der Lebensbedingungen und der Rechte von Mieterinnen und Mietern, die in dem Wohnungsbestand leben. Es geht somit auch um die Kernfrage der Politik unserer Koalition, unserer Partei und unserer Fraktion, nämlich den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.

Heute Abend findet eine weitere Sitzung des Bündnisses für Wohnen statt, zu der der Bürgermeister und der Bausenator eingeladen haben. Hier geht es gerade darum, konkret für die Stadt Bremen eine sozial ausgerichtete Wohnungsbaupolitik mit den Akteurinnen und Akteuren auf dem Wohnungsmarkt, mit den Betroffenen, mit all denen, die auf dem Wohnungsmarkt tätig sind, zu besprechen und zu einem Konsens zu kommen. Das ist für uns als Koalition ein sehr wichtiger Termin. Wir sind der festen Überzeugung, dass es uns gelingt, mit unserem Anliegen, sozial geförderten, bezahlbaren Wohnraum in Bremen und Bremerhaven zu realisieren, einen ganzen Schritt weiterzukommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Mit dem vorliegenden Antrag – und ich möchte betonen, es geht nicht nur um den Neubau, sondern es geht insbesondere auch um die Entwicklung des Mietwohnungsbestands – fordern wir den Senat auf, im Bundesrat die von der Regierung Merkel verschärften unsozialen Ungerechtigkeiten des Mietrechts zu verhindern. Wir fordern den Bremer Senat auch deshalb auf, weil wir mit dem Ergebnis der Landtagswahlen in Niedersachsen veränderte Bedingungen haben. Wir haben eine gestalterische Mehrheit für eine andere Politik auf Bundesratsebene. Ich glaube, das müssen wir nutzen. Wir fordern unseren Senat auf, im Kontext mit anderen Bundesländern konstruktiv einzusteigen und auch schon vor der Bundestagswahl hier politische Akzente zu setzen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Anforderung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht bei den Anforderungen an den Wohnungsmarkt darum: Erstens, bei den Neuvermietungen darf die Miete nicht um mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zweitens, bei den Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden. Damit diese Deckelung den gewünschten Erfolg entfaltet, sollten in die Berechnungen der Vergleichsmiete nicht nur die in den letzten vier Jahren geänderten Bestandsmieten dieses Zeitraums, sondern auch die abgeschlossenen Mietverträge einbezogen werden.

Die Bundesregierung hatte gegen den Widerstand von uns Sozialdemokraten, von den Grünen, von den Mieter- und Sozialverbänden, insbesondere auch von den Städten und Kommunen, auf Bundesebene im Jahr 2011 den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld ersatzlos gestrichen, und zwar mit der Begründung, die Energiekosten seien stark gesunken. Dieses Argument, so haben wir es immer wieder in der Diskussion betont, war damals und ist heute falsch, es trifft vor allem die Einkommensschwachen. Das muss verhindert werden, und hier brauchen wir auch eine Kurskorrektur.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen sind die ständigen steigenden Energiekosten erdrückend und für manche Haushalte kaum noch tragbar. Das neue Wort der Energiearmut macht die Runde. Jetzt macht der CSU-Bauminister, Herr Herrmann aus Bayern, kurz vor der Landtagswahl in seinem Bundesland eine Kehrtwende um 180 Grad. Er schreibt, ich sage einmal, in alter Guttenberg-Manier von Anträgen der SPD und der Grünen auf Bundesebene ab, er fordert jetzt öffentlich die Wiedereinführung der Heizkostenpauschale. Vor Kurzem erst geschehen!

Ich bin aber sehr gespannt darauf, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, wie Sie im Einzelnen zu dieser Frage stehen, auch zur Heiz(D)

(A) kostenpauschale, ob Sie die Position von Herrn Herrmann vertreten oder weiterhin die Position der Bundesregierung. Es wird uns sehr interessieren. Ich kann Sie nur einladen, sich auch mit uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass wir diese Heizkostenpauschale wieder einführen.

Meine Damen und Herren, ich betone für unsere Fraktion: Die Streichung der Heizkostenpauschale wirkt und hat eine reale Wirkung, nämlich die Kürzung des Wohngelds. Sie bewirkt ganz konkret eine Kürzung des Wohngelds, und dies muss verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige wohnungsbau- und auch sozialpolitische Forderung.

Darüber hinaus haben wir in unserem Antrag wichtige Fragen der energetischen Gebäudesanierung angesprochen. Wir wollen, dass die Gebäudesanierung verlässlich gefördert wird, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Darüber hinaus müssen die Interessen der Beteiligten austariert werden. Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Explosion der Mieten führen, die Mieten müssen auch weiterhin bezahlbar sein. Das ist, glaube ich, eine sehr wichtige Frage – auch wenn wir das in der ganzen Fachdiskussion jetzt diskutieren –, die Mieten müssen weiterhin bezahlbar sein, und auch die Fragen der Energiewende müssen für alle tragbar und leistbar sein.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Die Förderung der energetischen Sanierung muss so ausgerichtet sein, dass mit einem möglichst geringen Aufwand eine große Energieeinsparung erreicht wird, die möglichst vielen Mieterinnen und Mietern und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern zugutekommt

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt zu dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion kommen! Wenn es irgendwie eine begrüßenswerte Regelung der Mietrechtsnovelle der Bundesregierung gibt, die ja schon angesprochen worden ist, dann ist es so, dass den Kommunen ein erstes zaghaftes Interventionsrecht gegen die Zunahme prekärer Mietsituationen in bestimmten Wohngebieten eingeräumt wird.

Die CDU weist in ihrem Antrag zu Recht darauf hin, dass es zunächst auch hier noch eine gesetzliche Grundlage auf Bundesebene geben muss. Das kann aber nur für uns, so sehen wir es, ein Zwischenschritt sein. Wir werden aber diesen Antrag der CDU unterstützen und bitten Sie auch, zu den anderen Fragen aus unserem Antrag hier im Einzelnen noch einmal Stellung zu nehmen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, gemeinsam mit uns für alle Facetten und Forderungsbereiche für einen sozial geförderten Wohnungsbau

und für eine Verbesserung des Mietrechts einzutreten. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Anfang sagen, diese Änderung des Mietrechts, die die rotschwarze, Unsinn, die schwarz-gelbe – –.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Unterschiede waren nicht immer so groß! In dem Fall schon, aber nicht immer!

Die Änderung des Mietrechts, die die CDU und die FDP jetzt durchgesetzt haben, ist in Wahrheit eigentlich ein Angriff auf die Rechte der Mieter. Man kann es sehr deutlich sehen, ich finde es immer sehr interessant, wenn man sich die Dinge noch einmal genau anschaut: Dieses Gesetz zur Änderung des Mietrechts hieß im Entwurf "Entwurf eines Gesetzes über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln", und dort wird dann schon ein bisschen deutlicher, was mit dieser Änderung gemeint ist.

Mit dieser Änderung – meine Vorredner haben es teilweise schon erwähnt, aber ich finde es trotzdem noch einmal wichtig zu erwähnen – haben ja vor allem bei der energetischen Sanierung Mieter und Mieterinnen nicht mehr das Recht, zum Beispiel die Miete für drei Monate zu mindern, was bisher möglich war. Selbst wenn – das muss man sich in der Tat einmal auf der Zunge zergehen lassen – die Wohnung durch Bauarbeiten eingeschränkt genutzt werden kann, wenn die Wärme- und Wasserversorgung möglicherweise unterbrochen ist und wenn wegen Gerüsten und Planen kein Tageslicht mehr in die Räume gelangen kann, selbst dann kann keine Mietminderung für drei Monate vorgenommen werden, wie es bisher der Fall war.

Vermieter und Vermieterinnen müssen die Modernisierungsmaßnahmen lediglich nur noch ankündigen. Einsprüche vonseiten der Mieter und Mieterinnen können zwar geltend gemacht werden, aber erst nach der Modernisierung und bei der Festlegung der neuen Miete. Besonders gravierend ist natürlich, dass die Kosten der Modernisierung mit jährlich elf Prozent auf die Miete umgelegt werden können. Wir haben schon gehört, bei den momentanen Mietpreis-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) steigerungen, die wir überall in den Großstädten erleben, wird das für sehr viele Menschen, vor allem für diejenigen, die sozial nicht so gut gestellt sind, ein großes Problem werden.

Wir haben von der Vorschrift gehört, das Recht auf Mieterhöhungen von 20 auf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren zu senken, das ist in der Tat ein kleiner Fortschritt gegenüber vorher. Das hat die CDU jetzt in ihrem eigenständigen Antrag noch einmal pointiert. Ich sage Ihnen aber deutlich – auch wenn die Koalition jetzt gesagt hat, dass sie den CDU-Antrag unterstützen wird –, ich finde, es ist zwar eine richtige Forderung, aber es ist die Einzige in einem Potpourri massiver Verschlechterungen bei den Mietern. Deshalb werden wir dem CDU-Antrag nicht zustimmen!

(Abg. Pohlmann [SPD]: Es geht doch um die Mieterinnen und Mieter, das verstehe ich nicht! – Abg. Frau Grobien [CDU]: Das ist das, was man machen kann!)

Ich sage aber, es ist einfach zu wenig! Wenn Sie an sechs oder sieben Punkten die Bedingungen für Mieter und Mieterinnen verschlechtern und für Eigentümer verbessern, und das reichen Sie dann hier als Antrag ein, weil Sie es so gut finden, dann kann ich sagen, in Ordnung, es mag sein, dass dieser eine Punkt verbessert wurde, aber das reicht uns nicht!

Wir begrüßen es, um das auch deutlich zu sagen, dass immerhin der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD besagt, dass Sie nun tatsächlich Anstrengungen unternehmen wollen, um mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat nun etwas zu ändern. Da muss ich klar sagen, Sie haben die Punkte alle vorgelegt, Sie versuchen, die Angelegenheit mit der energetischen Sanierung wieder auf das richtige Gleis zu schieben, das ist eine deutliche Verbesserung zu dem, was Sie gesagt haben.

Wir finden die Höchstgrenze von Mieterhöhungen, vor allem bei Neuvermietungen, besonders wichtig, aber natürlich auch, dass Sie sagen, dass es eine Steigerung um höchstens 15 Prozent innerhalb von vier Jahren geben soll. Auch das ist deutlich besser, und weil das eine deutlich bessere Forderung ist, werden wir dieser zustimmen und nicht der Forderung der CDU.

Mich wundert allerdings ein bisschen – lassen Sie mich das zum Abschluss auch noch einmal sagen –, ich hätte mir jetzt eigentlich vorgestellt, dass für Sie klar ist, dass Sie dieses Gesetz zurückholen werden, nachdem sich jetzt die Mehrheiten im Bundesrat geändert haben. Warum es hier unbedingt eines Antrags bedarf, das weiß ich nicht so genau. Ich sage aber, doppelt genäht hält einfach besser. Wir werden Ihren Antrag unterstützen und uns darauf freuen, dass es vielleicht erstmals durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat positive – –.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Bundestag ist auch noch dabei!)

Wir sind auch noch dabei! Auch das ist eine schöne Sache, über die wir uns freuen! – Danke!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rupp, ich verstehe nicht, warum Sie dann für die Mieter nicht erst einmal lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach nehmen!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde sagen, das ist doch alles besser als nichts! Um gleich das mit der Heizkostenpauschale vorwegzunehmen: Wir sind schon der Ansicht, dass man über die Heizkostenpauschale neu reden kann.

Am 1. Februar 2013, ziemlich genau vor drei Wochen, hat das Mietrechtsänderungsgesetz den Bundesrat passiert, und nun haben wir auch schon hier einen Dringlichkeitsantrag vorliegen, der sich genau gegen das Gesetz richtet. Ich habe in dem Gesetz allerdings Änderungen gefunden, die für Mieter durchaus interessante Neuerungen beinhalten, und das nicht nur an einer Stelle, sondern auch an unterschiedlichen Stellen. Diese Änderungen kann man auf der Seite des Bundesministeriums der Justiz nachlesen.

Dort steht: "Zudem werden die Länder ermächtigt, den Anstieg von Bestandsmieten auf lokalen Teilmärkten mit knappem Angebot abzudämpfen." Etwas weiter unten steht: "Darüber hinaus wird in Paragraf 558 Absatz 3 BGB eine Regelung eingefügt, wonach die Bundesländer für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten per Rechtsverordnung die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bis zur ortüblichen Vergleichsmiete von 20 Prozent auf 15 Prozent absenken und so flexibel auf Mietsteigerungen besonders in Ballungsräumen reagieren können."

Diese Steigerung der Miete von 20 Prozent in drei Jahren kann mit der Gesetzesänderung ganz offiziell auf Landesebene von 20 Prozent auf 15 Prozent Steigerung in drei Jahren abgesenkt werden. Da diese Regelung nun gesetzliche Grundlage ist, fordern wir mit unserem Antrag, den Sie bis auf DIE LINKE mittragen wollen, dass das auch möglichst schnell hier vor Ort in Länderrecht umgesetzt wird. Damit wäre vielleicht auch den gestern und heute in verschiedenen Zeitungen aufgegriffenen Anliegen vieler Mieter aus Findorff noch recht schnell zu entsprechen. So könnten auch die von Frau Wendland benannten drastischen sozialen Härten, die für manche Menschen

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

 (A) durch die Mieterhöhungen entstehen, sofort mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung Anfang Mai abgemildert werden.

> Des Weiteren betonen Sie aber in Ihrem Antrag, dass die Kosten für Sanierungsmaßnahmen einseitig den Mietern und Mieterinnen angelastet werden. Das kann ich so in dem Gesetz nicht wiederfinden. Ich lese dort - ich möchte Ihnen da nicht seitenweise aus dem Gesetz vorlesen, deswegen habe ich einen Teil weggelassen -: "Kosten für Erhaltungsaufwendungen, die mit Modernisierungen verbunden sind, berechtigen nicht zur Mieterhöhung. Dieser Abzugsposten wird im Mieterinteresse künftig ausdrücklich geregelt." Weiter heißt es: "Rein klimaschützende Maßnahmen oder Maßnahmen wie die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, deren Strom der Vermieter in das öffentliche Stromnetz einspeist, muss der Mieter zwar dulden, sie berechtigen aber nicht zur Mieterhöhung." Bei Ihnen hat sich das so angehört, als wenn dort alles, was gemacht wird, auf die Mieter umgelegt wird.

Auch folgende Aussage aus dem Gesetzestext betont nach meinem Eindruck sehr die Rechte der Mieter, die eben nicht jede Erhöhung aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen einfach hinnehmen müssen. Es heißt: "Beruft sich also ein Mieter darauf, dass er nach seinem Einkommen eine spätere Modernisierungsumlage nicht verkraften kann, so kann der Vermieter die geplante Maßnahme dennoch ausführen. "Dies kann er jetzt auch, ohne dass vorher schon geklärt wird, ob dieser Einspruch des Mieters denn nun ernst zu nehmen ist oder nicht, sondern der Vermieter darf umbauen und modernisieren. Das ist eindeutig eine Verbesserung für den Vermieter, aber nach der Baumaßnahme wird das eben dann doch geklärt. Der Vermieter darf die Miete nicht erhöhen, sofern der Einwand des Mieters berechtigt ist. Dann heißt es: "Der Mieter behält also seinen umfassenden Schutz vor Mieterhöhungen, die er nicht tragen kann. Er muss also, wenn der Härtegrund gegeben ist, trotz zu duldender Modernisierung später eine mögliche erhöhte Miete nicht zahlen."

Ich habe das, glaube ich, auf denselben Seiten gelesen, die Sie auch gelesen haben, und höchstwahrscheinlich haben Sie das nicht gesehen. Wir können uns zumindest Ihrem Antrag jetzt nicht anschließen, weil wir der Überzeugung sind, dass in den geltenden gesetzlichen Regelungen die Kosten der Modernisierungsmaßnahmen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden.

Nachdem übrigens Ihr Kollege Olaf Scholz aus Hamburg im Bundesrat berichtet hat, dass der Wohnraum wegen des Zuzugs besonders in den großen Städten knapp wird, betonte er auch die deutlich zu spürenden Konsequenzen, die sich in steigenden Mieten und Immobilienpreisen zeigen. Danach schlussfolgerte er, dass alle Anstrengungen gebündelt werden müssen. Wir müssen wieder Mittel und Möglichkeiten mobilisieren, damit überall in den Städten in

Deutschland neuer zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Gelingt es uns nicht, wird es für viele Menschen mit einem normalen Einkommen unerschwinglich, sich eine Wohnung zu leisten. Das ist das, was Sie auch schon gesagt haben, Frau Wendland. Die Aussagen von Herrn Scholz wurden auch von den Rednern aus Rheinland-Pfalz und aus Nordrhein-Westfalen bestätigt.

Auch wir schließen uns den Forderungen an. Der Bau von Wohnungen in unserer Stadt würde die Lage massiv entspannen, und die Vermieter würden mit niedrigen Mieten um die Mieter werben. Doch die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten bleibt seit dem Jahr 2007 leider um mindestens 50 Prozent hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück, insofern sind die jetzt auftretenden Probleme eigentlich eine logische Folge der Versäumnisse der letzen Jahre. Das ist das, was ich dazu sagen kann. Wie gesagt, ich finde die Mietrechtsänderungen nicht so unsozial, wie Sie sie finden.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Sagen Sie auch noch einmal etwas zum Heizkostenzuschuss!)

Ja, das habe ich eben! Am Anfang habe ich gesagt, dass wir durchaus der Meinung sind, dass man darüber nachdenken sollte. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Mietrechtsnovelle ist vor der Mietrechtsnovelle! Die von der schwarz-gelben Merkel-Regierungskoalition im Dezember beschlossene Mietrechtsnovelle geht zulasten und auf Kosten der Mieterinnen und Mieter, anstatt notwendige Maßnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter gesetzlich zu verankern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegenteil, die CDU und die FDP haben im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, dass eine Begünstigung der Vermieter auf Kosten der Mieterinnen und Mieter darstellt.

Die Möglichkeit, die Kappungsgrenze der Mieterhöhung in einem Dreijahreszeitraum von 20 auf 15 Prozent durch kommunale Rechtsverordnungen abzusenken, ist ein erster richtiger, wenn noch kleiner Schritt. Herr Erlanson, mein Kollege Pohlmann hat nichts anderes gesagt. Um aber das Ansteigen der Mieten abzubremsen, ist es ebenso notwendig, den Zeitraum von drei Jahren zu verlängern.

(C)

(B)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Der wichtigste Schlüssel allerdings ist eine Deckelung bei den Neuvermietungen. Nur wenn es auch eine verbindliche Regelung für Neuvermietungen gibt, kann es gelingen, das beständige Ansteigen der Mieten zu entschleunigen und der drohenden sozialen Spaltung etwas entgegenzusetzen.

Dass überhaupt ein mieterfreundliches Element Eingang in die Mietrechtsnovelle gefunden hat, ist, und das sage ich auch ganz deutlich an die CDU hier in Bremen gewandt, ganz klar dem Druck einer breiten Öffentlichkeit und dem Handeln der rot-grünen Landesregierung im Bundesrat zu verdanken. Nur weil die untragbaren Zustände steigender Mieten und der daraus resultierenden sozialen Härten beständig ein Thema in der Öffentlichkeit waren, konnte sich die schwarz-gelbe Merkel-Regierungskoalition diesem Thema nicht mehr entziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist vor diesem Hintergrund ein durchschaubares Manöver, wenn die Bremer CDU mit ihrem Antrag das Thema zu besetzen versucht.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das ärgert Sie wohl jetzt!)

Dennoch, mit der Absenkung der Kappungsgrenze auf 15 Prozent bei den Bestandsmieten kommt die
schwarz-gelbe Bundesregierung einer unserer Forderungen nach. Das ist die einzig gute Maßnahme,
die es jetzt zum Schutz der Mieterinnen und Mieter
schnell umzusetzen gilt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremer CDU spricht in ihrem Antrag allerdings nur eine Selbstverständlichkeit an. Selbstverständlich wird der grüne Senat die neue Möglichkeit nutzen und eine Verordnung erlassen, damit das Gesetz im Mai nicht nur in Kraft tritt, sondern sofort angewendet werden kann. Deshalb können wir hier gern Ihren Antrag beschließen.

Eine Bemerkung zu der Überschrift des Antrags der CDU muss ich aber dennoch machen! Das Gesetz enthält genau eine gute Entscheidung zugunsten von Mieterinnen und Mietern. Wo Sie mehrere bundespolitische Entscheidungen zugunsten der Mieterinnen und Mieter sehen, wie der Titel Ihres Antrags lautet, das müssen Sie uns wohl noch genauer erklären.

(Abg. Frau N e u m e y e r [CDU]: Hat sie gerade eben vorgetragen!)

Die Begründung war für mich überhaupt nicht plausibel nachvollziehbar!

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Dann müssen Sie es selbst noch einmal nachlesen!)

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung zu dem Heizkostenzuschuss beim Wohngeld machen, der in der heutigen Debatte eine Rolle spielt! Die schwarz-gelbe Koalition im Bund hat im Jahr 2011 den Heizkostenzuschuss mit der Begründung abgeschafft, dass die Energiekosten gesunken seien. Inzwischen sind die Energiekosten wieder spürbar angezogen. Es ist sozialpolitisch nur folgerichtig, diesen Zuschuss wieder einzuführen, und auch diese Forderung ist Bestandteil unseres grün-roten Antrags.

Der aktuelle Fall der Mietpreissteigerungen der BREBAU zeigt, dass es ein Fehler war, den kommunalen Wohnungsbau in den Neunzigerjahren zu privatisieren. Hier hat Bremen seinen Einfluss auf die Entwicklung des Mietniveaus verloren, und umso wichtiger und dringlicher sind jetzt gute gesetzliche Regelungen zum Mieterschutz und für faire Mieten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. Pohlmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht noch einmal, ich will nicht sagen, etwas Versöhnliches, aber zur historischen Wahrheit gehört, wenn man die Bremer Wohnungsbaupolitik googelt oder ein Stück zurückschaut, dann möchte ich die These aufstellen, das letzte Mal, dass wir uns mit der Wohnungsbausituation beschäftigt haben, war vor 17 Jahren. Vor 17 Jahren haben wir uns hier in Bremen - das war auch Bestandteil der bundesweiten Diskussion - über Fragen des sozial geförderten Wohnungsbaus und über Mietrechtsfragen, wie es uns gelingen kann, bestimmte Dinge notwendigerweise zu regulieren, politisch auseinandergesetzt und gestritten. Fakt ist aber, dass wir uns seitdem mit Fragen der städtebaulichen Entwicklungen, zum Beispiel Städtebau Ost und West, und Rückbaufragen schwerpunktmäßig beschäftigt haben.

Es ist vollkommen richtig, die objektiven Bedingungen, dass wir einen Zuzug von Menschen haben – wir sind ein Zuwandererland, es gibt auch neueste Untersuchungen für die kommenden Jahre, dass wir mit einem zunehmenden Zuzug von EU-Bürgern, von Portugiesen, von Spaniern und von anderen Menschen aus anderen Ländern haben, wir werden also nicht weniger, wir werden mehr –, und die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft machen deutlich, wir brauchen mehr und kleinere Wohneinheiten

Wir brauchen vor allem für die ältere Generation, für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen besondere Angebote. Es muss uns gelingen, im Bereich der Wohnungsbaupolitik, insbesondere im Bestand, auch (D)

(A) die Anforderungen der älter werdenden Gesellschaft, der Betreuung, der Möglichkeit, in den Quartieren zu bleiben, umzusetzen. Das ist eine sehr große Herausforderung. Deshalb sage ich noch einmal, es sind zwei Bereiche.

Es ist das notwendig, was diese Koalition auf den Weg gebracht hat und wir beschlossen haben, und zwar unter schwierigen Bedingungen auch das Geld in die Hand zu nehmen und mit einem Wohnraumförderungsprogramm hier Akzente zu setzen, voranzumarschieren. Es muss uns gelingen, eine intelligente – auch in unseren eigenen Reihen ist es nicht unumstritten, das möchte ich einmal sagen – Verkaufs- und Flächenpolitik zu machen. Das ist ja gar nicht so einfach. Ich glaube aber, das sind richtige und notwendige politische Weichenstellungen gewesen, die wir als Koalition, und dahinter stehen wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ohne Wenn und Aber, vornehmen müssen. Das müssen aber alle Facetten sein.

Wenn heute im Rathaus mit den angesprochenen Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen, vor allem der Wohnungswirtschaft, diskutiert wird, dann werden auch bestimmte Hemmnisse angesprochen, die wir haben. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir sie beiseiteräumen. Das gehört in einem Dialog dazu, und es gehört auch dazu, dass wir uns mit den Akteurinnen und Akteuren, aber auch mit den Verwaltungen überlegen, wie wir die hohe Anforderung, nämlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, umsetzen.

(B)

Meine Vorrednerin Frau Wendland hat vollkommen recht. Was wäre, wenn wir die GEWOBA und Stäwog nicht hätten? Dann hätten wir in einem noch größeren Maße die Ergebnisse, die bei der Einwohnerversammlung des Beirats von BREBAU im Jugendfreizeitheim am Dienstag zu Tage getreten sind. Die rechtlichen Grundlagen sind aus Berlin gekommen. Das sind die Grundlagen dafür, dass sie es jetzt umsetzen können.

Ich glaube, zwei Punkte sind sehr wichtig: die Stärkung unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaften, bei denen wir Einfluss haben, als ein Instrument einer sozialen Stadtentwicklung weiterzuentwickeln, und auch über Neukäufe von bestimmten Objekten müssen wir nachdenken. Das ist nicht unumstritten.

Ich stelle auch die Frage, ob es in der jetzigen Situation so sein muss, dass die Gewinnabführung der GEWOBA in dieser Höhe auch immer erfolgen muss. Ich persönlich kann sagen, das haben wir in der Fraktion noch nicht ausdiskutiert, aber das ist meine Position. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir dieses Geld in die Hand nehmen, um auch hier in einem stärkeren Maße Akzente im sozialen Wohnungsbau zu setzen.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Das ist ja schon einmal qut!)

Andere wollten sie verkaufen, dann hätten wir gar nichts mehr in der Hand!

(Beifall bei der SPD – Abg. I m h o f f [CDU]: Ich aber nicht!)

Ich sage in diesem Zusammenhang noch einmal, es ist vollkommen richtig, wir müssen die Möglichkeiten sehen, die uns verbaut worden sind. Ich sehe es jetzt so, ich finde es gut. Vielleicht macht es die CDU aus taktischen Gründen, das machen andere ja auch. Strategie und Taktik gehören ja auch zum politischen Geschäft, mein lieber Kollege Dr. Kuhn!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich doch nicht!)

Wenn man sich aber den Wesensgehalt des Antrags der CDU anschaut, so teile ich das. Wir müssen die Möglichkeiten, die es dort gibt, auch aufnehmen. Das sind eine Verbesserung und auch Möglichkeiten der Kommunen, hier einzugreifen. Darum sage ich, ich finde den Antrag inhaltlich in dieser Frage richtig, wir unterstützen es, aber gleichzeitig betone ich auch, dass es wirklich nur ein kleiner Schritt ist und die Positionen und Forderungen, die wir als Auftrag für den Senat entwickelt haben, in seiner Verantwortung im Kontext mit den anderen Bundesländern auf Bundesebene zu wirken, auch die inhaltlichen Positionen sind.

Zusammengefasst: Ich glaube, wir haben heute eine interessante Debatte erlebt. Es macht deutlich, es geht um Grundlagen und Richtungen der Politik. Ich will jetzt gar nicht auf den 22. September 2013 kommen, aber ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Tag, an dem sich auch entscheiden wird, wohin unsere Gesellschaft geht.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das stimmt!)

Darum sage ich sozialer Wohnungsbau, Herr Kastendiek, und dann werden wir sehen, die Menschen werden sich für die Politik entscheiden, die auch die Zukunft ausweist! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD – Abg. Kastendie k [CDU]: Wo er recht hat, da hat er recht!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wendland, ich habe schon den Eindruck, dass Sie sich mit Ihren Anstrengungen darum bemühen, für die Menschen hier vor Ort jetzt das Beste herauszuholen, damit es ihnen hier gut geht und sie diese Notlagen nicht erleben müssen. Das ist ja auch in Ordnung, aber ich finde, es

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) täuscht darüber hinweg, dass die Wohnungsbaupolitik in den letzten Jahren hier ziemlich brachgelegen hat und kaum Wohnungen gebaut wurden. Die Wohnungen fehlen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pohlmann [SPD]: Auch bei Herrn Neumeyer! – Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Ab 2011, da schauen Sie einmal nach!)

Sie haben es gesagt, aber ich wollte noch einmal klarstellen, wenn Wohnungen in ausreichender Zahl gebaut werden würden, dann hätten wir diese Thematik nicht. Daher kann ich das Mietänderungsgesetz per se auch nicht einfach nur als Schaden für die Mieter sehen. Das ist dort ein Schaden für die Mieter, wo die Mieter in solchen Situationen wohnen, wie wir es hier in Bremen jetzt haben, dass nämlich keine Wohnungen vorhanden sind. Wenn genug Wohnungen vorhanden wären, dann würden sich die Vermieter quasi anstrengen, wie ich es vorhin schon gesagt habe, den Mietern vernünftige Mieten zu bieten, die Mieten nicht zu schnell zu erhöhen, weil sie ihre Wohnungen ja auch vermietet haben möchten.

Ich glaube, wir sollten den Fokus wirklich darauf legen, dass genügend Wohnungen gebaut werden und sich dann die anderen Probleme letztlich von allein erledigen. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Golasowski.

Staatsrat Golasowski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im Ressort häufig damit zu tun, dass sich Mieter an das Bauressort wenden und sich darüber beklagen, dass ihre Vermieter die Mieten in kurzen Abständen erhöht haben, und zwar drastisch. Dieses Problem haben wir überwiegend dort, wo in den letzten Jahren Wohnungsbestände an Privatunternehmen verkauft worden sind. Zunächst waren die Mieten niedrig, jetzt sind sie gestiegen, und wir hören Proteste. Das ist schlecht, und auf diese Entwicklung hätte ein ordentlicher Deckel gehört.

Das, was wir von der Bundesregierung, vom Bundestag aus Berlin bekommen haben, ist ein Deckelchen. Er ist so leicht, dass auf dieses Deckelchen noch ein Stein gehört, der jetzt von den Ländern kommen muss.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Stein werden wir natürlich liefern, das ist der Inhalt Ihres Antrags. Das hätten wir aber auch ohne diesen Antrag gemacht, denn es ist erkennbar, dass dieses Deckelchen nichts abhalten wird. Von Rot-Grün kommt ein zusätzlicher Antrag, der uns mit auf den Weg gibt, wir mögen uns bundespolitisch dafür einsetzen, dass ein ordentlicher Deckel beschafft wird, und zwar insbesondere dort, wo Neuvermietungen stattfinden und die Mieten nicht ins Grenzenlose steigen dürfen. Das ist eine sehr vernünftige Sache. Wir werden uns natürlich bundespolitisch dafür einsetzen. Die Mehrheit im Bundesrat wird uns dabei unterstützen, es zu tun und diesen Auftrag zu erfüllen. Allerdings, da teile ich die Ansicht des Herrn Abgeordneten Pohlmann, haben wir es letztlich alle am 22. September 2013 in der Hand, es richtig und ordentlich zu ändern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse als Erstes über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/780 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/790 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(D)

(A) Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft vom 5. Februar 2013 (Drucksache 18/756)

Gemäß Paragraf 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen werden der Präsident, der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Rechnungshofs von der Bürgerschaft gewählt und sind vom Senat zu ernennen.

Das bisherige Mitglied des Rechnungshofs, Frau Dorothee Kolbeck-Rothkopf, scheidet am 30. Juni 2013 aus dem Amt aus.

Als Mitglied des Rechnungshofs schlägt der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft in Übereinstimmung mit dem staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss und der Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Frau Dr. Maike Otten vor. Frau Dr. Otten sitzt oben auf der Tribüne.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer Frau Dr. Maike Otten zum Mitglied des Rechnungshofs wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU und Abg. Timke [BIW])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Frau Dr. Otten, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl ganz herzlich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich schlage Ihnen vor, die nun folgenden Wahlen en bloc abstimmen zu lassen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und **Finanzausschusses**

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit

Die Wahlvorschläge zu den einzelnen Tagessordnungspunkten liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Mehr Berufsausbildungspartnerschaften im Land Bremen unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 3. Dezember 2012 (Drucksache 18/680)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausbildungspartnerschaften, Verbundausbildung, Lernortkooperation, Ausbildungsnetzwerke, das alles hört sich doch gut an. Sind das hilfreiche Instrumente für Bremen und Bremerhaven? Ein Fachkräftemangel ist in Sicht. Brauchen wir also mehr, bessere und vielfältigere Ausbildungsangebote? Wir meinen ja!

Worum geht es bei diesen Ausbildungspartnerschaften? Mehrere Betriebe teilen sich einen Auszubildenden. Im aktuellen Berufsbildungsgesetz aus dem Jahr 2005 wird das abgebildet, ich zitiere: "Zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der Ausbildenden können mehrere natürliche oder juristische Personen in einem Ausbildungsverbund zusammenwirken, soweit die Verantwortlichkeit für die einzelnen Ausbildungsabschnitte sowie für die Ausbildungszeit insgesamt sichergestellt ist. " Das heißt, gerade kleineren Betrieben, die allein nicht ausbilden könnten, gelingt das in einem Ausbildungsverbund. Das ist eine gute Idee,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) und weil sie gut ist, wollen wir auch mehr von diesen Verbünden.

Eine Verbundausbildung mag nicht für jeden Auszubildenden die richtige Lösung sein, es ermöglicht aber das Kennenlernen eines breiten Spektrums beruflicher Ausbildung. Es fördert eine breit angelegte Qualifikation und ermöglicht mehr Mobilität und Flexibilität. Betriebe werden an der Ausbildung interessiert, die ansonsten eher ausbildungsfern, aber eigentlich bestens ausbildungsgeeignet sind.

Wir haben in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren wirklich gute Ansätze gefördert, aber man weiß nicht, wie es weitergehen wird, weil die ESF-Förderung im Jahr 2014 ausläuft. Angesichts der vielen kleinen Betriebe, die nicht ausbilden, schlummern hier aber ungeahnte Potenziale. Ich weiß aus eigenen Erfahrungen, dass Potenziale der Auszubildenden durch eine solche eher flexibel und breit angelegte Ausbildung gefördert werden. Diese Auszubildenden sind offener für Eigeninitiative, Existenzgründung und neue Ideen, und möglicherweise ist dies auch eine andere Zugangsmöglichkeit zu Ausbildung, um die Abbrecherquote bei Auszubildenden wirksam zu senken.

Ich hatte im Vorfeld einige Gespräche sowohl mit Ausbildern als auch mit der Handelskammer. Ich habe den Eindruck, dass der große Elan aus diesen Ausbildungspartnerschaften ein bisschen heraus ist. Ich habe selbst versucht, so etwas anzugehen, und dabei hat mich eigentlich niemand informiert, dass man auch im Verbund mit anderen Unternehmen ausbilden kann. Auch die Handelskammer ist in der Begeisterung gezügelt, diese Säule in der Ausbildung, die es sein kann, voranzubringen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dort zu aktivieren und dafür zu werben, dass wir dort mehr erreichen, um auch die Anzahl der Ausbildungsplätze und die Qualität der Ausbildungsplätze zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wo könnten ergiebige Potenziale liegen? Im Bereich Kultur und Kreativwirtschaft, einem verschärften Schwerpunkt dieser Koalition, und im Sektor Einzelhandel gibt es sehr viele kleine Betriebe, die noch ausbildungsfern sind, obwohl sie durchaus geeignet sind, spezialisierte Handwerke, zum Beispiel im gestalterischen Handwerk, Migrantinnen und Migranten, wie im Antrag herausgearbeitet, Veranstaltungsmanagement, neue Berufe, Berufskraftfahrerinnen, in diesem Bereich gibt es übrigens gute Bemühungen in Bremerhaven.

Worauf kommt es jetzt an?

(Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: 100 Auszubildende!)

Bessere Daten zu bekommen, um zielgenau fördern zu können, die Kammern zu motivieren, hier mehr zu machen – da gibt es deutlich Defizite –, gute Modelle zu entwickeln, in welchen Branchen solche Ausbildungsverbünde sinnvoll sind, und die Förderung von migrantischen Unternehmerinnen und Unternehmern! Das könnte uns dann vielleicht auch ein bisschen näher zu einer verbesserten Anerkennung ausländischer Qualifikationen bringen, das würde uns weiterbringen.

Ich bekenne, dass ich ein Fan solcher kooperativen Netzwerkansätze bin, und ich habe selbst erlebt, wie gut diese funktionieren können. Die Ausbildungspartnerschaften haben deswegen unsere besondere Obacht verdient. Sie bereichern unsere Ausbildungslandschaft und schaffen mehr qualifizierte Ausbildungsplätze, sie aktivieren mehr potenzielle Betriebe, sich für Ausbildung zu engagieren. Dafür bedarf es unserer klugen Hilfe. Damit eine solche Säule in der Ausbildung wirklich starkgemacht wird, ist dieser Antrag der Weg in die richtige Richtung, und ich werbe um eine möglichst breite Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. **Reinken** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Saxe hat schon sehr viel Richtiges gesagt, das muss man ja zum Glück nicht alles wiederholen. Ich möchte zwei, drei ergänzende Gesichtspunkte zu diesem gemeinsamen Antrag anführen.

Vor Kurzem tagte die Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung, die Daten sind inzwischen veröffentlicht. Sie hat sich in den letzten Jahren sehr stark darum bemüht, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und die Ausgangsbedingungen für die Ausbildung in Bremen zu verbessern und war darin auch sehr erfolgreich. Gleichwohl ist im diesjährigen Bericht festzustellen, dass der positive Trend der vergangenen Jahre nicht in derselben Geschwindigkeit fortgeschrieben werden konnte. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist leicht zurückgegangen. Insofern ist die Bremer Vereinbarung nach wie vor ein Erfolg, aber es muss weiter mit Nachdruck daran gearbeitet werden, die vereinbarten Ziele zu erreichen.

Wir müssen weiter feststellen, wir könnten noch mehr betriebliche Ausbildungsplätze gebrauchen, und das, obwohl Bremen bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen mittlerweile bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt. Der bundesweite Rückgang bei den Ausbildungsplätzen liegt in diesem Jahr bei 3,2 Prozent, in Bremen allerdings nur bei 2,1 Prozent. Trotzdem haben wir immer noch einen hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen, die von der dualen Ausbildung ein Stück entfernt sind. Die Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze ist deswegen

(D)

(A) nach wie vor eine zentrale Aufgabe, insbesondere natürlich eine Aufgabe, um die sich die Wirtschaft kümmern muss, aber auch etwas, bei dem wir eine breite gesellschaftliche Diskussion und eine große Beteiligung brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf Langzeitarbeitslosigkeit und den Zusammenhang zwischen fehlender Ausbildung und Langzeitarbeitslosigkeit wissen wir, dass eine gute Berufsausbildung ein entscheidender Schritt in eine selbstbewusste, selbstgestaltete Existenz ist und der beste Schutz davor ist, auf lange Zeit arbeitslos zu werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Betriebe, die ausbilden, wurden bisher von den Kammern, aber auch von Projekten in der Stadt und im Land, von den Agenturen mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und von vielen Instrumenten unterstützt. Das wird weitergehen müssen, aber – da wiederhole ich die Aussage des Abgeordneten Saxe – man muss auch neue Wege gehen. Zu diesen neuen Wegen gehört mit Sicherheit auch, Ausbildungspartnerschaften ins Leben zu rufen, die sich insbesondere an kleinere Betriebe wenden, an Betriebe, die bisher noch nie Erfahrungen mit der beruflichen oder mit der dualen Ausbildung gemacht haben, an Betriebe neuer Branchen oder an Betriebe mit Eigentümern mit Migrationshintergrund, die motiviert werden müssen, diesen Weg der Ausbildung zu gehen.

(B)

Wir glauben, dass die Partnerschaft in der Ausbildung, die im Prinzip auch nicht etwas völlig Neues ist, sondern die schon in vielen Bereichen praktiziert worden ist, ein guter Weg sein kann und dass dies breit unterstützt werden muss. Wir wollen, dass der Senat sich um dieses Thema noch einmal besonders kümmert, dies in seine vielfältigen Bemühungen um mehr Ausbildungsplätze mit hineinnimmt und möglicherweise auch eine moderierende Funktion mit den Kammern übernehmen kann, um hier etwas zu initiieren. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Häsler.

Abg. Frau **Häsler** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Haben Sie schon einmal die Schlagworte "Verbundausbildung" und "Bremen" in eine der einschlägigen Suchmaschi-

nen eingegeben? Wenn nicht, ist es nicht so schlimm, denn Sie haben nicht viel verpasst, denn das, was einem dort als Treffer angegeben wird, ist leider überhaupt nicht zufriedenstellend. Der einzige Treffer ist der Ausbildungsverbund Bremerhaven, und man merkt schnell, dass das Thema der heutigen Debatte leider in Bremen ein recht totes Thema ist.

Man kann dies aus politischer Sicht bedauern, da die Grundidee eines Ausbildungsverbunds – das haben meine Kollegen jetzt auch schon zur Genüge dargestellt – eine sehr gute Möglichkeit darstellt, kleinen oder unerfahrenen Unternehmen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen und, noch wichtiger, diese Betriebe für die Berufsausbildung zu motivieren

Besonders das Modell des freiwilligen Ausbildungsverbunds – das ist jetzt noch gar nicht so zur Sprache gekommen –, bei dem es von den Qualifikationen des Betriebes her gar nicht zwingend notwendig ist, überhaupt einen solchen Zusammenschluss zu machen, ist auch eine sehr gute Variante, zum Beispiel für eine vielfältige, qualitative und umfassende Berufsausbildung, und gerade in Zukunft wird das Thema aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels immer wichtiger.

Dies scheint in unserem Bundesland dennoch kaum berufliche Realität zu sein, obwohl diese wirtschaftlich und ausbildungstechnisch wichtige Möglichkeit, wie gesagt, bereits seit dem Jahr 2005 durch das Berufsbildungsgesetz und dessen Novellierung besteht. Daher halte ich es nicht nur für besonders wichtig, sich mit dem Thema zu befassen - keine Frage! -, da es eben dieses immense Potenzial für ein breit gefächertes Ausbildungsangebot liefert, sondern ich halte es auch für wichtig, vom Senat einen ausführlichen Bericht und eine differenzierte Prüfung hinsichtlich der Bremer Situation, insbesondere der Möglichkeiten hinsichtlich der Verbundausbildung, zu verlangen. Deshalb - heute ist der Nachmittag der Konsense - kann ich Ihnen vorab auch unsere Zustimmung zu diesem Antrag verkünden.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch habe ich auch noch ein bisschen Kritik, bei mir ist es ja nie nur reine Harmonie. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Ausbildungsverbünde in unserem Bundesland eine Randerscheinung sind und auch immer waren. Trotzdem sie in der Vergangenheit staatlich gefördert wurden und objektive Vorteile bieten, sind sie eine Randerscheinung.

(Abg. S a x e [Bündnis 90/Die Grünen]: Es sind 500 Jugendliche!)

Dort, wo sie bestehen, müssen wir sie definitiv politisch unterstützten, das ist keine Frage, sonst würden

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) wir nicht zustimmen. Es ist aber ebenso wichtig, dass die Politik durch Gesetze wie das Berufsbildungsgesetz neue Impulse und Rahmenbedingungen gibt, sodass die Wirtschaft adäquat ausbilden kann.

Trotzdem – und das ist jetzt der Punkt – muss man eben auch akzeptieren, dass die Verbundausbildung bei den Bremer Betrieben nicht unbedingt das beliebteste und das gängigste Modell ist. Das hat zum Teil seine Gründe, und ich möchte dafür werben, sie auch zu respektieren. Wenn man mit den entsprechenden Vertretern spricht – ich habe das getan, gerade mit den Kammern –, hört man, dass die Unternehmen in Bremen auch ohne die Ausbildungsverbünde bereits eine adäquate Ausbildung liefern und sich diesbezüglich zum großen Teil auch selbst ausreichend regulieren können.

Die Debatte, die wir heute im Parlament führen, hat in der Wirtschaft längst nicht diesen hohen Stellenwert oder diese Bedeutung. Das erkennt man auch in Ihrem Antrag, und das möchte ich an dieser Stelle gern kritisieren. Der Antrag weist in manchen Punkten einfach die typische rot-grüne Symbol- und Klientelpolitik auf.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

In der Debatte hat es sich gar nicht so ergeben, aber besonders Punkt 4 des Antrags hat mich geärgert. Ich finde es extrem schwierig, irgendeine spezifische Unternehmergruppe so explizit hervorzuheben, da es unserer Ansicht nach genauso wichtig ist, sehr junge, weibliche oder unerfahrene Unternehmer zu fördern. Ich weiß nicht, ob es an dieser Stelle angebracht ist, immer wieder Unternehmer mit Migrationshintergrund oder Ähnliche besonders herauszustellen, denn alle anderen Unternehmer, zum Beispiel gerade junge oder unerfahrene, sind unserer Meinung nach genauso wichtig. Wir als Politiker haben die Aufgabe, alle ausbildungswilligen Unternehmen bei der Ausbildung einzubeziehen und zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Daher sind Ihre ständigen Ausdifferenzierungen, die einem irgendwann auch wirklich zum Hals heraushängen, muss ich ganz ehrlich sagen – –.

(Zurufe von der SPD)

Selbst in Ihrem Antragstext – das ist es ja – weisen Sie auf neuartige Branchen hin, sind dann aber total inkonsequent in Ihren Antragspunkten und vergessen beispielsweise in Punkt 4 erneut, die Kreativbranche zu erwähnen, die Sie im Antragstext stehen haben! Daher kann ich es an manchen Stellen nicht so ganz nachvollziehen, aber Ihre Forderungen sind insgesamt nicht so schlecht, dass man den Antrag ablehnen muss, da es sich lediglich um Prüfaufträge und nicht um konkrete Handlungsanweisungen handelt.

> (Abg. Tschöpe [SPD]: Danke! Sehr großzügig!)

Ja, ich finde es auch sehr großzügig!

Um als letzten Punkt noch einmal auf die unbefriedigende Recherche zu diesem Thema zurückzukommen: Der Senat sollte meiner Meinung nach auch an dem zunehmenden Marketingproblem arbeiten. Vielleicht könnte man da über ein Internetportal oder Ähnliches nachdenken, wo sich beispielweise Betriebe informieren können, welche Betriebe schon an einer solchen Verbundausbildung beteiligt sind, oder wo sich Jugendliche über die Betriebe informieren können, die zur Verfügung stehen. Ich glaube, dass das zum Beispiel eine wünschenswerte Maßnahme wäre, um Synergieeffekte zu erzeugen und das Marketingproblem zu lösen. Darüber könnte man einmal nachdenken.

Wenn wir diesem Antrag heute zustimmen, dann erwarten wir zusammenfassend nicht nur einen Bericht über die Situation in Bremen, sondern ganz besonders auch ein Konzept – das liegt mir hierbei besonders am Herzen –, dass man zum Beispiel auch Möglichkeiten einer bundesländerübergreifenden oder vielleicht sogar transnationalen Ausbildungskoperation prüft und gegebenenfalls anstößt.

Die Voraussetzung hierfür ist – das ist mir auch sehr wichtig –, dass in den jeweiligen Branchen auch tatsächlicher Handlungsbedarf und vor allem der Wunsch aus den Branchen selbst heraus besteht, die Verbundausbildung zu nutzen. Insoweit muss man die Selbstregulierung und die Eigenständigkeit der bremischen Betriebe mindestens respektieren, und dann kann aus einer reinen Symbolpolitik auch eine erfolgreiche pragmatische Politik werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Handlungsbedarf haben wir, das ist klar. Wir wissen alle, dass 43 Prozent aller dualen Ausbildungsplätze an Jugendliche aus dem Bremer Umland gehen und wir eine große Anzahl Bremer Jugendlicher gerade migrantischer Herkunft haben, die unversorgt sind. Ob man dabei aber mit transnationalen Ausbildungsverbünden weiterkommt, weiß ich nicht. Das steht hier aber auch nicht zur Diskussion.

Wie auch meine Vorredner der Koalition gehe ich davon aus, dass Ausbildungsverbünde tatsächlich

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) einen wichtigen Beitrag leisten können, um die Ausbildungssituation zu verbessern, denn Ausbildungsverbünde sind keineswegs nur ein Notnagel. Kleine Betriebe können oft allein gar nicht ausbilden. Ausbildungsverbünde haben wichtige Vorteile.

In einer Studie der Universität Bremen ist darauf hingewiesen worden, dass die Ausbildung im Handwerk historisch aus der Wanderung kommt, also von den wandernden Gesellen, wo sich auch mehrere Betriebe zusammengeschlossen haben und dies ein Teil der Qualität war, auch der fachlichen. Das ist durch den heutigen Trend, die Ausbildung immer passgenauer zu gestalten und die Ausbildung auf die Bedürfnisse eines einzelnen Betriebs auszurichten, leider verloren gegangen.

Hinzu kommt, dass sich Berufsbilder heute extrem schnell entwickeln und Kenntnisse und Fertigkeiten oft leider nur eine kurze Halbwertzeit haben. Wer sich zum Beispiel einmal daran erinnert, mit welcher Geschwindigkeit sich der Beruf der Druckvorlagenherstellerin und des Druckvorlagenherstellers verändert hat und wie viele unterschiedliche Ausbildungen es gab, die innerhalb von fünf Jahren schon überhaupt nicht mehr aktuell waren, der weiß, wovon ich rede.

Ich denke, in diesem Sinne sind Ausbildungen im Verbund eine Chance, über die Möglichkeiten eines einzelnen Betriebs hinauszugehen. Daher finden wir diesen Vorstoß hier richtig. Vor diesem Hintergrund sind mir allerdings Gespräche mit den Kammern eine etwas zu dürftige Konsequenz. Man kann nicht sagen, dass die bisherigen Gespräche und unverbindlichen Vereinbarungen das Ausbildungsproblem in Bremen lösen konnten. Gerade bei der Ausbildung im Verbund stellt sich die Frage, wie die Verbundausbildung zukünftig gefördert werden soll. Das steht bei vielen Bundesländern im Mittelpunkt, und das fehlt mir hier völlig.

(B)

Wir müssen auch einmal überlegen, was kleine oder migrantisch geführte Betriebe daran hindert auszubilden. Was brauchen sie dafür? Ich würde mir tatsächlich einmal eine Erhebung und nicht nur ein Kamingespräch mit den Kammern wünschen.

Dann kommt die zentrale Frage: Was hindert Betriebe daran, Jugendliche aus dem Stadtteil in Ausbildungsplätze zu übernehmen? Wie kann das verbessert werden? Das hängt auch eng mit der schulischen Bildung in den Stadtteilen zusammen. Das müssen wir auch angehen.

Die vierte Frage ist: In welchen Branchen und Bereichen wollen wir Ausbildungsverbünde strategisch aufbauen, weil wir sie für die Zukunftsentwicklung in Bremen brauchen, und welche Unterstützung ist dazu notwendig? Ich denke, wir müssen Ausbildungen viel mehr und noch viel stärker als bisher als Investitionen begreifen.

Die vier Fragen, die ich aufgeworfen habe, müssen wir behandeln, aber ich denke, dafür ist nicht die Bürgerschaft der richtige Ort, sondern die entspre-

chenden Deputationen. Dazu passen die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Bildung und eigentlich auch die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

Wir stimmen dem Antrag der Koalition zu, weil er in die richtige Richtung geht. Die Frage, wie wir das intensivieren können, sollten wir dann in den Deputationen klären. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Professor Stauch.

Staatsrat Professor Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal sagen, worum es bei den Ausbildungsverbünden geht. Sie sind bereits im Paragraf 10 des Berufsbildungsgesetzes geregelt und kommen dann in Betracht, wenn ein Betrieb entweder die Qualifikation nicht vollauf bieten kann, die für eine praktische Ausbildung erforderlich ist, oder wenn in den persönlichen Voraussetzungen Ergänzungen nötig sind. Zum Beispiel kann es sein, wenn man besonders schwierige Jugendliche hat, dass sie ein Jahr in einem Betrieb sind, der besonders dafür geeignet ist, solche Jugendliche heranzuführen, und die Folgejahre in einem anderen Betrieb.

Das Thema Qualifikation ist virulent. Wir haben Bereiche, die nicht die ganze Qualifikation eines Lehrberufes abbilden können. Das klassische Beispiel dafür ist die Windenergie, dort haben wir ein sehr spezifisches Qualifikationserfordernis, das im Betrieb vorhanden ist, das durch andere Bereiche ergänzt werden muss. Auch da muss im Verbund ausgebildet werden. Wir haben dort deshalb besonders wenige Ausbildungsplätze, weil das praktisch nicht gewährleistet werden kann. Das muss also mehr werden.

Wir wollen mehr Ausbildungsplätze, damit wir die Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren können. Keine Ausbildung gleich Langzeitarbeitslosigkeit, das ist der Zusammenhang! Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Jetzt ist die Frage: Mit welchen Instrumenten macht man das? Das erste Instrument sind die Bremer Vereinbarungen, wo wir uns regelmäßig mit den Kammern zusammensetzen. Das Kernziel ist, die Zahl der Ausbildungsplätze auf einem hohen Niveau zu halten. Das gelingt! Auch da ist die Verbundausbildung ein Thema.

Der zweite Bereich ist: Wenn man das erreichen will, muss man näher an die Betriebe heran. Für die Betriebe ist es ein enormer Aufwand, eine Verbundausbildung herzustellen. Sie müssen sich organisatorisch einstellen, sie haben einen erhöhten Wechsel, sie müssen damit leben, dass Auszubildende weggehen. Es geht also nur, wenn die Betriebe das mittragen, sonst schaffen wir die Verbundausbildung überhaupt nicht.

(A) Daher sind das zweite Instrument, das ganz wichtig ist, die betrieblichen Bündnisse, die wir mit dem Bündnis für Windenergie, das wir gerade unterzeichnet haben, begonnen haben. Ich kann Ihnen sagen, dass Verbundausbildung davon ein entscheidender Teil ist. Es gibt zum Teil sehr geringe Ausbildungsquoten in dem Bereich, und die Betriebe sind bereit, sich untereinander abzustimmen. Wir haben mit acht großen und mittelgroßen Unternehmen eine Vereinbarung getroffen, die auch darauf zielt, die Verbundausbildung voranzubringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das geht nur, wenn die Betriebe es mittragen. Es wird auch von den Kammern mit ihren Ausbildungsberatern unterstützt, aber es muss in sehr enger Abstimmung erfolgen.

Der nächste Punkt ist die Förderung. Natürlich fördern wir es, es gibt bereits laufende Projekte für die Windenergie und auch für andere Bereiche. Wo Förderung erforderlich ist, ist das ein zentraler Punkt. Ich glaube, jeder Mensch ist dafür, die Verbundausbildung nach vorn zu bringen. Sie stellt aber erhebliche Anforderungen an die Betriebe, und da müssen wir bei den betrieblichen Bedürfnissen ansetzen und die Betriebe motivieren, davon verstärkt Gebrauch zu machen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zu Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/680 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Die Abgeordnete Frau Vogt hat um die Gelegenheit gebeten, eine persönliche Erklärung nach Paragraf 42 unserer Geschäftsordnung zu einem vorherigen Tagesordnungspunkt abgeben zu dürfen. – Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte mich vorhin in der Debatte, als Herr Senator Günthner zum Schluss das Wort hatte, zu Wort melden und habe es nicht erhalten. Ich möchte hier etwas richtigstellen, weil ich das tatsächlich so nicht stehen lassen möchte.

Herr Senator Günthner hat gesagt, wir hätten in unserem Antrag zur Lloyd Werft – ich habe es mir wörtlich mitgeschrieben – die Lürssen Werft bejubelt. Das ist schlichtweg nicht wahr, in unserem Antrag zur Lloyd Werft, den wir hier im Januar behandelt haben, ist die Lürssen Werft nicht einmal erwähnt worden. Ich weiß, dass der Begriff in der Debatte fiel – wir haben sie mit keinem Wort erwähnt, ich kann Ihnen den Antrag gern zeigen –, aber ich kann mich daran erinnern, dass Herr Kottisch sehr stark auf die Lürssen Werft Bezug genommen hat.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe es bedauert, dass ich es am Mikrofon nicht richtigstellen konnte. Dass man hier in Debatten teilweise polemisch ist, gehört zum Ton, aber das ist eine glatte Lüge gewesen, und das möchte ich jetzt hier einmal richtigstellen, weil ich finde, das geht nicht. Es tut mir sehr leid, dass Herr Senator Günthner nicht mehr hier ist – ich hatte mich zu Wort gemeldet, als er noch hier war –, aber die Geschäftsordnung sieht leider nicht vor, dass es mitten in der Debatte geschehen darf.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das keine Gepflogenheiten sind, die wir hier zur Regel werden lassen sollten. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Ich rufe jetzt keinen Tagesordnungspunkt für die Bürgerschaft (Landtag) mehr auf, weil wir anschließend noch eine kurze Sitzung der Stadtbürgerschaft haben. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle Einverständnis fest.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 17.45 Uhr)

(C)

 $^{^{\}star})$ Von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll (A)

(C)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 18/772

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Erlanson, Peter (DIE LINKE) Tuncel, Cindi (DIE LINKE) Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE) Vogt, Kristina (DIE LINKE)

Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten

Ahrens, Sandra (CDU) Mahnke, Manuela (SPD)

Dr. Mohammadzadeh, Zahra (Bündnis 90/Die Grünen) Aytas, Ruken (SPD)

Bensch, Rainer (CDU) Motschmann, Elisabeth (CDU)

Bödeker, Paul (CDU) Neddermann, Linda (Bündnis 90/Die Grünen)

Böschen, Sybille (SPD) Neumeyer, Silvia (CDU)

Bolayela, Elombo (SPD) Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. vom Bruch, Thomas (CDU) Öztürk, Patrick (SPD)

Brumma, Winfried (SPD) Oppermann, Manfred (SPD) Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen) Peters-Rehwinkel, Insa (SPD) Dr. Eversberg, Ulf (Bündnis 90/Die Grünen) Piontkowski, Gabriela (CDU) Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen) Pohlmann, Jürgen (SPD) Garling, Karin (SPD) Reinken, Dieter (SPD)

Gottschalk, Arno (SPD) Röwekamp, Thomas (CDU) Grobien, Susanne (CDU) Rohmeyer, Claas (CDU)

Grönert, Sigrid (CDU) Ryglewski, Sarah (SPD) Grotheer, Antje (SPD) Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen) Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen) Güngör, Mustafa (SPD) Güngör, Sanem (SPD) Dr. Schierenbeck, Anne (Bündnis 90/Die Grünen)

Gürlevik, Aydın (SPD) Schildt, Frank (SPD)

Häsler, Luisa-Katharina (CDU)

Hamann, Rainer (SPD) Schmidtke, Margitta (SPD)

Hinners, Wilhelm (CDU) Schmidtmann, Dirk (Bündnis 90/Die Grünen)

Hoch, Doris (Bündnis 90/Die Grünen) Schön, Silvia (Bündnis 90/Die Grünen)

Holsten, Reiner (SPD) Senkal, Sükrü (SPD)

Imhoff, Frank (CDU) Seyrek, Mehmet-Ali (SPD) Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen) Strohmann, Heiko (CDU)

Kastendiek, Jörg (CDU) Timke, Jan (BIW) Kau, Carl (CDU) Tschöpe, Björn (SPD) Tuchel, Valentina (SPD) Knäpper, Erwin (CDU) Dr. Korol, Martin (SPD) Vogelsang, Rolf (SPD) Kottisch, Andreas (SPD) Weigelt, Helmut (SPD)

Krümpfer, Petra (SPD) Wendland, Susanne (Bündnis 90/Die Grünen) Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen)

Liess, Max (SPD)

(B)

(D)

Dr. Schlenker, Stephan (Bündnis 90/Die Grünen)

Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen)

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

(D)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 18/782

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Ahrens, Sandra (CDU) Kau, Carl (CDU)

Bensch, Rainer (CDU) Knäpper, Erwin (CDU)

Bödeker, Paul (CDU) Motschmann, Elisabeth (CDU)

Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)

Neumeyer, Silvia (CDU)

Grobien, Susanne (CDU)

Grönert, Sigrid (CDU)

Röwekamp, Thomas (CDU)

Häsler, Luisa-Katharina (CDU)

Rohmeyer, Claas (CDU)

Hinners, Wilhelm (CDU)

Strohmann, Heiko (CDU)

Imhoff, Frank (CDU)

Timke, Jan (BIW)

Kastendiek, Jörg (CDU)

Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten

Aytas, Ruken (SPD) Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)

Böschen, Sybille (SPD) Öztürk, Patrick (SPD)

Bolayela, Elombo (SPD) Oppermann, Manfred (SPD)

Brumma, Winfried (SPD) Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)

Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)

Pohlmann, Jürgen (SPD)

Erlanson, Peter (DIE LINKE)

Reinken, Dieter (SPD)

Dr. Eversberg, Ulf (Bündnis 90/Die Grünen)

Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)

Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen) Ryglewski, Sarah (SPD)

Garling, Karin (SPD)

Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)

Gottschalk, Arno (SPD)

Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)

Grotheer, Antje (SPD)

Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Schierenbeck, Anne (Bündnis 90/Die Grünen)

Güngör, Mustafa (SPD) Schildt, Frank (SPD)

Güngör, Sanem (SPD) Dr. Schlenker, Stephan (Bündnis 90/Die Grünen)

Gürlevik, Aydin (SPD) Schmidtke, Margitta (SPD)

Hamann, Rainer (SPD) Schmidtmann, Dirk (Bündnis 90/Die Grünen)

Hoch, Doris (Bündnis 90/Die Grünen) Schön, Silvia (Bündnis 90/Die Grünen)

Holsten, Reiner (SPD) Senkal, Sükrü (SPD)

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen) Seyrek, Mehmet-Ali (SPD)

Dr. Korol, Martin (SPD)

Kottisch, Andreas (SPD)

Krümpfer, Petra (SPD)

Tuncel, Cindi (DIE LINKE)

Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen)

Liess, Max (SPD)

Vogt, Kristina (DIE LINKE)

Mahnke, Manuela (SPD)

Weigelt, Helmut (SPD)

Weigelt, Helmut (SPD)

Dr. Mohammadzadeh, Zahra (Bündnis 90/Die Grünen) Wendland, Susanne (Bündnis 90/Die Grünen)

Neddermann, Linda (Bündnis 90/Die Grünen) Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen)

 $\text{Druck: Hans Krohn} \cdot \text{Bremen}$

(B)